ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS UND MEHR

Lotta

DURA

Nr. 7 / herbst '96 öS 25 / DEM 5 / sFr 5

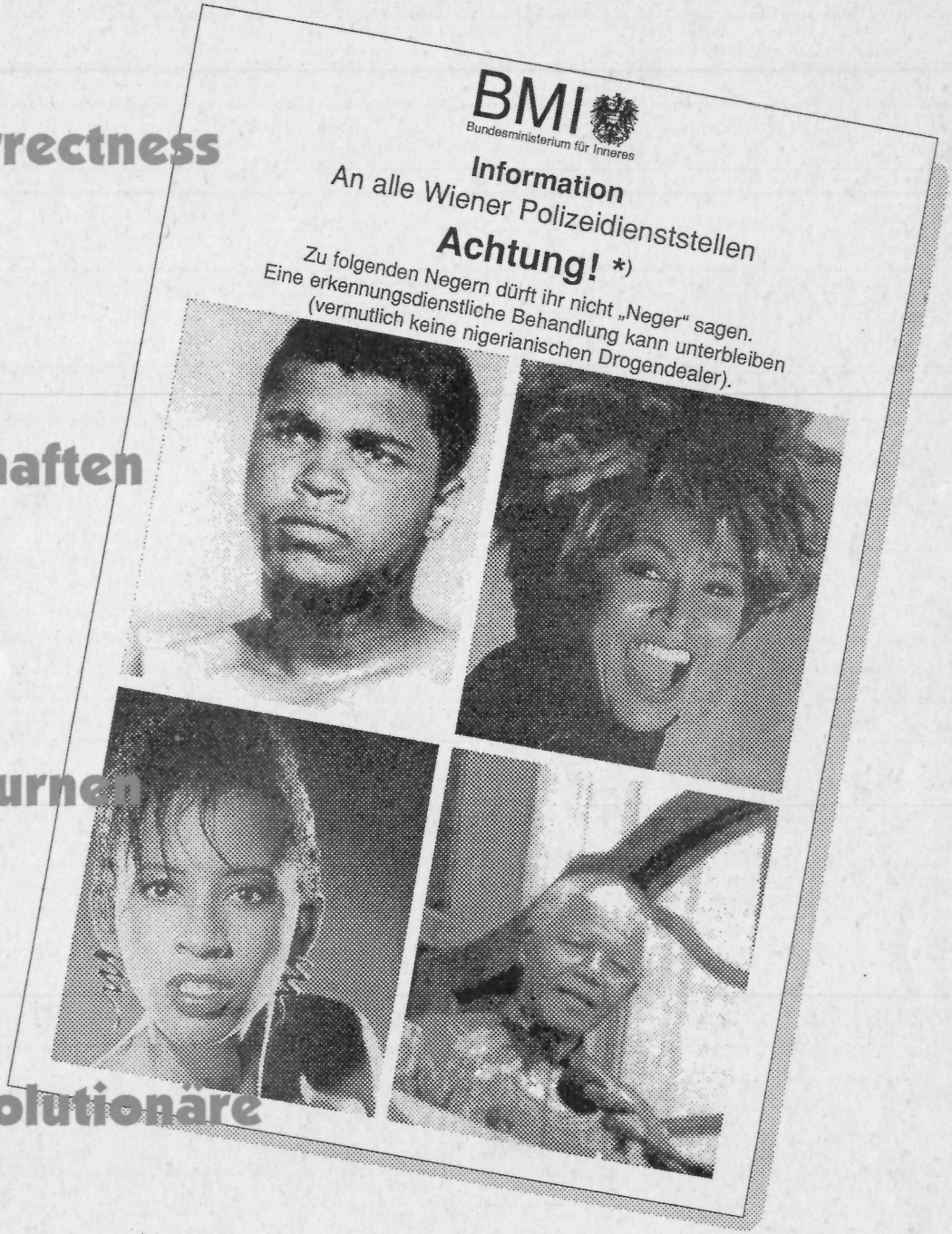
Political Correctness

Burschenschaften

Deutsches Turnen

Nationalrevolutionäre

F wie Friedhofsschänder



*) So ähnlich könnte ein internes Schreiben des Innenministeriums aussehen. Rassistische Polizeiübergriffe und wahllose Verhaftungen von Schwarzen sind vor allem in Wien an der Tagesordnung.

Lotta DURA - DER KAMPF WIRD HÄRTER

Zwar gilt die Massenbasis als Definitionsmerkmal faschistischer Parteien. Auch auf deren sozialdemagogische bis anti(monopol)kapitalistische Töne wurde in der historisch-faschismustheoretischen Analyse oft hingewiesen. Jetzt schickt sich eine Partei an, diesem Modell gerecht zu werden und die „Prolet-Arier" für sich zu gewinnen. Dabei kommt die FPÖ im Unterschied zu historischen Vorbildern ohne „Entwendungen aus der Kommune" (Ernst Bloch) aus: Der Herrschaftsauftrag wird nicht mehr hinter pseudorevolutionärer Rhetorik versteckt, offen beziehen die Anwälte der kleinen Leute Position gegen Sozialismus bzw. was sie dafür halten. Und genau *dafür* werden sie gewählt. Kein/e massenfreundliche /r Linke/r kann heute noch behaupten die Arbeiterklasse wurde getäuscht - die Karten liegen offen am runden Tisch.

Nach den EU- und Wiener Gemeinderatswahlen stehen aber nun viele mit offenen Mund da: Die FPÖ, so die plötzliche Erkenntnis, sei also zur eigentlichen „Arbeiterpartei", zur (Protest)Partei der kleinen Leute geworden. Und dieser Charakter vertrage sich nicht mit ihrer Einschätzung als rechtsextreme bzw. faschistische Partei. Wir wiederholen uns: Die ApologetInnen der Massenorientierung entnazifizieren die siegreichen Konkurrenten um die Gunst der Massen. Das revolutionäre Bewußtsein sträubt sich gegen die Einsicht, daß autoritäre Lösungen, Rassismus/Sexismus und Leistungs- bzw. Sparethos schon lange mehrheitsfähig sind.

Nicht wenige sitzen dem Vorurteil auf, die soziale Frage habe von selbst und quasi natürlich irgend etwas mit linker Orientierung zu tun. Die Verbindung zwischen ArbeiterInnenbewegung, wissenschaftlichem Sozialismus und proletarischen Internationalismus ist aber politisch hergestellt und - so wie´s aussieht - bloße Episode. Max Horkheimer wies 1939 auf den prekären Charakter dieser Verbindung hin, als er schrieb, daß der Marxismus erst „in den Brustton von Gewerkschaftsfunktionären übertragen werden müßte." Gerade österreichische Sozialdemokraten wie Viktor Adler waren noch stolz darauf, das Marxsche „Kapital" nicht verstanden zu haben. Die verstaatlichte Sozialdemokratie bzw. die angeschlossenen Gewerkschaften erfüllen ihre historische Mission der Integration der proletarischen Massen in den bürgerlich-kapitalistischen Staat vor allem über die Nationalisierung der sozialen Frage. Und heute wundern sich auch KritikerInnen des Reformismus, weil sich ihr Proletariat in den ausgetretenen Wegen bewegt und sich nationalistisch artikuliert, weil in der Krise national-sozialdemokratisch zu national-sozialistisch gesteigert wird. Die Wahl zwischen Schmiedl und Schmied geht bekanntlich zugunsten des letzteren aus. Diesmal geben die Massen und nicht die sozial herrschende Klasse der Sozialdemokratie den Laufpaß.

Das doppelte Kreisky-Erbe hat Hochsaison: Wenn nun SP-/ÖGB-Größen in einem Atemzug die Rückbesinnung auf die Anliegen der kleinen Leute und das Ende der Ausgrenzung der FPÖ fordern, ziehen sie nur auf personeller Ebene nach. Inhaltreich hat die viel zitierte Ausgrenzung nie stattgefunden. Das rassistische Migrationsregime hat(te) seit den 70er Jahren seine Stütze im Österreichischen Gewerkschaftsbund, die Koalition mit der FPÖ in der „Ausländerfrage" ist hier schon fast hergestellt.

Zu diesem Heft

Seit der zweiten Ausgabe haben wir den Artikel über „Nationalrevolutionäre Ver(w)irrungen" aufgeschoben. Nun ist die Zeit wohl überreif für eine grundlegendere Betrachtung dessen, was an Koalitionen schon alles möglich war und ist. Mit dieser Nummer setzen wir unsere lose Serie über rechte Leute von links fort. Am Beispiel des Textes zu einem linken Waldheim-Verteidiger diskutieren wir die politische Relevanz eines derartigen Unterfangens. Wäre es nicht die Aufgabe, den rechten Block anzugreifen, anstatt (sektiererisch?) dauernd auf Leute aus den vermeintlich eigenen Reihen loszugehen? Oder muß die Reformulierung des Antifaschismus mit Kritik beginnen? Wir sehen letztes als unsere Aufgabe an. ●

Impressum:

Lotta DURA"

Grundlegende Richtung:
Zeitung für Antifaschismus und mehr
Erscheinungshinweise:
4x im Jahr
Herausgeber: H. Obek, 1140 Wien
V.I.S.P:
H. Obek
Druck:
Eigendruck
Herstellungsort:
Bolzano, Alto Adige
Anzeigen:
Wir bringen nur Anzeigen von Sachen die wir kennen und gut finden. Also, bei Broschüren, Büchern und Zeitungen immer ein Exemplar mitschicken. Austauschanzeigen auf Anfrage möglich. Eine Anzeigenpreisliste gibt es nicht, wenn uns jemand Geld spenden will, weil wir eine besimmte Anzeige abgedruckt haben, dann haben wir natürlich nichts dagegen.

Nachdruck:
Nur mit vollständiger Quellenangabe erlaubt.

Inhalts VERZEICHNIS

FPÖ

4 . . F wie Friedhofsschänder
7 . . Im Auftrag der FPÖ
9 . . FPÖ-Nazis - Wiener Mischung
11 . PeterSichrovsky

BURSCHENSCHAFTEN

12 . Im teutonischen Urwald II
17 . Nationalrevolutionäre Ver(w)irrungen

WAS GIBTS NEUES?

16 . Naziskinbewegung
21 . Nationale Gefangenenhilfe
22 . Bauernkrieger drohen
23 . Waldheims stalinistische Verteidiger

RECHT(S)SCHREIBEN

14 . Eine korrekte Weltverschwörung?
24 . Was die Rechten schreiben

GESCHICHTLICHES

26 . Von Jahn zu Hitler

REZENSIONEN

22 . 6x Österreich
29 . Feministische Zeitschriften

STAATSRASSIMUS

30 . Immer wieder Österreich

IDENTITÄT!?!

32 . Von zuverlässigen und unzuverlässigen Fremden

Große Abo-Aktion

„In Spanien gründeten sie einmal einen Tierschutzverein, der brauchte nötig Geld. Da veranstaltete er für seine Kassen einen großen Stierkampf.„
(Kurt Tucholsky)

Soetwas würden wir natürlich nie tun. Deshalb:

Bestellt jetzt: 4 Ausgaben der Lotta Dura plus der Broschüre „Es muß nicht immer Gladio sein„ um 140.- ÖS /25.- DM oder 8 Ausgaben samt einem der folgenden Bücher um 350.- ÖS/ 60.- DM.

Bestehende Abos können selbstverständlich verlängert werden.

Antifaschistisches Autorenkollektiv (Hg.): **Drahtzieher im braunen Netz. Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich**

Das antifaschistische Autorenkollektiv hat in diesem neuen Handbuch ein deutsch-österreichisches Netzwerk mit Tradition, europaweiten Verbindungen und zum Teil mörderischem Aktionismus offengelegt. Nicht nur wegen der zahlreichen Abbildungen ein Muß für jede/n Antifa.

Redaktion Zoom (Hg.):
Es muß nicht immer Gladio sein - Attentate, Waffenlager, Erinnerungslücken

1990 kam ans Tageslicht, daß Waffenlager und geheime Kader der NATO existierten. In Italien wurden die Geheimtruppen „Gladio" genannt. Sie agierten in ganz Europa, auch in neutralen Ländern wie der Schweiz oder Schweden. Sie waren in rechtsextreme Anschläge und Putsch(versuch)e verwickelt. Die betroffenen Staaten erklärten damals, daß diese Geheimkader schon lange aufgelöst worden wären oder gerade würden oder schon bald werden. Die österreichische Regierung ließ verlautbaren: „Uns ist nichts bekannt.„ Die Broschüre räumt detailiert mit dieser Unwahrheit auf und bietet einen informativen Überblick über die Entstehung der NATO-Abteilungen und ihre Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten.

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): **Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus**

Aktualisierte und erweiterte Neuausgabe des 720 Seiten starken Standardwerkes über die heimische Rechtsaußenszene.

Wolfgang Purtscheller (Hg.):
Die Rechte in Bewegung - Seilschaften und Vernetzungen der „Neuen Rechten"

Ein teilweise hochkarätiges AutorInnen-Team dokumentiert ausführlich die Umtriebe von Burschenschaften, deutschen Haiderfans, ehemaligen Südtirolterroristen und obskuren Sekten.

Ich bestelle die Lotta Dura - bzw. verlängere mein Abo zum Preis von:

○ 140 ÖS/25 DM im Abo (4 Ausgaben) plus der Broschüre „Es muß nicht immer Gladio sein" oder

○ 350 ÖS/60 DM im Abo (8 Ausgaben) plus dem Buch:

.....

Name:
Anschrift:

Die Bezahlung erfolgt gegen Vorauskasse in bar oder in Briefmarken im doppelten Umschlag:

Im ersten Umschlag, der mit **H. Mader** beschriftet ist, werden Banknoten oder Briefmarken, deine Adresse und Begehr verwahrt.

Dieser wird dann in ein zweites, ausreichend frankiertes Kuvert mit Empfänger **ÖH-Gruwi, PF 101, A-1096 Wien** gesteckt und abgeschickt. Nur diese Vorgangsweise gewährleistet, daß wir zu unserem Geld und Du zu deiner Lotta Dura kommen.

F wie Friedhofsschänder

DER NEUE JÜDISCHE FRIEDHOF VON EISENSTADT WAR IN DER NACHT AUF DEN 31. OKTOBER 1992 IN BEISPIELLOSER WEISE GESCHÄNDET WORDEN. ZWEI DRITTEL DER GRABSTEINE WAREN MIT HAKENKREUZEN, SS-RUNEN UND PAROLEN WIE „AUSLÄNDER RAUS" UND „SIEG HAIDER" BESPRÜHT WORDEN. IN EINEM BEKENNERSCHREIBEN DEKLARIERTEN SICH DIE FRIEDHOFSSCHÄNDER ALS „RASSISCHSOZIALISTISCHE ARISCHE WIDERSTANDSBEWEGUNG", DIE AUF DIESE WEISE IHREM „VORBILD JÖRG HAIDER" EINEN „ARISCHEN GRUß" ZUKOMMEN LASSEN WOLLTE.

Unmittelbar nach der Schändung versuchten die Freiheitlichen (wie auch später beim Bombenanschlag in Oberwart) den Verdacht auf linke Strukturen zu lenken. Der damalige FPÖ-Generalsekretär **Meischberger** sprach von „linksextremen Provokateuren", und Haider rechnete die Friedhofsschänder der „linkschaotischen Szene" zu. Verhaftet wurde im Frühjahr 1994 allerdings kein Linker, sondern der ehemalige VAPO-Aktivist Walter **Köhler**. Und zwar nach einem Hinweis des damals in Untersuchungshaft sitzenden Neonazis Peter **Binder**. Köhler dürfte Opfer einer bewußten Denunziation innerhalb der Neonazi-Szene geworden sein, weil er sich in Interviews von seinen Kameraden distanzierte und seither als Verräter gilt. Nach Köhlers Verhaftung korrigierten die Freiheitlichen ihre Anschuldigungen. Jetzt versuchten sie Köhler als Vollzugsgehilfen der Linken zu „enttarnen". Keine dieser Thesen hielt jedoch vor Gericht: Köhler wurde im März vom Vorwurf der Friedhofsschändung freigesprochen.

Diese wurde mutmaßlich von den beiden burgenländischen Jung-FPlern Christian Wilhelm **Anderle** und Wolfgang **Tomsits** begangen. Obwohl letzterer in einem ersten Verhör davon sprach, die Tat „aus jugendlichem Übermut" begangen zu haben, und nichts von „rechtsextremen Motiven" wissen wollte, war er wie auch Anderle in neonazistischen Strukturen eingebunden. So unterhielt das Duo Kontakte zu Franz **Radl** jun. Weiters findet sich Anderle auf einer Kontaktliste der 1993 in Deutschland verbotenen „NATIONALISTISCHEN FRONT" (NF). Diese Gruppierung war 1985 gegründet worden und entwickelte sich rasch zu einer der militantesten Neonaziparteien, die trotz des behördlichen Verbotes unentwegt Terror verbreitet und eine paramilitärische Struktur aufbaute. Letztes Jahr präsentierte die deutsche Abgeordnete **Buntenbach** (Bündnis 90/Grüne) eine ihr zugespielte Liste mit über 830 Mitgliedern und rund 9000 SympathisantInnen der braunen Truppe. 200 davon sind ÖsterreicherInnen.

Anderle trat auch als Benutzer des posteigenen BTX-Systems in Erscheinung. Er plazierte unter mehreren Pseudonymen rassistische Texte im Netz und verharmloste Nazi-Verbrechen. Zusätzlich soll er auch der Verfasser der Nazi-Zeitschrift „Albus" sein. Diese vierseitige Postille wurde im Raum Wiener Neustadt kurz nach der ersten Briefbombenwelle verschickt. In ihr wurde zum „militärischen Widerstand" aufgerufen und Anleitungen zum Bau von Molotowcocktails veröffentlicht.

Kurz nach der Verhaftung von Tomsits wurden Querverbindungen zwischen Anderle und F-Bundesgeschäftsführer Karl **Schweitzer** öffentlich. Dem Nachrichtenmagazin „profil" lagen Protokolle der Gründungssitzung der RFJ-Bezirksgruppe Oberwart vor, die belegen, daß sowohl Schweitzer als auch Anderle und Tomsits im Dezember 1990 an diesem Treffen der F-Jugendorganisation (RING FREIHEITLICHER JUGEND) teilnahmen. Umgehend kam das Dementi aus dem F-Hauptquartier: Schweitzer bewunderte die Fälschungskünste des „Profil" und drohte jedem, der diese Falschmeldung weiterverbreitet.

F-GESCHÄFTSFÜHRER SCHWEITZER

Unmittelbar vor Schweitzer meldete sich bereits der Obmann des RFJ-Burgenland Klaus **Fischl** zu Wort. Der 28jährige Multifunktionär (Königsdorfer F-Ortsparteileiter, Vorsitzender des Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) an der Vet-med, RFS-Bundesvize, Herausgeber der Zeitschrift „Burgenland frontal", Kandidat zur Landtags- und Nationalratswahl, ...) verkündet via APA: Anderle und Tomsits seien schon nach einem Jahr aus dem RFJ „gestrichen" worden, da sie ihre Mitgliedsbeiträge nicht bezahlt hätten. Fischl wußte zu diesem Zeitpunkt nur zu gut, warum er die

DIE MÄR VON DEN LINKSEXTREMEN

31.10.92: FPÖ-Generalsekretär Meischberger vermutet „bewußte Aktion linksextremer Provokateure";
1.11.92: FP-Burgenland setzt 10.000 Schilling Ergreiferprämie aus;
14.1.93: der burgenländische F-Chef Rauter: Kinder hoher Funktionäre der Regierungsparteien verdächtigt;
17.12.93: Rauter. Wer Hakenkreuze schmiert, ist kein FPÖ-Sympathisant;
9.1.94: Haider wirft Innenminister Informationsverbot über der linken Szene zuzurechnenden U-Häftling vor;
23.1.94: Meischberger: Spuren führen eindeutig in den Umkreis der SPÖ;
21.1.94: Haider zum damaligen Innenminister Löschnak: Täter aus linker Szene für Schändung verantwortlich;
1.2.94: Haider wirft Löschnak vor, bei Ermittlungen wiederholt gelogen zu haben – Mitarbeiter Löschnaks würden den U-Häftling als Links-Chaot einschätzen;
11.9.94: Haider: Beschuldigter wollte FPÖ diskreditieren;
12.8.96: Rauter distanzierte sich von Tatverdächtigen, die RFJ-Mitglieder waren;
13.8.96: Schweitzer: Wenn mutmaßliche Täter Friedhof schändeten, ist das klar eine rechtsextreme Tat.

Flucht nach vorne anzutreten hatte, wimmelt es doch im RFJ-Burgenland nur so von eindeutig zuordenbaren FunktionärInnen und Mitgliedern. So war Fischls Vorgänger Christian **Schaberl** bereits 1988 durch einen Leserbrief an die berüchtigte „Deutsche Nationalzeitung" einschlägig in Erscheinung getreten. Kurz darauf wurde er in den F-Landesparteivorstand berufen und alsbald Bereichssprecher „Jugend und Familie"

.Am 13. August gewährte Schweitzer der ZIB2 ein Interview. Darin garantierte er, daß es seit 1992 zwischen ihm und Anderle oder Tomsits „keinen einzigen Kontakt" gegeben habe. Er kenne die beiden nur als Schüler aus seinem Turnunterricht. Knapp vier Wochen später deckte die Illustrierte „NEWS" auf, daß Schweitzer im Juni 1995 bei der Länderkonferenz der FPÖ in Oberschützen Anderle zum Thema seiner Rede machte. In Anwesenheit von Haider und Anderle kritisierte er Ermittlungen der Polizei und schob dem antifaschistischen Journalisten Wolfgang **Purtscheller** die Morde von Oberwart in die Schuhe. Anderle wurde von Schweitzer bei seinem

KLAUS FISCHL

Vornamen „Christian" genannt und als „Mitglied unserer Bewegung, Mitglied des Rings Freiheitlicher Jugend" bezeichnet, bei dem es „zwei Hausdurchsuchungen ohne irgendeinen Anlaß" gegeben habe.

Das Umfeld Karl Schweitzers wird nun zu dessen Hauptproblem: So installierte er als seinen Nachfolger im Gemeinderat von Oberwart den Gendarmen Werner **Gutleben.** Der Postenkommandant von Stadtschlaining fiel bisher nur einmal politisch auf, nämlich als er 1982 eine Unterstützungserklärung für die mittlerweile verbotene neonazistische NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI (NDP) abgab. In Stadtschlaining kandidierte bei der Gemeinderatswahl 1992 auch der mutmaßliche Friedhofsschänder Anderle für die FPÖ. Interessant ist auch das schulische Umfeld des mutmaßlichen Friedhofsschänders. So kann der „Staatsbürgerkunde und Rechtslehre"-Professor von Anderle und Lehrerkollege von Schweitzer, der Jurist Gert **Pathy**, auf eine einschlägige Vergangenheit verweisen. Er war, wie auch Gottfried **Küssel**, während seiner Studienzeit Aktivist der „AKTION NEUE RECHTE" (ANR). Eine Neonazibande die vor allem durch Gewaltexzesse für Schlagzeilen sorgte.

Mittlerweile versucht die FPÖ die Schändung des jüdischen Friedhofes in

Computer, Bombenbau und ein patriotischer Dissident

SEIT ENDE MAI MELDET SICH „ARISK" NICHT MEHR. KAUM VERWUNDERLICH – DER BETREIBER EINER NEONAZISTISCHEN WIENER COMPUTER-MAILBOX IST AUF DER FLUCHT. DENN HINTER DEM DECKNAMEN VERBIRGT SICH DER MUTMAßLICHE SCHÄNDER DES JÜDISCHEN FRIEDHOFES VON EISENSTADT – CHRISTIAN **ANDERLE**.

Der Haiderparteigänger betrieb seit Februar dieses Jahres die „Dissident BBS – Mailbox für patriotische Dissidenten". Diese Mailbox war dem deutschen Thule-Netzwerk angeschlossen, das aus rund einem Dutzend Rechnern vor allem in Deutschland, aber auch in Holland und Norwegen besteht. Sie dienen der internen Kommunikation der Neonaziszene. Der Vorteil für die Neonazis liegt darin, daß Nachrichten codiert übermittelt werden können. In der Wiener Dissident-Mailbox hieß es dazu: Ziel und Zweck dieser Mailbox sei es, „den Verfolgungsdruck durch das System" zu mindern, „indem Kommunikationsmöglichkeiten bereitgestellt werden, die vom System nicht – oder nur mit erheblichem technischen Aufwand – ausgespäht werden können. Es gibt hervorragende Kodierverfahren, deren Dekodierung für Unbefugte praktisch nicht möglich ist."

Die Einrichtung einer österreichischen Station dieses Netzwerkes entspricht der Entwicklung der heimischen Neonaziszene, die sich in den letzten Jahren ein Zellensystem aufbaute und über Computermailboxen und Postfächer kommuniziert. Auch bei Franz **Radl jun.**, einem engen Bekannten des mutmaßlichen Friedhofsschänders Anderle, wurden bei Hausdurchsuchungen Unterlagen gefunden, die belegen, daß er mit seinen Kameraden via Thule-Netz in Verbindung stand.

Im Herbst 1995 war Anderle nach Erlangen gereist, um mit dem Gründer des Netzes, dem Programmierer Thomas **Hetzer**, die letzten Vorkehrungen für die Einrichtung seiner Mailbox zu besprechen. Das Büro für seine Netzaktivitäten mietete er in der Wiener Marc-Aurel-Straße im ersten Bezirk an. Als Terrorfahnder dort im August eine Hausdurchsuchung vornahmen, war „Arisk" schon längst über alle Berge. Sein Computer ist bereits seit Ende Mai nicht mehr im Netz.

Im August machte auch ein gewisser „Redmar" den Klarnamen von „Arisk" öffentlich, als er folgenden Text über den Neonazicomputerverbund verbreitete: „Arisk gesucht wegen angeblicher Friedhofsschändung im Jahr 1992 laut Aussage eines früheren Kameraden! Das ist doch ein Trauerspiel! Haben die Österreicher keine kriminellen Banden aus dem Ostblock etc., die sie besser bekämpfen sollten? Was ist mit der traditionellen Korruption in höchsten Regierungskreisen? Da kann man nur ungläubig staunen!"

„Anderle" meldete sich zuletzt aus Hannover und ließ über einen deutschen Kameraden einen Text ins Thu- ➡

Eisenstadt und die Rolle des verurteilten Neonazis Franz Radl jun. in eine allumfassende, gegen die Freiheitlichen gerichtete Verschwörungstheorie einzubetten. In einer parlamentarischen Anfrage, die Anfang Oktober von Klubobmann Ewald **Stadler** eingebracht wurde, stellt die FPÖ einen Zusammenhang mit der angeblichen Freundschaft zwischen Radl-Anwalt Farid **Rifaat** und NEWS-Herausgeber Wolfgang **Fellner** und der Schmieraktion von Eisenstadt her. Miteinbezogen wurde in die Verschwörung auch der jüdische Humanitätsverein B'nai B'rith, der „seit einiger Zeit gezielte Aktionen gegen die FPÖ und Jörg Haider" unternommen habe. Kryptisch stellen die Freiheitlichen fest, daß hiermit Umstände offengelegt wären, die „für manche unaufgeklärten Vorgänge der vergangenen Jahre interessant sind". Fazit: Die Juden und Jüdinnen sind an der Schändung des Friedhofes von Eisenstadt wohl selbst schuld. ●

linke zeitschrift
ARRANCA!
... ist eine Zeitschrift von F.e.l.S
Einzelpreis 6 DM
Abopreis (4 Hefte) 24 DM
Redaktion, Abos, Vertrieb:
Arranca c/o Buchladen
Schwarze Risse
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
Tel: 030/615 54 58
Nr.10
Die Heimat der Sklaven ist der Aufstand!
...erscheint im August'96
Nr.0 **Organisation** ★ Nr.1 **Lernprozesse** ★ Nr.2 **Medien** ★ Nr.3 **Linke und Militanz** ★ Nr.4 **Resumee - Bis hierher und weiter** ★ Nr.5 **Knives and Roses** ★ Nr.6 **Realsozialismus I** ★ Nr.7 **Realsozialismus II** ★ Nr.8 **Sexualität** ★ Nr.9 **VietnamesInnen in Berlin** (ZAG – Arranca Gemeinschaftsnummer)

➨ le-Netz stellen, den er gleichzeitig dem burgenländischen ORF-Landesstudio zuschickte. In dem Brief spricht er davon, eine „Vertrauensperson in Berlin" kontaktieren zu wollen und vor einem „ordentlichen Untersuchungsgericht" auszusagen, sobald es ihm „sinnvoll erscheint".

Mitte Mai dieses Jahres konferierte „Arisk" in seiner Mailbox mit „Ernst Bieling" über den Bau von Bomben. In dem Computer-Talk rief er seine Kameraden dazu auf, „Bombenbauanleitungen" zu besorgen. Grund für diese unverblümte Aufforderung war die Sorge um leichtsinnige WeggefährtInnen: „Wenn die 12jährigen Kracherlknaller vernünftige Literatur zur Hand hätten, würden sie sich auch die Finger nicht wegsprengen." Zusätzlich stellte er zum Thema fest: „Viele Leute fragen sich natürlich, worin der Sinn der Tolerierung von Bombenbastelanleitungen, Nachschlagewerken zum behenden Einbruch oder Schulungen zum effektiven Töten liegen soll (...). Andererseits könnte er sie selbst mal brauchen, etwa wenn seine Heimat eines Tages in die Hände einer fremden Macht oder von Verbrechern fallen sollte." Zusätzlich speiste Anderle rassistische Artikel und Werbungen für neonazistische Postillen, wie auch für „das freiheitliche Magazin- Aula", in seine „Dissident BBS" ein.

Schon einmal sorgte das Thule-Netz für Schlagzeilen. Während einer von der FPÖ einberufenen Sitzung des Parlaments verwies ein SPÖ-Abgeordneter auf eine Meldung des Thule-Netzes, in der ein „Donar" dazu aufforderte, der FPÖ belastendes Material gegen Innenminister Caspar **Einem** zu liefern. Nach einer Schrecksekunde konnte Anderles politischer Ziehvater Karl **Schweitzer** „Donar" aber als „Links-Terroristen" enttarnen. Er wisse, daß dieser im Wiener Ernst-Kirchweger-Haus (EKH) beheimatet sei. Schweitzer präsentierte eine Liste, auf der ein gewisser Fritz **Donart** als Mitglied von „Rainbow- Gathering" aufscheine. Und diese Liste stamme aus dem EKH.

Die Liste der Friedensinitiative stammte tatsächlich aus dem von Roma, Autonomen und Flüchtlingen bewohnten EKH. Sie war auf einer Computerfestplatte gespeichert, die bei einer Hausdurchsuchung von der Polizei beschlagnahmt wurde.

„Donar" aus der Mailbox ist nicht ident mit Donart von der Rainbow-Liste. Der Grün-Abgeordnete **Anschober** machte diese FPÖ-Lüge öffentlich und sah sich in seinem Verdacht bestätigt, daß Freiheitliche direkt von der Exekutive oder der Justiz mit heiklen Unterlagen beliefert würden. ●

DER JÜDISCHE FRIEDHOF VON EISENSTADT IM OKTOBER 1992

Quellen: Falter 34/96, Standard 1.6.95 und 25.3.96, „Drahtzieher im Braunen Netz" (Konkret-Literatur-Verlag, 1996)

Im Auftrag der FPÖ

Falsche Ermittlungen rund um die rassistischen Morde von Oberwart

Der Eisenstädter Richter Karl **Mitterhöfer** stellte vom ersten Augenblick an klar, daß es nicht Prozeßinhalt sein könne, etwaige Hintermänner der Aktion des Beschuldigten aufzudecken. Bei dem Angeklagten handelte es sich um den 38jährigen Martin **Magdits** aus dem burgenländischen Rechnitz. Von Beruf Verwaltungsbeamter im Innenministerium und aus Berufung FPÖ-Funktionär. Eine brisante Mischung. An der auch der aus Oberwart stammende FPÖ-Geschäftsführer Karl **Schweitzer** Gefallen gefunden haben soll. Denn laut dem Verteidiger von Magdits hatte dieser „das ganze Intrigenspiel eingefädelt„ und nun seinen Mandanten geopfert. Mehr durfte der Anwalt nicht sagen, denn der Richter war redlich bemüht, „die Politik„ dem Prozeß fernhalten. Magdits wurde wegen Amtsanmaßung zu einer bedingten Haftstrafe (noch nicht rechtskräftig) verurteilt.

Die Vorgeschichte: Im März 1996, ein Jahr nach der Ermordung von vier Roma durch eine Sprengfalle der Neonaziterrorbande „BAJUWARISCHE BEFREIUNGSARMEE" (BBA), erschien Magdits in der Oberwarter Romasiedlung, gab sich als Staatspolizist aus und horchte (angeblich unter Androhung von Beugehaft) einzelne BewohnerInnen aus. Sein – auch für die Befragten unglaublicher – „Ermittlungsansatz„ ging dahin, daß der Anschlag möglicherweise „links-politisch„ motiviert gewesen sein könnte. Unter anderem hatte er mit großem Eifer versucht, den Journalisten und Buchautor Wolfgang

„Die Polizei, dein Freund und Helfer" (Heinrich Himmler)

DER FALL **MAGDITS** MACHT ANGST. ZUMAL ER NICHT DER EINZIGE RECHTSAUßEN IM SOLD DES INNENMINISTERIUMS WAR. WIR BERICHTETEN BEREITS MEHRMALS ÜBER DIE EINSCHLÄGIGE UMTRIEBE IN DEM VON CASPAR **EINEM** GELEITETEN MINISTERIUM. IN DER „LOTTA (4/95)" FINDET SICH EIN ARTIKEL ÜBER ZWEI BEAMTE DES INNENMINISTERIUMS, IN DEREN UMFELD DIE POLIZEI DIE NEONAZITERRORISTEN VERMUTET. GEGEN BEIDE WURDE ZWAR ERMITTELT, DOCH BEIDE BEFINDEN SICH NOCH IMMER IN AMT UND WÜRDEN.

Bereits Anfang 1993 waren in Wiener Polizeidienststellen – meist in Hochburgen der FPÖ-Polizeigewerkschaft – Flugblätter einer neonazistischen „Notwehrgemeinschaft der Sicherheitswachebeamten" aufgetaucht. Diese Pamphlete wiesen Ähnlichkeiten zu den Bekennerschreiben der „Bajuwarischen Befreiungsarmee" auf. Analysen der Bekennerbriefe lassen darauf schließen, daß die Schreiber möglicherweise Zugang zu den Akten haben. Die Existenz von „Maulwürfen" im Innenministerium bestätigte sich im Zusammenhang mit der mißglückten Sachbeschädigung von Ebergassing. Akten verschwanden und tauchten bei FPÖ-Politikern wieder auf. Darauf stellte Hans Rauscher im „Kurier" treffend fest: „Eine Haider-Polizei in der Polizei ... eine tödliche Gefahr für die Demokratie".

Doch eine bekannte Gefahr ist nur noch eine halbe Gefahr. Darum dokumentieren wir hier sämtliche Polizisten und Kriminalisten, die bei der Wiener Gemeinderatswahl 1996 für die FPÖ kandidierten.

- Radakovits Werner, Polizeibeamter, 25.10.1961, 2., Rotensterngasse 13/1/9
- Kreißl Michael, Polizeibeamter, 13.11. 1958, 14., Hütteldorferstr. 175/11
- Schmied Wolfgang, Polizeibeamter, 9.7.1960, 14., Linzerstr. 178/4/18
- Schwing Karl, Kriminalbeamter, 20.1.1963, 14., Ameisgasse 63/2/4
- Halwachs Wolfgang, Kriminalbeamter, 25.4.1960, 23., Breitenfurterstr. 516/1/9
- Merkel Ernst, Polizeibeamter, 5.5.1947, 11., Kaiserebersdorferstr. 292/3/5
- Schmal Helmut, Polizeibeamter, 9.3.1967, 23., Anton Kriegergasse 109/2/4
- Breier Richard, Polizeibeamter, 28.3. 1962, 13., Amalienstr. 75/4/17
- Marschalek Johannes, Polizeibeamter, 8.9.1962, 19., Hofzeile 10-12/1/1
- Laussermayer Heinz, Polizeibeamter, 22.4.1961, 13., Amalienstr. 75/2/126
- Irschik Wolfgang, Polizeibeamter, 11.10.1959, 21., Mengergasse 7/1/3/8
- Tuller Heribert, Polizeibeamter, 10.2.1962, 3., Barichgasse 20/9
- Wieser Heinz, Polizeibeamter, 30.5.1965, 3., Fruethstr. 9/8
- Bachleitner Franz, Polizeibeamter, 12.3.1968, 10., Alaudag. 19/142/16
- Weber Willibald, Polizeibeamter, 4.8.1946, 11., Simmeringer Hauptstr. 9/3
- Schrenk Patrick, Polizeibeamter, 14.2.1969, 3., Am Heumarkt 31/29
- Prager Johannes, Polizeibeamter, 29.8.1962, 16., Lambertgasse 14/10
- Ulreich Peter, Polizeibeamter, 25.9.1962, 16., Pfenninggeldg. 12B/2/6
- Hann Robert, Polizeibeamter, 14.7.1962, 14., Isbarygasse 5-7/8/3/13
- Taglieber Erich, Polizeibeamter, 7.11.1962, 12., Ehrenfelsgasse 2/2/18

Quelle: Wiener Zeitung

Purtscheller mit dem Attentat in Verbindung zu bringen.

Purtscheller, der sich vor allem mit Recherchen über die rechtsextreme Szene profiliert hatte, zählt seit langem zu den Intimfeinden der FPÖ und deren Umfeld. Die mißglückte Sachbeschädigung von Ebergassing, bei der zwei Exponenten der radikalen Linken ums Leben kamen, bot **Haider** und seinen Kettenhunden jenen Vorwand, um u.a. mit dem unliebsamen Journalisten abzurechnen und von ihrer Mitschuld am rassistischen Terror abzulenken. Aus seiner Bekanntschaft mit den Verstorbenen konstruierten sie zunächst eine Tatbeteiligung Purtschellers an der Sachbeschädigung, um ihn schließlich auch mit dem Terror der BBA in Verbindung zu bringen. Die Österreich-Ausgabe der FPÖ-nahen Wochenblattes „Junge Freiheit" unter Chefredakteur Andreas **Mölzer** gab dieser Verschwörungstheorie ebenso Futter wie „Das freiheitliche Magazin – Aula". Auch die beiden ORF-Journalisten Robert **Altenburger** und Bernd **Ender** beteiligten sich an der Hetze gegen Purtscheller. So konnten in einer von ihnen gestalteten „Report"-Sendung ranghohe FPler gegen den antifaschistischen Journalisten agitieren.

Ziel all dieser Bemühungen: Oberwart als Täuschungsmanöver der Linken darzustellen, die der FPÖ den Terrorismus in die Schuhe schieben will.

Die Methode, sich als Opfer zu präsentieren, wo Täterschaft naheliegt, ist nicht neu. Sie gehörte einst zum fixen

WOLFGANG JUNG
(BILDMITTE)

Repertoire der illegalen österreichischen NSDAP, heute wird sie von rechtsextremen Parteien in ganz Europa praktiziert. In den siebziger Jahren mußte ein italienischer Anarchist mehrere Jahre hinter Gittern verbringen, weil es neofaschistischen Terroristen gelungen war, ihm einen Anschlag unterzujubeln. In Frankreich stellte sich der faschistische Parteiführer **Le Pen** jahrelang als Zielscheibe einer Schändung eines jüdischen Friedhofes dar – bis Leute aus seiner Anhängerschaft als Täter entlarvt wurden.

Offensichtlich spielte Magdits bei diesem Ablenkungsmanöver der FPÖ eine gewichtige Rolle. Bereits am 19. April 1995 gaben die Freiheitlichen im Nationalrat Thesen zum Oberwarter Mordanschlag kund, die sich mit den Ermittlungsergebnissen von Magdits deckten. Der geschäftsführende Klubchef Ewald **Stadler** etwa erwähnte die Nähe Purtschellers zu den Tätern des „linksextremen Sprengstoffanschlags" von Ebergassing. Was seinen Parteichef Haider zum Zwischenruf veranlaßte: „Man sollte auch die Oberwarter Spuren nicht außer acht lassen!" Darauf Stadler: „Die Oberwarter Spuren werden dieses Haus noch beschäftigten, das wage ich vorauszusagen! Die Oberwarter Spuren, zu denen noch einige in diesem Haus sensationellen Erklärungsbedarf haben werden ..." „Sensationelle" Oberwarter Spuren, wie sie Stadler ansprach, waren zu der Zeit nur von Magdits verfolgt worden; dies war der Öffentlichkeit aber noch nicht bekannt. Am 23. April deutete Karl Schweitzer im Parlament an, daß Purtscheller vor dem Bombenanschlag in der Oberwarter Romasiedlung gewesen sei. Exakt in diese Richtung hatte Magdits recherchiert.

Einige Wochen später flog der falsche Terrorfahnder auf, nachdem echte Beamte der Sonderkommission zur Aufklärung des Bombenterrors in Oberwart Ermittlungen anstellten. Magdits wurde suspendiert und wegen Amtsanmaßung und versuchter Nötigung angezeigt. Und die FPÖ-Führungsetage wollte von Magdits nichts wissen.

Der SPÖ-Sicherheitssprecher Robert **Elmecker** übermittelte daraufhin der Staatsanwaltschaft Wien eine Sachverhaltsdarstellung, in der er den Verdacht ausspricht, daß Stadler, Schweitzer und Haider sehr wohl von den mißbräuchlichen Ermittlungen des falschen Schnüfflers Kenntnis gehabt haben sollen. Zusätzlich machte er öffentlich, daß Magdits nicht alleine in Oberwart „ermittelte". Er soll von Gerhard **Mikes** begleitet worden sein, einem Mitarbeiter des Heeresnachrichtenamtes (HNA), des von FPlern durchsetzten Bundesheergeheimdienstes, zuständig für die Auslandsaufklärung. Aus den Reihen der Heeresspitzel wird Haider regelmäßig mit Informationen beliefert. So hatte der F-Führer bereits wenige Stunden nachdem Anfang Dezember 1993 die ersten Briefbomben detoniert waren, eine Fährte anzubieten. Die Anschläge seien offensichtlich auf die „Konfliktsituation am Balkan„ zurückzuführen, sagte er. Es war das HNA in der Wiener Hütteldorferstraße, das diese krause Theorie forcierte. Wie im Fall Magdits wurden Indizien geschaffen, die möglichst weit von den Rechten wegführen sollten. Wolfgang **Jung**, Brigadier im HNA und freiheitlicher Nationalratsabgeordneter, bestreitet natürlich, daß er je Informationen aus dem Amt in den F-Parlamentsklub habe fließen lassen. Haider jedenfalls trumpfte noch im Juli 1995 damit auf, daß vermutlich „der serbische Geheimdienst seine Finger im Spiel hat". Damit helfe man/frau „den Linken in Österreich, an der Macht zu bleiben, indem man die Bomben den rechten Freiheitlichen in die Schuhe schiebt", so der F-Führer im Interview in seinem Kärntner Parteiorgan. ●

Quellen: Elmecker Robert, Sachverhaltsdarstellung 27.7.96,
Salzburger Nachrichten 19.8.96
Profil 1.7.und 19.8.96
Standard 2.7.96
Wiener Zeitung 24.8.96
Kurier 24.8.96

BAHAMAS

Nr. 20 – Sommer 1996

Schwerpunkt: Elemente des Antisemitismus

* Deutsche Antworten auf die soziale Frage *
* Linksradikale für kulturelle Erweckung *
*„Frieden" im Nahen Osten *
* Antiimperialismus und Antizionismus *
* Phantom Kollektivschuld *
* Goldhagendebatte *
* Deutschen Fernfuchtlern mißfällt Dayton *
* Kommunitarismus *
* 200 Jahre deutsche Intelligenz u.a.m *

Abonnement DM 18 für drei Ausgaben; Einzelpreis DM 6
(nur Vorauskasse / Briefmarken)

Fon/Fax: Berlin 030 / 623 69 44, Postfach 620 628, 10796 Berlin; Konto: E. Müller, Nr. 12005270, Berliner Volksbank; BLZ 100 900 00

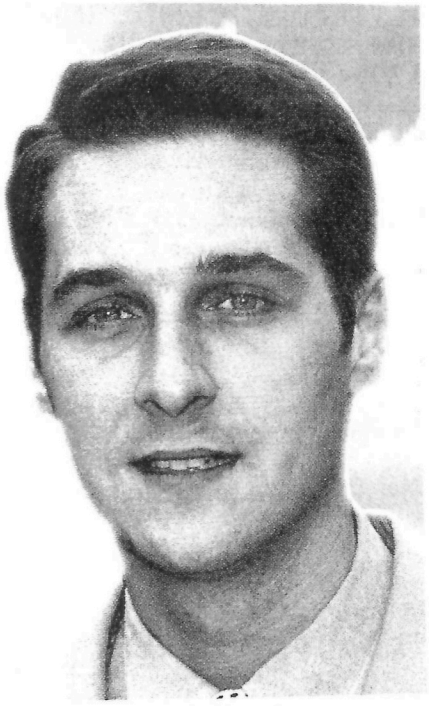
FPÖ-Nazis

Wiener Mischung

Nehmen wir diese Behauptung zum Anlaß, mal einen Blick auf die FPÖ-KandidatInnenlisten für die Wiener Wahlen zu werfen. Und die hat es in sich: Während auf dem europäischen Parkett Quereinsteiger und „Liberale" Salon- und Bündnisfähigkeit herstellen sollten, trat die FPÖ in Wien als das auf, was sie ist – eine rechtsextreme Partei, durchsetzt mit Neonazis. Wenn Jürgen **Hatzenbichler** in der „Jungen Freiheit" (JF) schäumt, daß die FPÖ „längst auf die Ecke zu pfeifen (scheint), aus der sie gekommen ist" (38/96, S. 7), blickt er nach Brüssel und nicht nach Wien. Denn im vorangegangenen Richtungsstreit setzten sich in der Bundeshauptstadt die Militanten und Burschenschafter durch. Nach FSI bzw. RFS und RFJ bekamen diese nun auch die Stadtpartei ganz in ihre Hand.

JF-Lichtblicke

In der JF kommt Andreas **Mölzer** alias Norbert **Niemann** angesichts des FPÖ-„Jugendkandidaten" ins Schwärmen: Heinz-Christian **Strache**, F-Obmann im 3. Bezirk und ebendort Spitzenkandidat für Bezirks- wie Gemeinderat, sei ein „FP-Lichtblick", ein „ideologisch motivierter und wertorientierter FPÖ-Jungpolitiker" und „geschickter Rechter" (37/96, S. 12). Der 27jährige Zahntechniker zeigt sich Mölzer „als Kämpfer gegen Political correctness und die damit verbundene `neue Wortverbrennung´." Zwei Ausgaben später stellt der ehemalige F-Chefideologe – wieder alias Norbert Niemann – seinen Strache gar als einen „der Vertrauensleute des nationalen Flügels der Wiener FPÖ" (39/96, S. 12) vor.



Heinz-Christian Strache

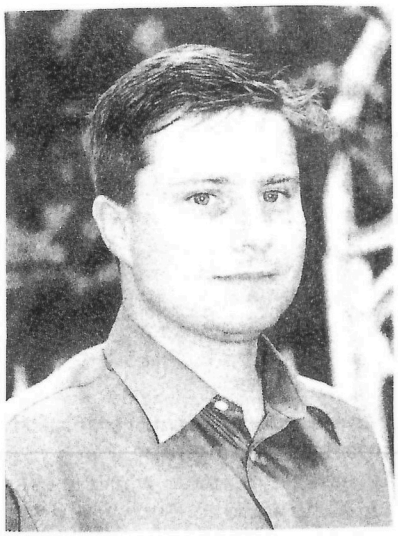
Diesem hegemonialen Flügel gehört auch Nikolaus **Amhof** an. Der Berufsoffizier agiert als F-Vorsitzender im 9. Bezirk, wo er auch kandidierte. Amhof war ein enger Kampfgefährte von Christian **Böhm-Ermolli**, jenem Neonazi, der Hitler einen „Staatsmann" nannte, ein Parteiausschlußverfahren überstand und sich vor ein paar Monaten nach k. u. k. Offiziersart entleibte. Die Machtübernahme von Amhof und Böhm-Ermolli in der Bezirkspartei im Frühjahr '95 quittierte Ingrid Kariotis mit ihrem Austritt. Als Mentoren des Duos, welches im September '94 aus dem RFJ flog, traten John **Gudenus**, Heinz **Fidelsberger**, Dieter **Langer** und Elmar **Dirnberger** in Erscheinung.

Gudenus, von Beruf Oberst, kandidierte in Wien IV für den Bezirksrat. Aus dem Nationalrat mußte Gudenus nach seinem Sager („Gaskammern? Ich halte mich da raus. Ich glaube alles, was dogmatisch vorgeschrieben ist.") entfernt werden. Der 56jährige Militarist zog sich daraufhin in die Gruppe um die Redaktion der JF-Österreich zurück, wo er an seinem Comeback arbeitete.

Dieter Langer trat als Kandidat im 8. Bezirk in Erscheinung. Der Immobilientreuhänder inseriert gern in Nazi-Zeitungen und findet sich auf der Adressenliste von Gottfried **Küssel**. Sein Kamerad und Berufskollege Dirnberger gab 1977 eine Unterstützungserklärung für die neonazistische ANR ab, für die FPÖ kandidierte er nun im 14. Bezirk. Mit Name und Adresse findet sich dieser auf der Liste des wiederholt verurteilten Neonazis Franz **Radl** jun..

Ein weiterer Miethai in der Riege der F-KandidatInnen ist Walter **Sucher**. Der 62jährige Altnazi und Olympia-Burschenschafter betätigt sich als Obmann der Dachorganisation Ring Volkstreuer Verbände (RVV), referierte bei der Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP), gratulierte 1991 der „Aula" zum 40jährigen Bestehen „mit deutschem Gruß" und trat nun im 8. Bezirk für die FPÖ an.

„Sie (die FPÖ, Anm.) hat prozentuell so viele alte und junge Nazis in ihren Reihen wie die SPÖ und so viele Antisemiten wie die Grünen und Liberalen." (Peter Sichrovsky, F-Kandidat)



Nikolaus Amhof

Die JF selbst ist mit zwei Stammautoren auf den KandidatInnenlisten vertreten: Rene Lysander **Scheibe**, 1994 wegen Rechtsabweichung aus der CV-Verbindung Bajuwaria ausgeschlossen, trat im 8., Rüdiger **Stix** (US! Skalden) im 9. bzw. 7. Bezirk an.

Burschen(seil)schafter und Wiener Befreiungsarmee

Geprägt wird der hegemoniale nazionale Flügel in der FPÖ durch Burschenschafter. Vom Spitzenkandidaten Rainer **Pawkowicz** (Aldania, Olympia) abwärts finden sich auf den Wahlvorschlägen Schmißgermanen noch und nöcher. Die Aldania stellte gleich fünf Kandidaten: Hinter Pawkowicz tummeln sich Helmut **Kowarik**, dessen Sohn Dietmar, Gerald **Ebinger** und Eduard **Schock**.

Kowarik sen. führte die Riege der GemeinderatskandidatInnen im 15. Bezirk an. Der 53jährige Deutschtümler, auch auf Radls Liste vertreten, sorgte vor knapp zwei Jahren als Verleger antisemitscher und offen nazistischer

Schriften für Schlagzeilen. In Kowariks „Volkstum-Verlag" erschienen u.a. die Machwerke von Hermann **Wirth**, Wilhelm **Landig**, Lothar **Greil** und Per **Engdahl**. Daneben betätigte sich Kowarik als Vorsitzender der Revanchisten-Truppe ÖSTERREICHISCHE LANDSMANNSCHAFT (ÖLM) und im Verwaltungsrat des deutschen VEREIN FÜR DAS DEUTSCHTUM IM AUSLAND (VDA). Aber dort hatte man keine rechte Freude mehr mit dem FPÖ-Gemeinderat: Im Frühjahr '95 mußte der wütende Germanomane den VDA-Verwaltungsrat verlassen. Auch die ÖLM stellte Kowarik im Zuge einer Frontbegradigung Anfang vergangenen Jahres in die zweite Reihe. Sein Sohn Dietmar (* 18. 2. 1972) kandidierte an sechster Stelle für den Bezirksrat im 15.

MICHAEL TSCHARNUTTER

Bezirk. Gerald Ebinger trat im 5., Eduard Schock im 10. Bezirk an.

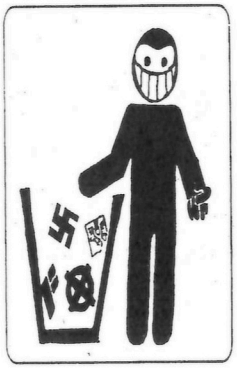
Die berüchtigte OLYMPIA hatte Christian **Heschtera** und den FPÖ-Nationalrat Martin **Graf** (siehe Lotta dura 6/96) aufzubieten. Heschtera kandidierte für den Bezirksrat in Wien IV, Graf rundete die Liste im 22. Bezirk ab. Die Burschenschaft SILESIA war durch den Wiener RFJ-Obmann Hans Jörg **Jenewein** vertreten. Der im Adressbuch von Franz Radl angeführte Jenewein kandidierte für den Bezirksrat in Wien V. Andreas **Reichhardt** von der GRENZLANDSMANNSCHAFT CIMBIRA verstärkte die Strache-Truppe im 3. Bezirk. Die Kandidaten Erek **Rübig** (9. Bezirk) und Manfred **Schmikal** (7. Bezirk) hol(t)en sich ihre Schmisse bei der BRUNA SUDETIA. Schmikal ist ebenfalls im Radl-Adressbuch vertreten. Dort finden sich mit Gerald **Brettner-Messler**, Rudolf **Smolej** und Harald **Vilimsky** drei weitere F-Kandidaten.

In der Wiener Befreiungsarmee gegen die „rote Alleinherrschaft" kämpfen auch Martin **Hobek**, Günther **Enzendorfer** und Michael **Tscharnutter**. Dieses Trio – selbstredend auch in Radls Adressbuch vertreten – traf sich und auf Radl schon in der „Plattform Siegfriedskopf", die 1990 zur Verteidigung des braunen Schandflecks an der Wiener Uni antrat. Anti-Antifa-Vorreiter Hobek, von Beruf „Historiker" und F-Bezirksrat im 15., trat 1994 als Wiederbeleber des RFS in Erscheinung. Die Korporierten Enzendorfer (VDSt! SUDETIA) und Tscharnutter (VDSt! PHILADELPHIA) versuchten zunächst gemeinsam mit dem „Siegfriedskopf"-Mitstreiter Günther **Rehak**, bei Radl als „Extremist" angeführt, in den VEREINTEN GRÜNEN ÖSTERREICHS (VGÖ) Fuß zu fassen. Da diesem rechten Entrismus kein Erfolg beschieden war, zogen sich die Recken in die FPÖ zurück. Dort werkt Enzendorfer heute als Sekretär des Dritten Nationalratspräsidenten Wilhelm **Brauneder**, Tscharnutter als Direktor des Wiener Rathausklubs. Gemeinsam mit dem ehemaligen F-Bezirksrat und HNA-Agenten Helmut **Stubner** (VDSt! PHILADELPHIA) eröffneten Hobek, Enzendorfer und Tscharnutter 1991 eine ÖSTERREICHISCH-SLOWENISCHE GESELLSCHAFT, die in Jugoslawien zündelte. Enzendorfer selbst wurde 1992 am Weg nach Kroatien von slowenischen Grenzern mit 20.000 Schuß Munition angehalten.

Der Facharzt und F-Bezirksratskandidat in Wien IX, Richard **Eisner**, hält es weniger mit Radl als mit dem ebenfalls vom Verdacht der Briefbombentäterschaft freigesprochenen und wegen NS-Wiederbetätigung verurteilten Peter **Binder**. Dieser ließ dem befreundeten F-Funktionär ein Kassiber aus der U-Haft zukommen, in welchem er das weitere Vorgehen nach den Schlägen der Briefbombenermittler abstecken wollte. ●

Einige F-Kandidaten

NIKOLAUS AMHOF, 19. 10. 1962, 1090 Wien, Hörlg. 4
GERALD BRETTNER-MESSLER, 17. 12. 1969, 1070 Wien, Hermanng. 16/11
ELMAR DIRNBERGER, 23. 2. 1957, 1060 Wien, Laimgrubeng. 25/18A
GERALD EBINGER, 30. 11. 1958, 1040 Wien, Tilgnerstr. 5/11
RICHARD EISNER, 6. 1. 1940, 1090 Wien, Ferstlgasse 4/6
GÜNTHER ENZENDORFER, 12. 5. 1967, 1190 Wien, Huschkag. 8/6/2
CHRISTIAN GRAF, 11. 5. 1960, 1220 Wien, Donizettiweg 3
JOHN GUDENUS, 23. 11. 1940, 1040 Wien, Gußhausstr. 26/5
CHRISTIAN HESCHTERA, 8. 8. 1965, 1060 Wien, Mollardg. 78/2
MARTIN HOBEK, 19. 6. 1969, 1140 Wien, Penzingerstr. 138-140/3/5
HANS JÖRG JENEWEIN, 12. 6. 1974, 1060 Wien, Haydng. 10/15
HELMUT KOWARIK, 12. 8. 1943, 1150 Wien, Reindorfg. 36
DIETER LANGER, 27. 2. 1945, 1080 Wien, Fuhrmannsg. 2/19
ANDREAS REICHHART, 23. 10. 1968, 1020 Wien, Große Sperlg. 30/23
EREK RÜBIG, 25. 2. 1974, 1090 Wien, Marianneng. 13/4/16
RENE LYSANDER SCHEIBE, 1. 9. 1968, 1010 Wien, Bauernmarkt 8/1/27
MANFRED SCHMIKAL, 7. 9. 1965, 1080 Wien, Strozzig. 11/17
EDUARD SCHOCK, 18. 3. 1959, 1230 Wien, Hochwasserg. 23
RUDOLF SMOLEJ, 22. 5. 1967, 1200 Wien, Engerthstr. 56/2/8
RÜDIGER STIX, 7. 11. 1957, 1070 Wien, Schottenfeldg. 26/8
HEINZ-CHRISTIAN STRACHE, 12. 6. 1969, 1030 Wien, Keinerg. 10/21
WALTER SUCHER, 21. 6. 1934, 1130 Wien, Feldkellerg. 13
MICHAEL TSCHARNUTTER, 21. 7. 1963, 1070 Wien, Kaiserstr. 91/2/25
HARALD VILIMSKY, 22. 7. 1966, 1100 Wien, Ada Christen G. 11/43/5



Peter Sichrovsky: Ein Mann für alle Gelegenheiten

VON BUCHELI

IM ÖSTERREICHISCHEN BLÄTTERWALD HERRSCHT AUFREGUNG, WEIL PETER **SICHROVSKY** VON HAIDER ALS ZWEITER KANDIDAT FÜR DIE EU-WAHL NOMINIERT WURDE. DA WIR GEWERBEFREIHEIT HABEN, DARF JEDERMANN FÜR EINEN MANN KANDIDIEREN, DER ERKLÄRT, DEN WAFFEN-SSLERN STÜNDEN „EHRE UND ANERKENNUNG" ZU. DAß DIE SCHÄNDER DES JÜDISCHEN FRIEDHOF EISENSTADT AUS DEM F-DUNSTKREIS KOMMEN, STÖRT SICHROVSKY NICHT, WIRD ER DOCH ALS HAIDERS PR-MANN IM AUSLAND MILLIONEN VERDIENEN. NON OLET.

Tatsächlich hat sich etwas in Österreich zum Guten geändert, wenn jetzt sogar Jörg **Haider** glaubt einen jüdischen Alibigeber engagieren zu müssen. Cato (Hans **Dichand**) hingegen schreibt in seiner Glosse (4. 9. 96) vom *„linken* Journalisten Peter Sichrovsky" und befürchtet, daß Haider einen Fehler begangen hat. Peter **Gnam** lobt dann – sicher nicht ohne Zustimmung seines Brotherrn – Sichrovsky: „Zum Einstand hat Haiders *linker* Sichrovsky der *linken* Kulturschickeria des Landes per Interview die Maske vom Gericht gerissen: Statt daß Künstler die Machthaber kritisieren, würden sie nämlich 'dank der österreichischen Subventionspolitik die FPÖ bekämpfen', sagte Sichrovsky, der es als Kenner der Szene ja wissen muß." (Neue Kronenzeitung, 7. 9. 1996)

Freilich warf Sichrovsky in der „Presse" (21. 2. 1995) den Künstlern, die nach Oberwart den Terror rechts orteten, *„pubertäre Frechheiten gegenüber der politischen Macht"* vor. Er ist bereit Haider und seinen Volksgenossen das zu liefern, was sie von ihm erwarten und macht je nach Bedarf den Künstlern Vorwürfe. Einmal sind sie gegen die Macht, ein anderes Mal kritisieren sie nicht die Macht.

Sichrovsky war nicht nur „ein Kenner der Szene", sondern profitierte als ihr integraler Teil solange es ging. Als er 1988 sah, daß es in Österreich einen Rechtstrend gibt, stellte er sich als geschickter Marketingmann sofort den Rechten zur Verfügung. Nach der Kandidatur und der Wahl Waldheims benötigte die ÖVP Juden, oder Leute die plötzlich aus politischen Gründen als solche gelten wollten, um zu bestätigen, daß der „Jüdische Weltkongreß" schuld am Antisemitismus sei, an den Emotionen, die wir alle nicht wollen. Sichrovsky, der rechtzeitig eine Marktlücke am deutschen Buchmarkt entdeckte und dort als „Vorzeigejude" Erfahrungen sammeln konnte, schlug dem HBP vor, ihm eine Rede zu schreiben, aber Waldheim verzichtete auf seine Dienste. Da war es nur logisch, daß er seine Dienste dem seiner Meinung nach unaufhaltsamen Haider anbot. Als Spieler, der er ist, sieht Sichrovsky sich schon als Außenminister der Republik Österreich unter Bundeskanzler Haider. Aber auch ein paar Millionen Schilling, die man als EU-Parlamentarier verdient, sind besser als seine Dienste Verlegern anzubieten.

Unter den schockierten Schreibern befindet sich auch Walter **Baier** (Volksstimme, 5. 9. 96), der sich bezüglich Sichrovsky und Hans **Kronberger** blauäugig fragt, „was treibt Intellektuelle, die sich, nebenbei gesagt, jahrelang im KP-Milieu bewegt haben". Als ob nie zuvor, KP-Mitglieder und KP-Sympatisanten ihren Weg zu den Nazis und Nazikollaborateuren gefunden hätten.

Im „Standard" (7. 9. 1996) polemisiert Dr. Peter J. **Scheer**, ein Grazer „Freund und Berater" Sichrovskys gegen Anton Pelinka, der in einem schnell geschriebenen Kommentar (4. 9. 96) die Freundschaft Haider-Sichrovsky mit dem Hitler-Stalin Pakt verglichen hat und benützt die Gelegenheit, die SPÖ wegen Ausländerfeindlichkeit und Sparpaket zu kritisieren. Daß die SPÖ auchunter dem Druck der Haiderschen Demagogie steht, erwähnt er nicht. Unter dem Eindruck der steirischen Atmosphäre besteht Dr.Scheer „als Jude" darauf, sich mit Apologeten der Naziverbrecher gemein machen zu dürfen: „Da weder Sichrovsky noch ich im Ghetto leben, wollen wir auch nicht dorthin verfrachtet werden." In Wirklichkeit kann auch ein „Professor für Kinder- und Jugendheilkunde an der Universität Graz" nicht so unbedarft sein und glauben machen, daß Ausländerhaß und die unsoziale Budgetverteilung ausgerechnet mit der Legitimierung und Unterstützung Haiders (und der FPÖ) zurückgedrängt werden kann.

Sichrovsky hat schon vor Jahren Elfriede **Jelinek** denunziert und Claus **Peymann** angegriffen, Künstler, die Jahre später mittels Plakaten von der FPÖ als Zielscheiben freigegeben wurden. Jelinek sei – so Sichrovsky – *„stalinistisch-faschistoid"* und von Peymann forderte er, *„quasi als Ausgleich und aus Gründen des Demokratieverständnisses – nach Stücken von Ex-Kommunisten wie Turrini und Jelinek auch Schriftsteller zu Wort kommen"* lassen, *„die sich öffentlich zum Rechtsradikalismus bekannten"*. Thomas **Rothschild** fragte (FR, 9. 2. 1990): „Sichrovskys Leserbrief (im *profil*) ist nichts anderes, als das verkappte öffentliche Bekenntnis zum Rechtsradikalismus, das ihm eine Aufführung in der Burg sichern soll. Also vielleicht doch nicht ein Schlamm? Vielleicht eher ein Johst?"

Sichrovsky unterstellte in der *Presse* den Künstlern pauschal, sie würden auf die *„einfachen und ungebildeten Menschen"* herabsehen und *„ihnen die Verantwortung für rechtsextremen Terror"* zuschieben, was *„vielleicht im Kaffeehaus und vor der Kamera toll"* klingt. Er hat schon damals „sich zugleich als Kolumnist der *Kronenzeitung* und Berater Jörg Haiders, der nach Sichrovsky die Demokratie nur 'angeblich' angreift, empfohlen" (Thomas Rothschild).

Freilich, der neue Mitarbeiter des „politischen Ziehvaters des rechtsextremen Terrorismus" läßt „sich an einem Seil in den Abgrund fallen" (Cato). Doch die „Krone" könnte ihm nach dem von Dichand vorausgesehenen Sturz doch noch eine Chance geben und als Kommentator engagieren. Schlußendlich beschäftigt doch Dichand auch Günter **Nenning**, Wolf **Martinek**, Hans **Janitschek** und last but not least Helmut **Zilk**.

Liberale Journalisten unterstellen Sichrovsky, die F-Kandidatur lediglich als „Wallraff" angenommen zu haben, der nach kurzer Zeit aus der F-Riege ausscheiden wird, um ein Buch über Haider zu schreiben. Dieser Vergleich trifft aus mehreren Gründen nicht zu. Nie hat Wallraff seinen Namen zur Verfügung gestellt, und es gab zu keiner Zeit eine ideologische Identifikation mit den beschriebenen Firmen oder Institutionen. Sichrovsky jedoch identifiziert sich seit Jahren mit der kultur- und kunstfeindlichen Politik Haiders, und mit Schaum vor dem Mund hetzt er gegen die „Linken".

Schon deswegen könnte er auch eine Chance bei der „Krone" erhalten. Cato sollte Sichrovsky nicht wegen seiner Vergangenheit (oder „Abstammung") ausgrenzen. Der Gnam-Kommentar signalisiert es, auch die NKZ könnte einen jüdischen Alibigeber für alle Gelegenheiten gebrauchen. In einem Interview (Kurier, 4. 9. 96) erklärt Sichrovsky: *„Ich bin sehr empfindlich, wenn es um die Relativieren der österreichischen Geschichte geht..."* Frage: „...oder wenn von 'Straflagern' statt 'Vernichtungslagern' die Rede ist?" Sichrovsky: *„Also das war ja wohl eine unüberbietbare dumme Diskussion. Ist denn niemanden aufgefallen, daß 'Vernichtungslager' ein Wort aus dem Nazi-Vokabular ist?"*. Zu keiner Zeit haben die Nazi dieses Wort gebraucht, zumal ja die Existenz und der Betrieb der Vernichtungslager als streng geheim eingestuft waren, hingegen führt die von Eberhard Jäckel, Peter Longerich und Julius H. Schöps redigierte „Enzyklopädie des Holocaust" das Stichwort „Vernichtungslager". Wenn Sichrovsky sich auch punkto Beherrschung der deutschen Sprache nicht mit Staberl messen kann, qualifiziert ihn aber seine Ignoranz punkto Zeitgeschichte, um als NKZ-Kommentator angestellt zu werden, auch dann wenn er als Journalist nirgendwo lange ausgehalten (wurde) hat.

Sollte die F genug von ihm haben, oder sollte Sichrovsky aussteigen, dann wird er vielleicht versuchen, ein Buch über die Interna der F-Fehler schreiben oder schreiben zu lassen. Ein solches kann nur wenig Neues bringen, aber ein Insider-Bericht über die „Krone" würde wirklich interessieren. ●

Im teutonischen Urwald

Burschenschafter zwischen Parlament und NS-Untergrund II

Nachdem wir in der letzten Lotta dura die Burschenschaften aus den Dachverbänden Deutsche Burschenschaft (DB) bzw. Burschenschaftliche Gemeinschaft (BG) unter die Lupe genommen haben, sollen uns im folgenden die akademischen Nazis aus den Verbindungen des Delegiertenconvents Europäischer Corporationen (DCEC) interessieren. Dieser kleinere Dachverband kann zwar in punkto Bekanntheitsgrad und offenem Aktivismus der DB nicht das Wasser reichen, in Sachen Extremismus steht ihr der DCEC aber um nichts nach. Ganz im Gegenteil: Die auch „Europaburschenschaften" genannten Korporationen sind fester Bestandteil des westeuropäischen Nazi-Netzwerkes mit intensiven Kontakten in den Osten.

Freiheit für Heß und Europa

Den organisatorischen Kern des DCEC bildet die 1946 gegründete Arminia Zürich, die sich seit 1971 „Europaburschenschaft" (EB) nennt. Die Schweizer Recken rund um den 1994 verstorbenen Psychiater Heinz **Manz** nahmen Anfang 1974 den deutschen Neonazi-Terroristen Manfred **Roeder** vulgo Nothung in ihre Reihen auf. Im April '74 schrieben die „Arminen" an den mit „Herr Reichsminister" titulierten NS-Kriegsverbrecher Rudolf **Heß**. Mann verfolge „seit Jahren das verbrecherische Treiben" der Alliierten, die den Hitler-Stellvertreter „gegen Recht und Menschlichkeit seit Jahrzehnten in Gefangenschaft halten" und schließe sich dem „Protestschrei aller anständigen Menschen dieser Zeit an: Freiheit für Rudolf Heß!"

Ideologisch richtet sich die Arminia am europäischen Befreiungsnationalismus auf. So schwafeln die Nazis in einem Anfang '76 auch in der Grazer „Aula" veröffentlichten Manifest über „europafremde Mächte", die den Kontinent beherrschten. Die Schweizer Korporierten denken nicht an Nazi-Deutschland, wenn sie dort behaupten, „daß jene Kräfte, Mächte, Ideen und Menschen, welche Europa in zwei Weltkriegen zerstört haben, nicht geeignet sind, ein Europa freier Völker aufzubauen."

Dr. Manz vulgo Lützow pflegte innige Kontakte nach Österreich, insbesondere zur Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP), deren Kopf Konrad **Windisch** erst unlängst wegen Verstoß gegen das NS-Verbotsgesetz zu einem Jahr bedingt verurteilt wurde. Auf burschenschaftlicher Ebene verkehrte mann zunächst mit der Salzburger Verbindung Falkenstein, bei welcher die „Arminen" seit 1979 alljährlich die „Sonnenwende" feiern. Auch mit der Wiener Gothia, die beinahe als korporierter Ableger der AFP bezeichnet werden kann, tauscht mann sich seit langem aus.

Das „Arminen"-Netzwerk

Vor mehr als zwei Jahren verlegte die EB! Arminia Zürich ihren „Altherrenverband" nach Heidelberg, wo bereits seit 1991 eine „Activitas" besteht. Bei dieser referierte im Oktober 1994 der mittlerweile ins Ausland abgetauchte Revisionist Germar **Rudolf**. Auf der Bude der Arminia in Heidelberg wurde bei einer Hausdurchsuchung im Jänner 1995 umfangreiches nazistisches Material sichergestellt. Daraufhin mußte der „Altherrenverband" seine Aktiven aus dem Verband werfen.

Eine weitere „Activitas" konnte im Mai '94 in Wien eröffnet werden. Dieser EB! Arminia zu Wien, die in der Hörlgasse 5 zu finden ist, gehört neben Gerald A. **Karnolz** und Michael **Weber** u.a. der Korneuburger Staatsanwalt Harald **Eisenmenger** vulgo Wahnfried an. Ei-

Die Liste der Kontakte der Arminia Zürich nach Österreich (Ende der 70er Jahre):

pkV! Albia, Bad Ischl
B! Allemannia, Graz
Aula, Graz
B! Brixia, Innsbruck
Michael Brunner, Wien
Norbert Burger, Kirchberg
Fred Duswald, Neumarkt/Hausruck
Otto Erlach, Linz
EB! Falkenstein, Salzburg
Ronald Friesenegger, Wien
Helmut Golowitsch, Linz
B! Gothia, Wien
Peter Hellerschmied, Krems
Die Kameradschaft, Klagenfurt
Helmuth Kinz, Braunau
Ernst Josef Klement, Allerheiligen b. Wildon
Horst Klinglmair, Bad Goisern
Hans Jürgen Lange, Wien
Walter Ochensberger, Lochau
Herbert Olbrich, Salzburg
Herwig Nachtmann, Innsbruck
VDM! Normannia i. SVSC, Schärding
Fritz Pfeiffer, Salzburg
Wolf Diether „Frhr. von" Siber, Salzburg
Martin Stachl, Braunau
Herbert Stitz, Wien
Fritz Stüber, Wien
JKM! Rugia, Krems
B! Vandalia, Wien
Verband Freiheitlicher Akademiker OÖ, Linz
Walther Zwickler, Salzburg

senmenger begann sein völkisches Engagement bei der B! Aldania und im Ring Freiheitlicher Studenten (RFS). 1977 unterstützte er die neonazistische Aktion Neue Rechte (ANR), welcher er auch als Mitglied zur Verfügung stand, 1980 den Waffenbruder Norbert **Burger** (Olympia) in dessen Bundespräsidentschaftsambitionen.

Schon am 30. Juni 1984 hob die EB! Arminia Zürich gemeinsam mit der Wiener EB! Nibelungia in Ostermiething/Salzburg den DCEC „als Arbeitsgemeinschaft europäisch-vaterländischer Corporationen" aus der Taufe. Der DCEC strebt laut Eigendefinition „ein vereintes Europa freier Völker, ein Europa der Vaterländer, nach dem Vorbild des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation an." Bis dahin unterstütze er „die Erhaltung aller europäischen Völker und Volksgruppen und lehnt Bestrebungen, in Europa einen 'Völkerbrei' nach dem Muster der Vereinigten Staaten von Amerika zu schaffen, entschieden ab". Der in „Regional-Convents" unterteilte DCEC tagt einmal jährlich als „Europa-Thing". Über das 1991 in Perchtoldsdorf bei Wien abgehaltene „Thing" berichtet Konstantin **Rökk** (EB! Nibelungia) in der „Aula": „Dipl.-Vw. Nachtmann, aB! Brixia, hielt die lebhaft akklamierte Festrede, deren klare volkstreue Richtung allen Anwesenden zu Herzen ging. In der Redefreiheit war eine eindeutige Aussage gegen den Brüsseler Zentralismus, gegen ein Europa der Krämer und Händler und gegen ein von den 'One Worldmachern' freimaurerisch zionistisch dominiertes Europa zu hören".

Die österreichischen Recken sind gemeinsam mit slowakischen und ungarischen Nazis im „Regional-Convent Südosteuropa" organisiert. Neben der EB! Nibelungia (Neulerchenfelderstr. 41/1) und der EB! Armina zu Wien stoßen wir hier auf die B! Tafelrunde zu Wien, die pB! Frankonia zu Hollabrunn, die Katholisch Deutsche Burschenschaft Waragia zu Wien, das pC! Normannia zu Wien, die Tafelrunde Pressburgia zu Preßburg, die Kulturgemeinschaft Mitteleuropa und das C! Frankonia zu Budapest. Letztere wurde unter Federführung österreichischer Burschenschafter im September 1991 als „ungarndeutsche" Korporation rekonstruiert.

Nazi-Grenzverkehr

Beim Aufbau rechtsextremer Strukturen in der Slowakei tat sich v. a. der Wiener Wilhelm **Ehemayer** hervor. Der 32jährige Kopf der 1985 gegründeten B! Tafelrunde zu Wien verfügt über beste Kontakte zu den Leuten rund um Vladimir **Meciar** und Jan **Slota** (Slowakische Nationalpartei). Ehemayer, mit seiner Wohnadresse Untere Donaustraße 39/5 im Verzeichnis des Franz **Radl** jun. zu finden, begann Mitte der 80er Jahre als Mandatar des RFS in Wien. Anfang der 90er Jahre half er dem ehemaligen ANR-Kader Georg **Gasser** bei dessen Döblinger Initiative Autofahrerrechte (DIAR). Nebenbei arbeitete Ehemayer für den Wiener Privatdetektivs Walter **Jaromin**. Dieser Kontaktmann der rechtsextremen Szene und Freund Otto **Skorzenys** wurde 1978 verhaftet, da er sich Informationen aus dem Innenministerium gekauft hatte. Auch Jaromins Telefonnummer findet sich in Radls Verzeichnis.

Ehemayer, der mit seiner Kleinstgruppe Nationalkonservative Union (NAKU) die Szene bereichert, ist immer wieder auch im Umfeld der Kritischen Demokraten des Horst Jakob **Rosenkranz** anzutreffen. Diese Truppe (mit dem Zentralorgan „fakten") stellt die Schnittstelle zwischen legaler rechtsextremer Szene Marke FPÖ und militantem Neonazi-Untergrund dar.

Wie sehr Ehemayers Tafelrunde selbst mit letzteren verwoben ist, zeigte sich 1992: Der deutsche Reisekader Stefan **Wiesel** kam nach Wien, um die Burschenschafter mit NS-Propagandamaterial zu versorgen. Als Wiesel vor der Oper noch eine Ein-Mann-Kundgebung abhielt, wurde er verhaftet und zu 12 Monaten Haft (drei davon unbedingt) verurteilt. Anfang 1993 engagierte sich der deutsche Neonazi, der ebenfalls in Radls Adressbuch aufscheint, übrigens für das rassistische Volksbegehren der FPÖ (siehe Foto).

In Ehemayers Tafelrunde waren/sind folgende Herren aktiv: Helmut **Zeidl**, Wolfgang **Breitenthaler**, Wolfgang **Haberler**, Werner **Ruck**, Georg Gasser, Heinz **Cerwenka**, Gerald **Kerschbaum**, Herbert **Eckert**, Viktor **Formanek**, Thomas **Girzich** und Johannes **Pammer**.

Auch der Wiener Neustädter FPÖ-Landtagsabgeordnete Haberler setzte grenzüberschreitende Aktivitäten: Gemeinsam mit dem F-Polizisten Manfred **Perzinger** und dem F-Gemeinderat Andreas **Binder** soll er ab 1992 einen großangelegten Waffenschmugel nach Kroatien organisiert haben. Ein Ex-Parteifreund beschuldigte den Burschenschafter darüber hinaus, „kroatisch-faschistische Lieder (...) in voller Inbrunst abgesungen" und mit „Hitler-Gruß" posiert zu haben. Schon 1990 machte Haberler – gerade Stadtparteiobmann von Wiener Neustadt – von sich reden. Im örtlichen Parteilokal traf sich eine Sturmtruppe Ost, um u.a. Plakate mit SS-Rune und der Aufschrift „Österreich war deutsch, ist deutsch und bleibt deutsch" zu produzieren. Der Kopf der Neonazibande, Patrik **Pohler**, bekam von Haberler persönlich den Schlüssel zum F-Lokal. Pohler, damals auch Obmann des Wiener Neustädter Ringes Freiheitlicher Jugend (RFJ), gehört zum engeren Kreis rund um den gegenwärtig vor Gericht stehenden VAPO-Kameradschaftsführer Sascha **Kaspar**.

Stefan Wiesel (re.) und VAPO-Aktivist Gilbert Link aktiv fürs FPÖ-Volksbegehren

Briefbombenverdacht

Die DCEC-Verbindung Frankonia zu Hollabrunn wird von Martin **Berger** angeführt. Der FPÖ-Pressesprecher im Bezirk Korneuburg wurde unmittelbar nach den ersten Briefbombenanschlägen am 3. Dezember 1993 von einem anonymen Anrufer als Täter genannt. Daraufhin durchsuchten die Ermittler Bergers Haus in 2011 Sierndorf, Schloßstraße 2. Der umfangreiche Fund hatte es in sich: Hakenkreuz-Armbinden und -Fahnen, „Freiheit für Gottfried Küssel"-Aufkleber, Elektrodrähte, Zündschnüre, Reste von Unkrautsalz und Staubzucker u.v.m. Als Verdächtiger schied Berger, der sich auch in Radls Adressbuch findet, jedoch in der Folge aus. Was blieb, war der Vorwurf der NS-Wiederbetätigung und diese ist einem Engagement in der FPÖ ja nicht abträglich. Ganz im Gegenteil: Nicht Berger, sondern jener FPÖ-Funktionär, der beim Parteigericht ein Verfahren gegen den Neonazi anstrengte, wurde ohne nähere Angabe von Gründen aus der Partei ausgeschlossen. ●

Eine korrekte Weltverschwörung?

SEIT GERAUMER ZEIT FINDET SICH DAS SCHLAGWORT DER „POLITICAL CORRECTNESS" (PC) AUCH IM ÖSTERREICHISCHEN POLITISCHEN DISKURS. JEDOCH KEINE/R WILL SIE, DIESE KORREKTHEIT, DIE IN DEN HIRNGESPINSTEN MANCHER SOGAR SCHON DIE DIMENSION EINER NEUEN WELTVERSCHWÖRUNG ANGENOMMEN HABEN SOLL, DEREN TRÄGERINNEN, WIE AUCH IHR ZENTRUM, KAUM ZU FASSEN ODER AUSZUMACHEN SIND.

Die größte Aufregung und Empörung herrscht vor allem in rechten Kreisen, denen aber manche Liberale, Linke und die Massenmedien in ihrer pc-Hysterie um nur wenig nachstehen. Freiheit, Demokratie und Kultur sehen sie gefährdet.

Pc wurde zum Allerweltswort, jede/r kennt es, mittlerweile ist es auch schon so weit gekommen, daß pc eine so negative Konnotation für viele Menschen besitzt, daß sich fast jede/r genötigt fühlt, sich davon zu distanzieren, obwohl die wahre Bedeutung und der Ursprung weitgehend unbekannt sind. Die heutige Definition hat mit der ursprünglichen so gut wie nichts mehr zu tun, wurde sie doch von den Konservativen und Rechten dazu konstruiert, um die Linke und ihre Politik zu diskreditieren.

Der Ursprung von pc weist einige Facetten auf, die aber alle auf ein Ziel hinauslaufen, nämlich die Vorherrschaft der männlich-weißen-heterosexuellen Dominanz in Politik, Kultur, Alltag und Sprache aufzubrechen. In der Gegenkultur der neuen amerikanischen Linken der 60er und 70er Jahre wurde „politically correct" als selbstironischer Witz verstanden, der ein karikiertes Spiegelbild dessen darstellen sollte, was der linken Politik und Lebensweise von den Rechten zugeschrieben wurde. In den 80er Jahren wurde der Begriff für die bildungspolitische Debatte wiederentdeckt und hat hier nichts mehr mit Selbstironie zu tun. Es handelte sich im Gegenteil um die kritische Etikettierung der praktizierten Multikulturalismuspolitik an manchen Universitäten Amerikas. Nachdem sich weite Teile der Frauen-, Schwulen- und Lesbenbewegung, wie auch African Americans, sowie verschiedene andere ethnisierte Minderheiten enttäuscht von den Bürgerrechtsbewegungen abgewandt hatten, wandten sie sich verstärkt den „identity politics" zu, die die Differenz und Besonderheit der verschiedenen Kulturen betonten, anstatt in die dominante weiße Kultur der „dead white european males" assimiliert zu werden. Zugleich starteten sie den Kampf um die Rechte und den Respekt für die Empfindungen von ethnisierten und sexuellen Minderheiten durch Bildung, positive Diskriminierung („affirmative action") und Kultur.

So kam es also, wie Stuart Hall[1] es nennt, zur „Kulturisierung von Politik" (culturing of politics) und zur Ausdehnung des Politischen vom öffentlichen auf den privaten Bereich, wofür der feministische Slogan „Das Private ist politisch" steht, und eben das soll pc widerspiegeln. Durch diese Kulturisierung der Politik und durch die neuen sozialen Bewegungen rückten Bereiche wie Kultur, Moral, Familie, Bildung, Geschlecht, Sexualität, Identitäten, Medien und Religion in das Zentrum politischer Fragestellung.

Als Teil unserer Kultur erfuhr nun auch die Sprache vermehrtes Interesse. So wie auch Deborah Cameron[2] meint, daß „... Menschen sich nie damit begnügt (haben), ihre Sprache einfach nur zu sprechen; sie haben immer auch *über* sie gesprochen. In jeder Kultur bestanden einige Leute darauf, daß eine bestimmte Weise, Wörter zu gebrauchen allen anderen in funktionaler, ästhetischer oder moralischer Hinsicht vorzuziehen sei .... Unsere Fähigkeiten über Sprache zu reflektieren, und unsere Neigungen zu Bewertungen, führen zum Phänomen der `Sprachhygiene´ ..." (S. 14). Demzufolge nutzen die Rechten die Sprachhygiene um ihre idealisierte Tradition zu erhalten, während die liberale Sprachhygiene stärker von dem Glauben an die Aufklärung, Rationalität und den Fortschritt geprägt wird. Die pc-Variante der Sprachhygiene wiederum brachte Formen wie die geschlechtsneutrale Schreibweise und die Beseitigung rassistischer, heterosexistischer und anderer diskriminierender Ausdrücke. Als Kritik wird hier oft angebracht, daß die Nichtverwendung bestimmter Wörter oder das I noch lange nicht eine Änderung in der politischen Praxis und im Alltag darstellen muß. Diese Kritik trifft aber ins Leere, da niemals behauptet wurde, daß eine Sprachreform die *Revolution* ersetzen könnte.

Bilder und Wörter hingegen stellen ein nützliches Instrumentarium dar, um gesellschaftliche Veränderungen zu unterstützen, und sind als ein Teil des politischen und kulturellen Kampfes zu sehen. Vor allem aber weist „... die als `PC´ charakterisierte Sprachhygiene den simplen Orwellschen Gegensatz zwischen neutralen und wertenden Begriffen zurück und verweist darauf, daß alle Wörter wertend sind und zudem variable Werte transportieren, je nachdem, wer in welchem Kontext und innerhalb welcher Machtstrukturen spricht" (Cameron, S. 20). Folglich ist es also ein Unterschied, ob sich die zweite Generation türkischer GastarbeiterInnen selbst als *Tschuschen* bezeichnet, oder ob Naziskins diese Bezeichnung verwenden. Wer also meint, daß Begriffe vollkommen wertneutral nur auf die/den Referentin/en hinweisen, sich nicht verändern und in jedem Kontext dieselbe Bedeutung haben, besitzt ein außerordentlich naives Bild vom Wesen der Sprache. „Sprache repräsentiert schließlich nicht nur private Geisteshaltung, sie bestätigt auch gesellschaftliche Wertvorstellungen." (Cameron, S. 19)

Und so haben es die „linguistisch Militanten" zwar nicht geschafft, diese Sprachhygiene absolut durchzusetzen, einen nicht unwesentlichen Erfolg stellt jedoch die Tatsache dar, daß nun alle Wörter *politisiert* wurden, nämlich in der Form, daß „die Wörter, die jemand wählt, ihre Stärke aus einem impliziten Vergleich mit Wörtern (gewinnen), die der/diejenige hätte wählen können, aber nicht gewählt hat" (Cameron, S. 22). Dadurch scheint es unmöglich zu sprechen oder zu schreiben, ohne eine politische Position einzunehmen. Und so gesehen ist auch Camerons Fazit richtig, um nicht zu sagen korrekt, wenn sie schreibt: „Die Sprachhygiene-Bewegung für sogenannte ‚politisch korrekte' Sprache bedroht nicht unsere persönliche Redefreiheit innerhalb der Grenzen, die uns durch jede Form sozialer und öffentlicher Interaktion auferlegt werden. Bedroht wird unsere Freiheit, uns einzubilden, daß unsere Wahl sprachlicher Mittel ohne Bedeutung sei oder daß einzelne Gruppen von Menschen ein unveräußerliches Recht haben, ihre Wahl anderen vorzuschreiben." (Cameron, S. 23)

In Österreich hat sich so wie auch in Deutschland für political correctness das Konzept des negativen Stigmawortes durchgesetzt, wodurch sich folglich niemand dieses Etikett freiwillig anheften

würde, was eigentlich aufgrund des orginären Inhalts der pc verwundert. Im deutschsprachigen Raum vermochten es jedoch die Konservativen und Rechten durch einseitige Diffamierung der pc, die Diskussion in gewisser Weise vorzustrukturieren. Pc wurde zu dem Kürzel, das die/den politischEn GegnerIn diffamiert und als FeindIn der verbindlichen gesellschaftlichen Werte darstellt. Im Anti-pc-Diskurs werden negative Stereotype vorausgesetzt und bedient; anstatt zu argumentieren oder wenigstens die Behauptungen zu belegen, wird eine abwertende Bedeutung von political correctness mit suggestiven Strategien hergestellt. Ein weiteres Mittel zur Diffamierung ist neben Ironisierung, Banalisierung und Umdeutung (aus *sexueller Belästigung* werden *Sympathiekundgebungen*, *Flirt* oder sogar *Liebe*) auch die Umkehr des Täter-Opfer-Verhältnisses, in dem dann die Männer leiden. Außerdem wird die inhaltliche Auseinandersetzung durch eine Kritik an der Methode ersetzt, wobei aber sowohl Inhalt als auch Methode anschließend gleichermaßen vom kritisch-abwertenden Urteil getroffen werden. Besondere Bedeutung kommt dieser Strategie in bezug auf den Antifeminismus zu, der immanenter Teil des Anti-pc-Diskurses ist, weil durch die Nichtanerkennung feministischer Wissenschaft und Methode auch deren Ergebnisse nicht berücksichtigt werden müssen. Ist die Methode falsch, können die Ergebnisse auch nicht stimmen, ist hier die Logik.[3]

AULA-KARRIKATUR 8/96: BÜCHERVERBRENNUNG BEI ULLSTEIN

In der Anti-pc-Strategie vermischt sich Antifeminismus mit dem wohlbekannten Anti-Antifaschismus. Erkennen die deutschen Rechten ihren Hauptfeind schön langsam im Feminismus, der mit Anti-pc-Taktik diffamiert wird, sehen sich die österreichischen Rechten noch immer ihrem Hauptfeindbild dem „staatlich verordneten Antifaschismus" gegenüber, der teilweise durch die „pc-Weltverschwörung" abgelöst wird oder mit ihr ident ist. Und in dieser Front müssen sie nicht einmal allein kämpfen. Solidarische Schützenhilfe, ob bewußt oder unbewußt, erhalten sie zur Genüge aus dem liberalen und linken Lager. So kann sich die „Aula" freuen und neben einem „hausgemachten" Artikel des OLYMPIA-Burschenschafters Gerhoch **Reisegger** sowohl einen „Wiener"-Artikel, „Die Verschwörung der Korrekten" von Peter **Hiess** und Franziskus **Kerssenbrock** (vgl. Lotta dura Nr.6, S. 30), als auch ein Traktat des Univ.-Doz. Dr. Konrad Paul **Liessmann** (Institut für Philosophie an der Uni Wien) mit dem Titel „Der gute Mensch von Österreich. Das linke Bewußtsein nach seinem Zerfall" zum Thema political correctness abdrucken. Für Liessmann leidet die „linke Intelligenz" an einer „Legitimationskrise", hervorgerufen durch den Verlust ihrer „Utopie", dem Sozialismus. „Da hilft nur eines: das Gespenst des Faschismus, denn der aufrechte Antifaschismus ist alles, was der Linken geblieben ist. ... je mehr Neofaschisten es gibt, desto besser geht es dem guten Menschen. Damit erwirbt er seine Daseinsberechtigung. ... Der gute Mensch ist gut, weil andere böse sind. Er weiß nicht mehr wofür er sein soll, aber er weiß wogegen er ist. ... Ausländer und Frauen zum Beispiel. Das sind seine Themen. Der gute Mensch ist notorisch xenophil. ... Der gute Mensch denkt nicht mehr, er analysiert nicht mehr, er unterteilt und kritisiert auch nicht mehr, sondern er wittert: -freundlich oder -feindlich..." (Aula 7-8/96, S. 21). Liessmanns Schlußfolgerungen aus seinen Erkenntnissen bestehen ausschließlich aus Diffamierungen: „Der gute Mensch ersetzt das Denken durch die Moral." Durch die Existenz dieses imaginären „guten Menschens" wird eine „Atmosphäre der Schnüffelei mit inquisitorischem Ambiente" erzeugt, „ein Klima, in dem nicht mehr gedacht werden kann" (S. 23). In seinem Beitrag zu dem neu erscheinenden Buch „Der Fall des Intellektuellen", herausgegeben von Isolde Charim und dem profil-Redakteur Georg Hoffmann-Ostenhof, setzt Liessmann seinen Anti-pc-Kurs fort, wenn er schreibt: „Der Intellektuelle der Gegenwart ... zeichnet sich dadurch aus, daß er das Deutungsmonopol dafür beansprucht, wer Täter und wer Opfer ist. Das gibt ihm die aktuelle Macht im medialen Diskurs." (zit. n. Falter 18/96, S. 18)

Laut Aula nahm der deutsche Autorenrat ebenfalls zur pc Stellung, um sich gegen die „Diktatur von Meinungen und Tabus" zu wenden, die ihrer Meinung nach die „freie Diskussion einschränken und Tabus errichten, wo Argumente schwach sind" und wodurch „moralisch Verdächtige ins Abseits gestellt werden". „Die Welt braucht frei und selbständig denkende Menschen, Rebellen, die gegen den Strom von Vorurteilen schwimmen und die mutig für ihre Überzeugung eintreten, auch wenn sie damit gegen weithin anerkannte `politisch korrekte´ Gebote verstoßen:" (S. 24) Für wen fühlt sich der Autorenrat gemüßigt in die Bresche zu springen? Für Nazis, RevisionistInnen, AntisemitInnen oder „bloß" für Sexisten, RassistInnen, Antifeministen und Patriarchen?

Eine besondere Strategie für die Anti-pc-Bewegung erdachte sich Reisegger, der in der political correctness das Dogma der „neuen Kirche" sieht, die für ihn in Form von UNO, EU, NATO und OSZE erscheint. (Aula 5/96, S. 46) So bedient sich der Feind der Mittel „neue Grammatik und Neusprech", um die für Rechte „wohltönenden Begriffe und Ideale" ins Gegenteil zu verkehren. Nach Reisegger müssen nun die Burschenschaften „wieder eine Prätorianergarde der Aufklärung des 18. Jhdts. für das beginnende 21. werden", insbesondere weil „der absolute Feind ... nicht an (!) die *Niederwerfung* des Gegners, sondern auf seine *Vernichtung* aus" ist. Der Weg

dafür führt über die „Kriminalisierung des Gegners", die „in der political correctness ... das Mittel der permanenten Kriminalisierung eines ganzen Volkes" findet. (ebd.) Für die Burschenschaften muß klar sein, „daß das berühmte Zitat Carl von Clausewitz', `Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik' heute nicht nur gilt, sondern bis in die letzte Konsequenz die Politik durchdrungen hat. Insofern ist PC nicht nur ein `undemokratisches' Ärgernis in der `politischen' Auseinandersetzung mit der Linken, sondern das Kriegsmittel in einem nicht offen geführten oder erklärten `legalen' Krieg. Es hat den einzigen Zweck und die Zielsetzung, den Boden aufzubereiten und zu ***bestellen,*** damit die Kriminalisierung eines ganzen Volkes vollständig wird. ... Der Rest ist eine Folge der Logik, ein rationaler Schluß: Es könnte `ethisch' gerechtfertigt sein, das deutsche Volk (wozu für Reisegger auch das österreichische zählt, d. Verf.) zu vernichten. ... Die Burschenschaften sind aufgefordert, das zu erkennen. Den wirklichen Feind." (ebd.)

Reisegger setzt hier ganz einfach diese konstruierten Inhalte der political correctness mit dem Rassismus und modernen Antisemitismus der Nazis gleich. So wie der rassistische Antisemitismus den Nazis die „Legitimation" für den millionenfachen Massenmord an Juden und Jüdinnen, wie auch an anderen „minderwertigen Rassen" lieferte, soll in gleicher Weise dieser diffuse Begriff der pc zum Ziel haben, das „deutsche Volk" zu vernichten. Reisegger liefert eine neue Variante für die Verharmlosung der Shoah. Natürlich ist auch die Aufgabe der Burschenschaften nicht zu vernachlässigen, spielten sie doch auch schon bei der letzten großen „Verteidigung des deutschen Volkes" gegen den „wahren Feind", „den Juden" eine nicht gerade unbedeutende Rolle. Reisegger bringt es auf den Punkt. Anscheinend soll zu den bereits bekannten „Weltverschwörungen" der Juden, Freimaurer, Illuminaten und Kapitalisten auch noch die der „Politisch Korrekten" dazukommen, was natürlich besonders interessant ist, da sich erfahrungsgemäß sowohl Linke als auch Rechte für diese Hirngespinste als anfällig erweisen. ●

1 Stuart Hall, Einige „politisch nicht korrekte" Pfade durch PC, in: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, Heft 1, Januar/Februar 1996, S. 71 – 83

2 Deborah Cameron, Wörter, nichts als Wörter?, in: ebd., S. 13 – 25

3 vgl: Karsta Frank, PC-Diskurs und neuer Antifeminismus in der Bundesrepublik, in: ebd., S. 25 – 39

Professionalisierung der Nazi-Skin-Bewegung

Kommerz- und Kaderstrukturen jenseits der Loden- und Kukident-Fraktion

„Nichts darf auf eine Organisation oder politische Struktur hinweisen", beschwört der Neonazi Karl **Polacek** die LeserInnen seines „Braunauer Ausgucks", einem Blättchen, das sich rechtlich als „Rundbrief" getarnt, hauptsächlich an Nazi-Skins und deren Umfeld richtet. Neben Inseraten von einschlägigen Zeitschriften und Versänden verbreitet der Altnazi auch etliche Artikel, die aus unverbindlichen Naziskins eine handlungsfähige Bewegung samt Hintergrund- und Kaderstrukturen formen sollen. Im Klartext: Der aus Deutschland wegen NS-Delikten ausgewiesene Neonazi will eine neue Naziterrorstruktur aufbauen.

KARL POLACEK

Als Vorbild dient die sogenannte Bruderschaft der Hammerskins, einer Vereinigung von Glatzköpfen, die 1986 im US-amerikanischen Dallas gegründet wurde. Sie versteht sich als „weiße arische Bruderschaft" und organisiert sich als Kadergemeinschaft regionaler Nazizellen. Hammerskins betreiben nach dem Motto „Qualität statt „Quantität" eine Elite-Selektion innerhalb der Nazi-Skin-Szene. Waren diese Bestrebungen anfänglich darauf ausgerichtet, haarlose Nazis in den USA zu vereinigen, sind sie inzwischen zu einem internationalen Netzwerk mit über 50 Ablegern gewachsen. Diese weltweite Vernetzung wird als „Hammerskin-Nation" bezeichnet, ihre Sektionen bestehen neben den USA in Kanada, Australien, Deutschland, Schweden, der Schweiz wie auch in England, Frankreich, Polen, Tschechien, der Slowakei und Slowenien.

In Österreich laufen sämtliche Fäden in Sachen Skinorganisierung bei Karl Polacek zusammen. Als „Szene-Opa" organisiert er für rund 70 Glatzköpfe in Salzburg und Oberösterreich neben Schulungen hauptsächlich Saufgelage und kleinere Konzerte von faschistischen Bands. Letztere ermöglichen dem Neonazikader an Jugendliche heranzukommen, die sich eigentlich nicht für Politik interessieren und sonst kaum erreichbar sind. Diese Bestrebungen gehen nicht nur von Polacek aus, es existiert ein gut organisiertes Netzwerk in Europa und den USA. Schweden und die Vereinigten Staaten, wo NS-Propaganda nicht verboten ist, sind die Vorreiter für diese Professionalisierungswelle in der Naziskinszene.

„Vorbei scheinen die Zeiten, in denen ‚White Power' -Musik von Hinterzimmerversänden auf schlecht kopierten Kassetten verkauft wurde", urteilt das Antifaschistische Infoblatt Berlin über diese Entwicklung, die ihren Ausdruck in den Fanzines Resistance (USA) und Nordland (Schweden) findet. Die beiden Publikationen haben – vom Inhalt abgesehen – kaum noch etwas mit traditionellen Skinhead-Fanzines zu tun. Auf 60 teilweise vierfarbigen Hochglanzseitenr bringen die haarlosen Neonazikader Konzertberichte, Plattenbesprechungen und nationalsozialistische Propaganda in einer Auflage zwischen 15 000 und 20 000 Exemplaren unter die Leute. Verbunden damit werden zahlreiche Tonträger mit bis zu 7000 Stück vertrieben, die den Neonazis eine volle Kassa sichern.

Mittlerweile ist diese Entwicklung auch auf Deutschland übergegangen. Das Fanzine „Moderne Zeiten" aus Köln trägt neuerdings den Namen Rock Nord und erscheint in der gleichen Aufmachung wie „Nordland" und „Resistance". Die Macher von „Rock Nord" vertreiben auch CDs der Wiener Nazi-Combo Panzerknacker, einer Truppe rund um den berüchtigten Nazischläger Stefan **Putnik**. Der mit seinen Panzerknackern Anfang August dieses Jahres gemeinsam mit schwedischen und deutschen Nazi-Bands im deutschen Haßfurt auftrat. ●

Quellen: Antifaschistisches Infoblatt Berlin Nr. 34 und Junge Welt 31.7.1996

Nationalrevolutionäre Ver(w)irrungen

Ein gar nicht so neues Phänomen beschäftigt die Öffentlichkeit in Deutschland und Österreich: Künstler und Intellektuelle, die zuvor der Linken zugerechnet wurden, stimmen anschwellende Bockgesänge an und kokettieren mit soldatischem Lebensgefühl in reinigenden Stahlgewittern, einer neuen Lust am Untergang, einem faschistischen Mystizismus. In der SPD rotten sich junge Nationalisten nach historischem Vorbild zum Hofgeismarkreis zusammen. PDS-Funktionäre geben Interviews für Fascho-Blätter und betonen die Notwendigkeit für die Linke, den nationalen Nihilismus zu überwinden.

Wenn derartige Phänomene in Österreich – von den prominentesten Überläufern wie Günter **Rehak** und Günther **Nenning** bzw. der neuen FPÖ-Eroberung Hans **Kronberger** mal abgesehen – (noch) nicht so ausgeprägt sind, sollte uns dies nicht zum beruhigten Zurücklehnen verleiten. Zumal sich die Linke auch hierzulande im Zustand der theoretischen Verlotterung befindet: Bis in ihre radikalen Kreise hinein herrscht die Meinung vor, daß Völker Rechte hätten, daß eine regionale und kulturelle Vielfalt Europas vor einer alles nivellierenden US-Kultur und Österreich zusätzlich vor der EU zu schützen sei, daß das Nationale ein positiver Bezugsrahmen für linke (Massen)Politik sei und nicht der Rechten überlassen werden dürfe, daß es natürliche Unterschiede zwischen den Menschen gäbe usw. usf.

Die Rechte kommentiert das Treiben einer Linken, die mit ihr um Begriffe wie „Heimat" oder „Identität" streiten zu müssen glaubt, mit der entsprechenden Häme. Der deutsche Neufascho Marcus **Bauer**: „Der Witz bei der Sache liegt nun darin, daß die Linke (...) sich bei ihrer Suche nach Betätigungsmöglichkeiten auf Bereiche vorwagte, für die sie gar nicht zuständig ist, daß sie meinte, sich Herausforderungen stellen zu müssen, denen sie nicht wirklich bis in letzter Konsequenz begegnen kann, ohne daß die Substanz des linken Selbstverständnisses zu bröckeln beginnt. Dennoch muß natürlich lobend anerkannt werden, daß die Linke (...) den Boden beackert hat, auf dem die Saat der `Neuen Rechten´ gedeihen kann."

Natürlich werden die neuen Kameraden und Bündnispartner von den Faschisten mit offenen Armen empfangen. Die (heute verbotene) Nationalistische Front wirbt für ihren „Klartextverlag" mit einem Sager von Nenning, der gleichzeitig die Weltanschauung der gewendeten Linken auf den Punkt bringt: „Wenn mir jemand sagt, Nation ist gut und Sozialismus ist gut, wie gut muß erst Nationalsozialismus sein, so haue ich ihm als erstes einmal sicherheitshalber gewaltlos in die Gosch'n, um klarzustellen, daß ich Antifaschist bin. Als nächstes sage ich: Wer ‚zwei mal zwei ist vier' sagt, sagt etwas Richtiges."

Für Neonazis und sogenannte Neue Rechte wurden derartige Überläufer zu unverzichtbaren Brückenköpfen in den gesellschaftlichen Mainstream. Sie eröffnen Foren und garantieren die Vermittlung von Inhalten, denen sonst der Weg an eine breitere Öffentlichkeit versperrt bleiben würde. In bestimmten Themenbereichen – wie Ökologie, Antiamerikanismus und -zionismus, Verteidigung nationaler Identitäten und Unabhängigkeiten – bildeten sich schon früher immer wieder mehr oder weniger explizite Bündnisse mit den politischen GegnerInnen. Theoretisiert werden die Anstrengungen der Rechten, die alten politischen Gegensätze zunächst durch das Signalisieren von Gesprächsbereitschaft zu überwinden und dann unter Kampfbegriffen wie Nation oder Selbstbestimmung eine neue Front zu schaffen, in der „Querfrontstrategie". In Deutschland

„Kriegsbegeisterung im Deutschland des Jahres 1914: Ausbruch des Gefühls von Gleichheit und Brüderlichkeit" (Junge Freiheit 12/96)

gehören die Fascho-Blätter „wir selbst", „MUT" und v. a. die „Junge Freiheit" zu den Perfektionierern dieser vielversprechenden Strategie. In Österreich versucht sich in ihr v. a. der vom Neonazi zum Nationalrevolutionär mutierte Klagenfurter Jürgen **Hatzenbichler**. Die „Querfrontstrategie" geht – wie so vieles im Neofaschismus – auf die gleichnamigen Anstrengungen der Rechten in der Weimarer Republik zurück. Insbesondere die Vertreter der „Konservativen Revolution", und hier die sogenannten Nationalrevolutionäre, verdienen unsere Beachtung: Zum einen als Wegbereiter des deutschen Faschismus, zum anderen als Ikonen der „Neuen Rechten".

Die „Zweite Revolution"

Maßgebliche Teile der Rechten erkannten schon unmittelbar nach 1945, daß ein Anknüpfen an den Ordofaschismus (=der Faschismus von „oben" bzw. an der Macht) nicht sehr erfolgversprechend ist. Neonazis und „Neue Rechte" orientieren sich statt dessen lieber am Bewegungsfaschismus zwischen 1918 und 1933, der nicht mit der NSDAP ineinsgesetzt werden kann und zum Teil gar in Opposition zur Münchener Parteiführung stand.

Der Faschismus an der Macht wird auch von Neonazis aus dem Netzwerk der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF) oft als verbürgerlicht, legalistisch und kompromißlerisch kritisiert. Die versprochene „zweite (=soziale) Revolution", die der nationalen hätte folgen sollen und ohne deren Ankündigung die Massenbasis des Faschismus nicht zu schaffen gewesen wäre, sei dem Bündnis mit den alten Eliten (Großkapital, Kirche, Militär etc.) geopfert worden und mit der SA im „Röhm-Putsch" 1934 untergegangen. „Die Neue Front", Organ der GdNF, titelt im April/Mai 1994 „Der 30. Juni 1934 mahnt – Zerschlagt die Reaktion!" und läßt den im NSDAP-internen Machtkampf unterlegenen Ernst **Röhm** schimpfen: „Leider haben sich im Gefolge der nationalsozialistischen Revolution reaktionäre Kreise an unsere Rockschösse gehängt, (...). In einer unbegreiflichen Milde hat das neue Regiment in Deutschland bei der Machtübernahme mit den Trägern und Handlangern des alten und noch älteren Systems nicht rücksichtslos aufgeräumt." GdNF-Schulungsleiter geraten übrigens immer wieder ins Schleudern, wenn sie stutzigen „Volksgenossen" den offensichtlichen Widerspruch zwischen diesem SA-Kurs und dem ebenfalls gefrönten Hitler-Kult erklären sollen. Da sie den „Führer" nicht mit dem Bade ausschütten wollen, entschuldigen sie dessen Vorgehen gegen Röhm und Kameraden mit einem hinterhältigen Täuschungsmanöver der Reaktion in Form der SS.

Während sich also Neonazis mit sozialrevolutionärem Habitus an der SA bzw. an der NSDAP vor dem 30. Juni 1934 aufrichten, können heutige Nationalrevolutionäre nicht so lange mit: Spätestens die – übrigens von Röhm niedergeschlagene – Stennes-Revolte in der SA vom Frühjahr 1931, zumeist aber schon die Abspaltung der Nazis um Otto **Strasser** von der NSDAP im Mai 1930 gilt ihnen als Einschnitt. Damit setzte sich endgültig die großkapitalistisch-reaktionäre Münchner Richtung gegenüber dem kleinbürgerlich-sozialdemagogischen Flügel durch. Im Aufruf „Die Sozialisten verlassen die NSDAP" vom 4. Juli 1930 begründen die „Revolutionären Nationalsozialisten" ihren Schritt mit der „Verbürgerlichung" und der „Verbonzung der Partei", mit der „immer offener für den Interventionskrieg (gegen die Sowjetunion, Anm.) eintretende(n) Haltung der Parteileitung", wohingegen die „Sozialisten" den NS als „eine bewußte antiimperialistische Bewegung" auffaßten und den „vom internationalen Kapitalismus und vom westlerischen Imperialismus betriebenen Interventionskrieg(es) gegen Rußland" ablehnten. V.a. aber hielten die Nazis um Otto Strasser ihren NS „für die große Antithese des internationalen Kapitalismus, der die vom Marxismus geschändete Idee des Sozialismus als der Gemeinwirtschaft einer Nation zugunsten dieser Nation durchführt und jenes System der Herrschaft der Geldes über die Arbeit bricht".

Aber mehr noch als an „antikapitalistische" Strömungen innerhalb der NSDAP versuchen sich „Neue Rechte", die ja faschistische Ideologie von Hitler befreien wollen, an Vorbildern aus der „Konservativen Revolution". Deren Akteure wurden, sofern sie Protagonisten der „zweiten Revolution" darstellten und 1933 nicht zum NS überliefen, als Konkurrenz-Faschisten von den siegreichen Nazis inhaftiert bzw. ermordet. Nicht wenige Nationalrevolutionäre gingen ins Exil oder in den Widerstand.

„Konservative Revolution"

Für die „Neue Rechte" bereitete deren Gründervater Armin **Mohler** das Ideologiegemisch der Weimarer Rechten in seiner 1949 fertiggestellten Dissertation „Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932" wieder auf. Darin unternimmt er den Versuch, die als „`Trotzkisten´ des Nationalsozialismus" bezeichneten rechtsextremen Intellektuellen von deren Mitschuld am NS freizusprechen und so wieder salonfähig zu machen. Mohler faßt die „Konservative Revolution" als „deutsche Bewegung" gegen die Aufklärung und läßt sie folglich mit der französischen Revolution – also 1789 – beginnen. Für die gegenständliche Epoche unterteilt er die antidemokratische Rechte in fünf Gruppen: Völkische, Jungkonservative, Nationalrevolutionäre, Bündische und Landvolkbewegung. Tatsächlich vereinigte der NS – dessen eigenständige ideologische Leistung gering zu veranschlagen ist – diese Strömungen zu einer Bewegung mit Massenbasis. Edgar Julius **Jung**, ein Heroe der „Konservativen Revolution", wußte um die Leistung der faschistischen Intellektuellen: „Die geistigen Voraussetzungen für die deutsche Revolution wurden außerhalb des Nationalsozialismus geschaffen." Und zwar in einer Unmenge von männerbündischen Zirkeln und Zeitschriften, die den antidemokratischen Diskurs jenseits der verhaßten Parteien organisierten.

Die ideologische Verknüpfung der sich eigentlich ausschließenden Begriffe „konservativ" und „Revolution" liest sich bei Jung wie folgt: „Um die Verknüpfung der Welt mit einer höheren Ordnung zu erhalten, muß der Konservativismus heute zerstören und kann gegenüber dem rechnerisch und nihilistischen Wertempfinden und dessen politisch-institutioneller Entsprechung in der Demoplutokratie nur revolutionär sein."

Damit grenzten sich die jungen Konservativen von den alten ab, denen sie das reaktionäre Trauern um die Monarchie, die Schuld an der Niederlage Deutschlands im Krieg und die Duldung der liberalen Demokratie vorwarfen. Ihre gegen-revolutionären Aktivismus bezogen sie aus dem kollektiven Kriegserlebnis, wie es Ernst **Jünger** „In Stahlgewittern" formulierte, und aus dem militanten Pessimismus, wie ihn Oswald **Spengler** im „Untergang des Abendlandes" auf den Punkt brachte.

Der „deutsche Sozialismus"

Die „konservativen Revolutionäre", die sich erst ab 1927 selbst so nannten, unterschieden sich von den alten Konservativen v.a. im Verständnis von Nation bzw. Nationalismus. Dessen integrierende Funktion erlebten sie im Krieg: Im Schützengraben wurde das Proletariat zum (besten) Teil der deutschen Nation. Es waren v.a. die Nationalrevolutionäre, die das Feldlager und den Kasernenhof mit „Sozialismus" verwechselten und

diesen zum Synonym für Nationalismus werden ließen. Sie stellten dem passiven Bourgeois Ernst Jüngers „Arbeiter" als Subjekt der nationalen Befreiung Deutschlands gegenüber. In der Agitation der Nationalrevolutionäre wurde die deutsche Nation zum ideellen Gesamtproletarier, der vom westlichen Kapitalismus unterdrückt und ausgebeutet werde. Gegen die Nachkriegsordnung – wie sie im Vertrag von Versailles festgeschrieben worden war – sollte sich Deutschland im Bündnis mit anderen, vom Imperialismus unterjochten Völkern erheben. V.a. Rußland galt den Nationalrevolutionären als potentieller Verbündeter gegen Frankreich und England. Diese Ostorientierung – auch „Katastrophenpolitik" genannt – hatte während der Anfangsphase der Weimarer Republik maßgebliche Anhänger in der Reichswehr und der offiziellen Außenpolitik.

Die revolutionären Nationalisten siedelten ihren „Sozialismus", der zur natürlichen Lebensform der Deutschen erklärt wurde, jenseits der Produktionsverhältnisse an und konnten so dem Problem des Klassenkampfes ausweichen. Diese „Kommunisten der Verteilung", wie sich manche selbst nannten, verleugneten die Existenz der sozialen Frage nicht, sondern wollten sie ideologisch in der „Volksgemeinschaft" und politisch im totalen Staat, der über die Ökonomie herrschen sollte, aufheben.

Als einer der ersten stellte sich Spengler 1919 mit seinem „Preußentum und Sozialismus" die Aufgabe, den Sozialismus von Marx zu befreien. Dem „jüdischen", internationalistischen Marxismus warf mann vor, den Staat zu bekämpfen und die „Volksgemeinschaft" aufzuspalten. Während Spengler, der seine Vorstellungen im altpreußischen Staat Friedrich d. Gr. (1740-86) verwirklicht sah, den „Sozialismus" von „oben" durchgesetzt wissen wollte, wies Eduard **Stadtler** durch seine Orientierung auf eine „national-sozialistische" Mobilisierung der Massen bereits in den NS. Schon 1918 gründete er die VEREINIGUNG FÜR NATIONALE UND SOZIALE SOLIDARITÄT, deren Mitglieder „Solidarier" genannt wurden. Gegen Kapitalismus/Liberalismus auf der einen und Kommunismus/Marxismus auf der anderen Seite sollte nun eine „Dritte Front" geschaffen werden.

Daran arbeiteten auch die Publizisten um Hans **Zehrer**, der 1929 die Leitung der „Tat" übernahm. Der „Tat-Kreis" wollte aus Teilen der Gewerkschaft und der NSDAP ein „Dritte Partei" schaffen und den nationalen Staatssozialismus gegen das Großkapital und deren politische Vertreter Hitler und **Papen** von „unten" erkämpfen. Dabei setzte die „Tat" auf die Brüder Strasser und General **Schleicher**, zu denen intensive Kontakte gepflegt wurden. Es war übrigens das Treiben der Zehrer-Gruppe, das Ossietzky vor Augen hatte, als er vom Versuch sprach, „Hitler zu überhitlern".

„NEUE BEWAFFNUNG UND AUSRÜSTUNG: MASCHINENGEWEHR, STAHLHELM UND GASMASKE" (JUNGE FREIHEIT 12/96)

NIEKISCHS „WIDERSTAND"

Die Nationalrevolutionäre kamen zwar in den ehemaligen Freikorpsverbänden, faschistischen Stoßtrupps wie SA, BUND OBERLAND oder WERWOLF zu Einfluß, die erwähnten Anstrengungen, eine „Dritte Front" zu schaffen, blieben in organisatorischer Hinsicht jedoch weitgehend erfolglos – ihre „Front" wurde zwischen KPD und NSDAP zerrieben. Auch Otto Strassers kurzlebige „Schwarze Front" spaltete sich entlang des Verhältnisses zur KPD.

Einzig dem Treiben Ernst **Niekischs** schien kurzfristig etwas mehr Erfolg beschieden zu sein: Der Sozialdemokrat Niekisch war während der Novemberrevolution 1918 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates in Bayern, was er mit einer zweijährigen Haftstrafe büßte. Im „Ruhrkampf" von 1923, dem proletarischen „Befreiungskampf" gegen die französische Besatzung, erfuhr auch er seine Wendung zum revolutionären Nationalismus. Einem kurzen Gastspiel in der UNABHÄNGIGEN SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (USPD) folgte der Wiedereintritt in die SPD, wo er sich im „Hofgeismarer-Kreis" engagierte. Niekisch brachte es in diesem völkischen Think-Tank der Jusos, der gegenwärtig seine Nachahmer findet, zum Chefideologen, wurde jedoch Anfang 1926 aufgrund seines militanten Nationalismus aus der SPD ausgeschlossen. Gemeinsam mit einigen „Hofgeismarern" gründete er daraufhin die Zeitschrift „Widerstand – Blätter für sozialistische und nationalrevolutionäre Politik". „Widerstand" bezog sich dabei nicht auf eine Gegnerschaft zum aufkommenden Faschismus, wie das einige Apologeten heute darzustellen versuchen, sondern auf die Frontstellung gegen den Vertrag von Versailles und den Westen insgesamt. Niekischs Kritik an Hitler war eine von rechts: Die Münchner Parteiführung war ihm zu legalistisch, zu sehr um den Ausgleich mit den Westmächten bemüht. Dem gegenüber wollte Niekisch ein unverfälschtes „germanisches Barbarentum" wiederherstellen, das in

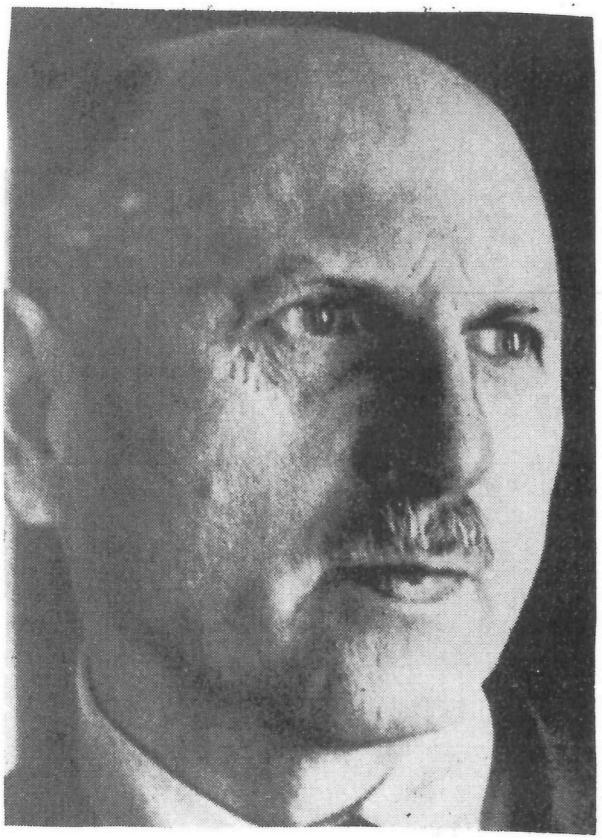
einer „Bartholomäusnacht" nicht nur das „Judentum", sondern auch das „Christentum" vernichtet und so die „Selbstreinigung des deutschen Blutes von romanischem Erbgut" durchführt.

Der Tatsache, daß spätestens nach dem „Ruhrkampf" auch innerhalb der linken Parteien nationalistische und revanchistische Strömungen existierten, versuchte Niekisch mit seinem Konzept der „Neuen Front" gerecht zu werden. Das erklärte Ziel war eine Partei, die „sozialpolitisch `links´ und nationalpolitisch `rechts´ steht". Auf dem Wege dorthin mußte das Rechts-Links-Schema aufgehoben werden. Mit der Kadertruppe „Widerstandsbewegung" sollten enge Beziehungen zwischen den Nationalisten in den unterschiedlichen Parteien hergestellt werden. Wer denkt angesichts der folgenden Erklärung nicht an die GdNF: „Alle jene Elemente zu sammeln, die von der Idee des `Widerstandes´ gepackt sind, sie zu sammeln nicht in der Form eines Bundes, der, sobald es Briand geböte, verboten werden würde, sondern eine Gesinnungsgemeinschaft, die sich durch alle Parteilager und Bünde hinzieht, das ist unsere Absicht."

Die Niekisch-Truppe, in der bis zu 4000 Leute organisiert gewesen sein sollen, forderte u.a. die Orientierung nach dem Osten und seinen „primitiven Werten", den rücksichtslosen Rückzug Deutschlands aus der Weltwirtschaft, die völkische Askese, die entschiedene Absage an die Ideen der Aufklärung und der Humanität, das Bekenntnis zu autoritärer Herrschaft und die Aufhebung der privatkapitalistischen Verkehrsform in einem „Staatskapitalismus". Im Unterschied zu gemäßigteren Nationalrevolutionären, sah mann hier im Klassenkampf ein Mittel zur völkischen Elitenauslese. Es sei der Proletarier, der dem Westen grundsätzlich feindlich gegenüberstünde und der – sobald er aus den ideologischen Fängen des Marxismus befreit worden sei – den wahren Nationalisten darstelle. Aus diesem Konzept ergibt sich der Schulterschluß mit der ebenfalls antiwestlichen KPD, der von Niekisch und anderen tatsächlich gesucht wurde. Daß dieser über punktuelle Bündnisse an der Basis nicht hinauskam, ist in erster Linie dem wechselseitigen Mißtrauen zuzuschreiben.

Nationalbolschewismus

Für das Treiben dieser Extremisten wird gerne der Begriff „Nationalbolschewismus" gebraucht. In ihrer bürgerlichen Ausgabe beschränkten sich die Nationalbolschewisten auf das außenpolitische Bündnis mit der Sowjetunion unter Beibehaltung der innenpolitischen Frontstellung gegen das organisierte Proletariat. Daneben waren antikapitalistische Rechte aber bereit, für das Ziel eines völkischen Großdeutschlands auch dessen Bolschewisierung in Kauf zu nehmen.



„Ernst Niekisch: Herausgeber der Zeitschrift „Widerstand" (Junge Freiheit 12/96)

Der Begriff geht zurück auf Karl **Radek**, der damit 1919 die anarcho-syndikalistische KPD-Abspaltung KAPD denunzierte. Der Komintern-Sekretär Radek, 1937 Opfer der stalinistischen „Säuberung", bekämpfte zunächst die nationalkommunistischen Umtriebe v. a. in der Hamburger und Münchner KPD, die für einen „revolutionären Volkskrieg gegen die Entente" im Bündnis mit der Sowjetunion eintraten. Strittig war v.a. die Frage, ob und inwieweit der deutschen Bourgeoisie nach außen hin eine objektiv revolutionäre Rolle zukomme. Lenins berüchtigte Unterscheidung in unterdrückende Völker („böser" Nationalismus) und unterdrückte Völker („guter" Nationalismus) von 1920 und die daraufhin ausgegebene Komintern-Parole von der „nationalen Befreiung", die als Etappe der sozialen vorausgehen könne, tat das ihrige, den Streit zu entscheiden. Nun behaupteten nicht mehr nur Faschisten eine nationale Unterdrückung Deutschlands. Radek selbst schwenkte während des „Ruhrkampfes" mit seiner legendären „Schlageter-Rede" auf den Kurs des taktischen Bündnisses mit Nationalisten ein. Diese nahmen den KPD-Schwenk zunächst mit Mißtrauen auf, zumal die Parteilinke noch stark genug war, dieses Bündnis in der Realität zu verhindern. Den entscheidenden Impetus erhielt der Nationalbolschewismus durch den stalinistischen „Sozialismus in einem Lande". Stalin tat nun das, was sich die „deutschen Sozialisten" vorgenommen hatten: Er befreite den Sozialismus von Marx, militarisierte und nationalisierte ihn. In dem Ausmaß, indem die KPD ihre Stalinisierung erfuhr, verlor sie auch ihre Bedenken gegenüber nationalistischer Politik. Am Ende dieser Entwicklung stand 1930 die „Programm-Erklärung zur nationalen und sozialen Befreiung" und der Anfang 1931 eingeschlagene „Scheringer-Kurs". Dieser opportunistische Schwenk erfolgte als unmittelbare Reaktion auf die Abspaltung des Strasser-Flügels von der NSDAP und stellte den letzten Versuch dar, das nationalistische (Klein)Bürgertum zu gewinnen. Am Ende stand nicht nur das Scheitern dieses Versuches, sondern auch der massenhafte Überlauf von ProletarierInnen, die durch die nationalistischen Ausfälle der KPD gegenüber dem NS nicht gerade immunisiert wurden. ●

Literatur:

Louis Dupeux: „Nationalbolschewismus" in Deutschland 1919-1933. München 1985

Joachim Petzold: Konservative Theoretiker des deutschen Faschismus. Berlin 1978

Reinhard Kühnl: Die nationalsozialistische Linke 1925-1930. Meisenheim a. G. 1966

Otto-Ernst Schüddekopf: Nationalbolschewismus in Deutschland. 1918-1933. Frankfurt 1972

Kurt Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. München 1992

Nationale Gefangenenhilfe durch FSM

ILSE **HANS**, EHEMALIGE LANDTAGSABGEORDNETE DER FPÖ IN NIEDERÖSTERREICH, BETREIBT SEIT KURZEM EIN FORUM FÜR EIN HUMANES UND DEMOKRATISCHES STRAFRECHT UND ZUR EINHALTUNG DER MENSCHENRECHTE (FSM). „GRUNDLEGENDE RICHTUNG: FÜR FREIE MEINUNGSÄUßERUNG UND GEGEN DEMOKRATISCH NICHT LEGITIMIERTE POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE MACHTSTRUKTUREN."

Der mehrmaligen Referentin bei der „Politischen Akademie" der AFP geht es unter dem bleibenden Eindruck der Verurteilung von Hans Jörg **Schimanek jun.** hauptsächlich um die angeblich verletzten Menschenrechte von Neonazis. Ein von ihr gezeichneter FSM-Flugzettel, der anläßlich des Bundesturnfestes des ÖSTERREICHISCHEN TURNERBUNDES (ÖTB) in Krems im Juli 1996 verteilt wurde, sieht im NS-Verbotsgesetz eine Verletzung der Menschenrechte und verlangt Aufklärung der potentiell Betroffenen. Hans fordert u.a. vom Innenminister: „Kostenlose und unbürokratische Beratung zur Anwendung des Verbotsgesetzes, des Verhetzungsparagraphen, des Art. 9 EGVG, des Abzeichengesetzes etc. Berufsspezifische Beratung von besonders gefährdeten Personengruppen". Daß hier Publizisten, Historiker und Zeitungsherausgeber angeführt werden, mag einleuchten. Auch Sozialarbeiter, Rechtsanwälte und Biologen mögen noch als besonders gefährdet erscheinen. Wie aber die „Personengruppe" der Juweliere in die FSM-Aufzählung kommt, ist schleierhaft.

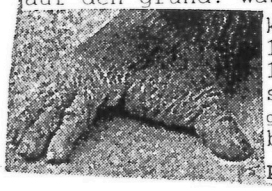
Mit ihrer Forderung rennt Frau Hans offene Türen ein: Die Gruppe C, Abteilung Staatsschutz, hat ein Merkblatt „Rechtsextremistisches Handeln zahlt sich nicht aus" veröffentlicht. Dieses Merkblatt für SchülerInnen und Lehrlinge klärt über Strafbestimmungen auf und mahnt, „die möglichen Folgen einer Teilnahme an rechtsextremen Tathandlungen und einer damit einhergehenden Bestrafung oder Verurteilung deutlich vor Augen" zu halten. „Man sollte sich nicht nur nicht an derartigen Tathandlungen beteiligen, sondern auch auf Mitschüler und Freunde vehement einwirken, solche Straftaten nicht zu begehen."

Tatsächlich bietet Ilse Hans an, dieses vom Innenministerium gratis für alle zugängliche Merkblatt, gegen Entgelt zuzusenden: „Erlagscheinvermerk genügt!". Die vom FSM den Behörden abverlangte „kostenlose Vorbegutachtung von beabsichtigten Veröffentlichungen wie z.B. Zeitungsartikeln, Manuskripten, Photos und Abzeichen" könnte ja die FPÖ übernehmen.

Schon heute ist die Friedhofsschänder-Partei mit dem NÖ-Landesrat Hans Jörg **Schimanek** sen. im Vorstand des FSM vertreten. Der Vater des verurteilten VAPO-Kaders trifft dort – neben Ilse Hans als Präsidentin – auf den vormaligen AFP-Vorsitzenden Horst **Ludwig**, sowie auf Leopold **Markovsky** und Eva **Krassnig**. Letztere trug am 15. Juni in Mödling „Geschichten der Hoffnung" vor. Die Begleitmusik spielte am Klavier niemand geringerer als Franz **Radl** jun.. Der Reinerlös dieses beschaulichen FSM-Abends kam nicht nationalen Zeckenopfern, sondern der „Gefangenenhilfe" zugute.

Zum jüngsten Prozeß gegen den „Schriftführer" der AFP-"Kommentare zum Zeitgeschehen", Konrad **Windisch**, steuerte das Hans-FSM eine Aussendung bei: „Es gibt wieder politisch Verfolgte in Österreich. Fast 2.000 Personen stehen am Pranger – einige Verfolgte haben unser Land verlassen (Honsik?, Anderle?, Anm. LD) – politische Gerichtsprozesse finden statt oder werden vorbereitet." (Junge Freiheit Nr. 41/96) ●

der weltraum. unendliche weiten. irgendwo am fernen planeten mars gibt es leben. u.nbekannte f.lug o.bjekte bringen es zu uns. bilder fallen von den wänden - poltergeister? die affen sind los - ein zufall? das raumschiff zeckenprise macht sich auf den weg, dieses geheimnis zu ergründen. auf seiner #8. mission begegnet es *rechtsextremen turner(inne)n, aufkeimendem faschismus,* ergründet die tiefen des *sexismus,* reist in die zeit der *spanischen revolutioon* vor sechzig jahren zurück und geht im zeitalter der *gegenkultur* scheinbar unerklärlichen phänomenen auf den grund. was ist dran an den *ufos, poltergeistern* und *affen?*



komm auch du an bord und erfahre das ungewisse! 1 fahrt um 20 ösen, 6er-block um einen 100er, (außerhalb ö: 3 dm/sfr, 20 dm/sfr). nur richtig frankierte tickets gelten, geld oder stamps im voraus - beilegen. beam dich zum

pf 24, a-2000 stockerau.

abonniert den Zeck! der Poltergeist sonst kommt zu euch!

Buchbesprechung:

6x Österreich

1995 erschien Gerhard Baumgartners Buch „6x Österreich. Geschichte und aktuelle Situation der Volksgruppen", das von der Initiative Minderheiten herausgegeben wurde. Es soll den ersten Band der geplanten Reihe „Edition Minderheiten" darstellen, weil in diesem Buch einzig die sechs offiziell anerkannten Volksgruppen behandelt werden.

Die Idee hinter diesem Projekt war, ein „aktuelles, zusammenfassendes, informatives Grundlagenwerk in diesem Bereich zu schaffen, das auch der Mehrsprachigkeit Österreichs entspricht". Offensichtlich scheint dieses Werk gelungen, sind die Beiträge zu den jeweiligen Volksgruppen der SlowenInnen, KroatInnen, Roma und Sinti, UngarInnen, TschechInnen und SlowakInnen in den entsprechenden Sprachen ebenfalls abgedruckt.

Vor allem in einer Zeit nach den rassistischen Bombenattentaten ist es den HerausgeberInnen ein besonderes Anliegen, sich sowohl an Angehörige der Mehrheits- als auch der Minderheitenbevölkerung zu wenden. Wissen über Geschichte, Kultur und politische Situation der Minderheiten sollten Teil österreichischer Allgemeinbildung sein. Im Unterrichtswesen und in den Medien wird eine gleichberechtigte Beschäftigung mit den Minderheiten lange nicht erreicht werden, um sich aber privat Information über diesen Teil Österreichs zu verschaffen, ist dieses Buch ein geeignetes Mittel. Es bietet anhand von chronologischen Zeittafeln, Überblicksdarstellungen und einer Charakterisierung der einzelnen Vereine und ihrer Tätigkeiten ein umfassendes Bild, das der Mehrheitsbevölkerung Österreichs sicherlich unbekannt ist. ●

Baumgartner Gerhard, 6x Österreich. Geschichte und aktuelle Situation der Volksgruppen, Klagenfurt/Celovec 1995, Drava Verlag

Bauernkrieger drohen

Der burgenländische Bauernführer und beinahe-FPÖ-Landtagsabgeordnete Robert **Dürr** sorgte wieder mal für Aufregung: Am 1. Oktober stürmte er gemeinsam mit Michael **Gruber** die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" in Klagenfurt.

Die beiden Aktivisten der Partei Neue Ordnung (PNO) riefen „Jetzt kommt der Staatswanwalt!" und forderten die Anwesenden auf, die Halle zu verlassen. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, streuten die beiden Neonazis ein weißes Pulver aus, welches sich jedoch als Salz herausstellte. Die sofort verständigte Polizei trudelte nach ca. 45 Minuten ein, so lange konnten engagierte Jugendliche die Angreifer in Schach halten. Dürr und Gruber nutzen die Wartezeit zu Drohungen und Erklärungen, bspw. dahingehend, die Bombenanschläge der jüngsten Zeit seien „ein Werk von Linksradikalen". Die beiden Neonazis wurden verhaftet, ein Verfahren ist im Anrollen.

Unmittelbar nach dem Zwischenfall ging bei der APA in Klagenfurt ein Bekennerschreiben eines „Unterstützungskomitees österreichischer Bauern" per Fax ein: Ein „Ehrenkomitee österreichischer Bauern für die Verteidiger unserer Heimat und gegen die Verächtlichmacher des Andenkens unserer Gefallenen" habe die von einer rechten Phalanx aus „Neuer Kronen Zeitung", Österreichischem Kameradschaftsbund, FPÖ und Neonazigruppen angefeindete Ausstellung „beschlagnahmt und im Namen aller anständigen Österreicher geschlossen." Die Langnamnazis forderten „eine Milliarde US-Dollar von den verantwortlichen Veranstaltern und den Unterstützern als vorläufig erste Sühnemaßnahme für die Beleidigung und Verächtlichmachung von Millionen Gefallenen, Verwundeten und deren Hinterbliebenen." Sie schlossen mit Dürrs Lieblingsparole „Nie wieder Antifaschismus!".

Salz war auch in einem Drohbrief enthalten, der am 3. Oktober bei einer Klagenfurter Lokalzeitung einging. Eine „Volksnahe Einheit Kärntens und der Steiermark" drohte den Landeshauptleuten Zernatto und Klasnic: „Im Laufe der nächsten Tage sollten sie beim Briefeöffnen vorsichtiger sein." Als Grund für die Drohung gaben die Neonazis eine „schleichende Slawisierung und Verbalkanisierung", den „Ausverkauf Carantaniens an volksfremde Elemente" und wieder die „verlogene Wehrmachtsausstellung" an. ●

Ab 19.9.96 in Buch- und Infoladen oder zu bestellen für 5.- DM + 2.- DM Porto. Ein Abo über 5 Ausgaben kostet 30.- DM.

Antifaschistisches iNFO 36 BLATT

Das Antifaschistische Infoblatt gibt es seit '87. Es erscheint alle 2-3 Monate bundesweit mit ca. 50 Seiten und ist Arbeitsgrundlage für antifaschistische Aktivitäten. Es ist eine nichtkommerzielle Zeitung, die von aktiven AntifaschistInnen im Eigenverlag herausgegeben wird.

Schwerpunkte:
- Regionalismus - neue Konzepte für alle Rechten
- Lübeck - Grevesmühlen

außerdem:
- Heß-Märsche
- Neues aus der Braunzone
- Geschichte: Sudetendeutsche
- Interview mit der Antifa (M)
- Was tut sich in Österreich?

Antifa Infoblatt c/o L.Meyer Gneisenaustr.2a 10961 Berlin

Waldheims stalinistischer Verteidiger

VON BUCHELI

Es gab eine Zeit, da behauptete der greise Kommerzialrat **Cermak** einer ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDSBEWEGUNG zur Freude der F, das DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES (DÖW) sei kommunistisch unterwandert. Nun erfahren wir von Univ. Prof. Dr. Gerhard **Oberkofler** (G.O.) im Organ des stalinistischen Flügels der KPÖ, „Neue Volksstimme" (7-8/96), das DÖW hätte bereits im Februar 1985 „ein Signal aus Österreich in Richtung der mächtigen jüdisch-israelischen Organisationen in den USA" gegeben.

Ein wahres Glück, daß uns G.O. seinen Standpunkt erklärt: „Die Personalisierung der Offiziersrolle von Waldheim drängt ganz bewußt die historische Verantwortung für das Kriegsgeschehen, die in den allgemeinen Klassenverhältnissen liegt, völlig in den Hintergrund". Da kommen „die österreichischen Zeithistoriker" so G.O. „mit der ihnen eigenen moralisierenden Strenge. Ihr Befund macht eher ihre Anstellungsbedingungen und Karriereoptionen deutlich als die historischen Fakten."

Zur Erinnerung: Nach der Entscheidung der USA, Waldheim 1987 auf die „watchlist" zu setzen, suchte die bestürzte Bundesregierung Waldheim zu entlasten, und setzte zu diesem Zweck eine Internationale Historikerkommission (IHK) noch vor dem Gedenkjahr 1988 ein.

Die IHK hielt fest, daß Waldheim, im Unterschied zu anderen Offizieren, nie Proteste gegen kriminelle Befehle eingelegt oder nach Umgehungsmöglichkeiten gesucht hatte. Waldheims umfassendes Wissen auch über widerrechtliche und kriminelle Handlungen wurden ausführlich dokumentiert. Wiederholt wies die IHK auf Waldheims Umgang mit der Wahrheit hin, der vom Vergessen (Nichterinnern) belastender Fakten bis zum Verleugnen eines (nachgewiesenen) Wissens reichte. Insgesamt fünfmal wies die Kommission auf ein solches Verhalten hin:

- Waldheim war „mit Sicherheit dem Phänomen 'Banden' bereits während seines Aufenthaltes in der Sowjetunion begegnet", ein Faktum, das er u. a. bei der Anhörung der IHK geleugnet hatte.
- Entgegen Waldheims eigenen Aussagen vor der IHK, er habe nur über einen Bruchteil der Informationen ver-

DER HBP A.D.

fügt, war er in seiner Funktion als dritter Ordonanzoffizier (O3) der militärischen Aufklärungsabteilung (Ic) der Heeresgruppe E allumfassend informiert.
- In bezug auf das Wissen um die Judendeportationen wurden Waldheims Leugnen und Vergessen besonders augenfällig. Seine Behauptungen, er habe nichts von dem Abtransport der Juden vom griechischen Festland und von den griechischen Inseln gewußt, wurden als unglaubhaft bezeichnet.
- Obwohl die Kommission aufgrund ihrer Faktenanalyse eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit dafür feststellte, daß Waldheim gewußt hatte, daß die italienischen „Gefangenen" nach Deutschland zum Arbeitseinsatz transportiert wurden, leugnete er dies.
- Waldheim leugnete auch, von den Massakern im Zuge der „Sühnemaßnahmen" gewußt zu haben, obwohl Dokumente mit seiner Paraphe existieren. In den „Zusammenfassenden Schlußbetrachtungen" der IHK wurde nirgends die Feststellung getroffen, Waldheim sei nicht in Kriegsverbrechen involviert gewesen.

All das zählt für G.O. nicht, hat Waldheim doch 1979 das Ehrendoktorat der Rechte durch die Humboldt-Universität zu Berlin erhalten und fast immer mit der sowjetischen Außenpolitik übereingestimmt.

Grauslich wird es, wenn auch G.O. in den Chor der Rechten einstimmt und folgenden Satz von sich gibt: „Die einheimischen Vergangenheitsbewältiger zogen hinter den von ihnen künstlich hochgezogenen historisch-moralischen Kulissen nicht nur tagespolitischen Profit auf Kosten von Österreichs Souveränität." Doch damit nicht genug, seiner Meinung nach war die Affäre Waldheim „ein gutes innenpolitisches Geschäft" für die Journalistik und er ortet „die Denkmanier einer meinungsbildenden, mit dem Stempel der charakterlosen Kleinbürgerlichkeit geprägten SPÖ-Schicht." Ein wahres Glück, daß es in Österreich ungefähr noch ein dutzend prinzipienfester Stalinisten gibt, die frei von Kleinbürgerlichkeit auf Grund von „Klasseninteressen" und prolet-arischen Prinzipien einen Kurt Waldheim verteidigen. ●

ZEKH, 1100 Wien, Wielandgasse 2-4 (PF 652) Mi. 16-20 Uhr, Fr. 16-22 Uhr

Bücher und Zeitschriften befördern neue Ideen. Neue Ideen eröffnen weitere Perspektiven. Und Pespektiven braucht die Linke.

Neuheiten:

Antonio Negri/Michael Hardt: **Die Arbeit des Dionysos,** Materialistische Staatskritik in der Postmoderne (Edition Id-Archiv) *Den Thesen zum Verschwinden der Arbeit, Sieg der Demokratie, zur Herausbildung einer universellen Zivilgesellschaft begegnen sie mit der nüchternen, an Marx orientierten Methode einer „Kritik der Politischen Ökonomie".*

Escobar, Guerra, Taibo II: **Das Jahr, in dem wir nirgendwo waren,** Ernesto Che Guevara und die afrikanische Guerilla (Edition Id-Archiv) *Bevor Guevara nach Bolivien ging, kämpften er und seine Mitstreiter in Afrika. Mit diesem Buch enthüllten das mexikanisch-kubanische Autorentrio eines der seit 1965 meistgehüteten Geheimnisse der kubanischen Revolution.*

Tom Holert/Mark Terkessidis (Hg.): **Mainstream der Minderheiten**, *Pop in der Kontrollgesellschaft (Edition Id-Archiv) Mit Beiträgen u.a. von D. Diederichsen, Ch. Gurk, K. Grether, R. Christoph, F. Zaimoglu*

Simha Rotem: **Kazik**, Errinerungen eines Ghettokämpfers (Schwarze Risse/Rote Straße) *Er war 15 Jahre alt, als die NS-Armee in Polen einfiel, und achtzehn, als der Aufstand im Warschauer Ghetto a, 19. April 1943 begann. Er beschreibt die Härte des Kampfes ohne nachträglich zu romantisieren oder zu verklären.*

Paco Ignazio Taibo II: **Vier Hände** (Schwarze Risse/Rote Straße) *Stan Laurel und Pancho Villa, Trotzki und die Sandinistas, zwei Journalisten auf der Suche nach den nötigen Dollars; ein Desininformationsbüro in New York ...*

Infoladen ★

Was die Rechten schreiben

So wie auch schon in der letzten Ausgabe der Lotta dura findet sich unter diesem Titel ein Überblick über die „interessantesten" Themen und Artikel des rechtsextremen Blätterwaldes Österreichs.

Schon seit längerer Zeit verfolgen neben der FPÖ bekanntlich auch die „Aula" und die „fakten" im publizistischen Bereich das Ziel, die rechtsextremen Briefbombenserien und die Nazibombe in Oberwart der österreichischen linksextremen Szene in die Schuhe zu schieben. Die Angriffe und Verdächtigungen gegen den Journalisten Wolgang Purtscheller aus dem rechten Eck seitens FPÖ und „Kronenzeitung" sind bekannt, ihren Höhepunkt erreichen diese aber mit der Ausgabe 5/96 der Aula. Auf 16 Seiten veröffentlicht die „Aula" eine Sachverhaltsdarstellung ihres Anwaltes Dr. Alfred **Windhager** (Flußgasse 15, 4040 Linz-Urfahr) an die Staatsanwaltschaften Wien, Eisenstadt und an das Landesgericht Eisenstadt, „Betr.: Sachverhaltsdarstellung in Zusammenhang mit den Briefbombenserien und den Sprengstoffanschlägen in Oberwart, Stinatz, Klagenfurt und Ebergassing" (S. 25). Die Aula erhofft, daß sich damit „Täterhinweise und Zusammenhänge zwischen den einzelnen Tatkomplexen ergeben, weshalb auch eine diesbezügliche Untersuchung hinsichtlich möglicher Zusammenhänge zwischen den einzelnen Verbrechen geboten erscheint" (ebd.).

Weiterstadt

der High Tech Knast

1. Teil: **Der Wohngruppenvollzug, Voraussetzungen und Architektur.**
2. Teil: **Repression und Kriminalisierung.**

4. Auflage — DIE ROTE HILFE / BUNTE HILFE — 10 DM

Der umstrittene Gefängnisneubau in Weiterstadt
- Hochsicherheitsgefängnis -
-Abschiebehaftanstalt -
- als humaner Knast verkauft -
- wird 1997 bezogen.
Jetzt erscheint die 4. überarbeitete Auflage der kritischen Informationsbroschüre.
Zu bestellen bei der
Roten Hilfe e.V.
Postfach 6444
24125 Kiel
Preis 10 DM incl. Porto Bezahlung nur in bar oder Brief- marken

Täter als Opfer

Anlaß dieser Hilfeleistung für die ermittelnden Behörden war einerseits die Beschlagnahme der „Aula"-AbonnentInnenliste und die „Verschwörung linksextremer Kräfte (...), deren Ziel es gewesen ist, das freiheitliche politische Lager der Auflösung und dem Verbot entgegenzuführen" (ebd.). Folglich schreitet die „Aula" zur Selbsthilfe und versucht mit dieser Sachverhaltsdarstellung die Ermittlungen in das für sie in diesem Zusammenhang (Ebergassing - Oberwart) vernachlässigte politische Spektrum zu lenken. Vor allem weil „mit dieser Vorgangsweise (...) die kriminalistischen Ermittlungen von den ungeklärten Vorfällen in Oberwart und von allfälligen Zusammenhängen mit der linksextremistischen Szene im Ernst-Kirchweger-Haus in Wien und dem dort beheimateten Roma-Verein weggelenkt" wurden (ebd). Die Strategie ist klar, auch wer hier als Hauptverdächtiger zu gelten hat, obwohl immer explizit darauf hingewiesen wird, daß Wolfgang Purtscheller höchstens als sehr wichtige Schlüsselperson für die Ermittlungen angesehen wird. Denn die „Aula" erhebt „damit keine Schuldvorwürfe, vermeint aber, daß die Justiz auch dort, wo sich kein Tatverdacht konkretisiert, die Wissensstände der genannten Personen zum Zwecke der Verbrechensaufklärung erheben sollte" (S. 26). Und so folgt nun eine penible Auflistung der selbstgemachten Aula-Rechercheergebnisse in den Sachverhaltsdarstellungen (SVD) 1-5. Unter SVD 1 wird ausschließlich der „überprüfenswerte Journalist" Purtscheller, seine Vergangenheit, Kontakte und sein „Verkehr in der ‚autonomen Szene'" (ebd.) behandelt. Die SVD 2 versucht in bezug auf den Terroranschlag von Oberwart „Tatortmanipulation, Spurenverfälschung, Beweismittelvernichtung" nachzuweisen. Schließlich könnte es sich für die „Aula" im Fall Oberwart um einen „provokatorischen Anschlag" von links handeln, folglich wird auch der Frage eines „Fahndungsverbotes in der linken Terrorszene" (S.31) nachgegangen. Wichtigste Quelle, um diese Täter-Opfer-Umkehr auch beweisen zu können, stellt natürlich die Berichterstattung der „Kronenzeitung" dar, wie auch das Magazin „Top" des Haiderfreundes Hans **Pretterebner**. Wiederholt wird „ein Spitzeninformant der Stapo" genannt, der „unter dem dringenden Verdacht gestanden habe, an der Vorbereitung mehrerer Anschläge beteiligt gewesen zu sein, auch an jenem in Ebergassing" (S. 32, Kronenzeitung zit. nach Aula). Purtscheller wird zwar nicht namentlich erwähnt, genau ihn soll es aber treffen. Die „Aula" gibt sich jedoch auch mit Purtscheller nicht zufrieden, sondern fordert wieder „die Untersuchung allfälliger Zusammenhänge der Szene im Ernst-Kirchweger-Haus in Wien (Szene TATBLATT, Autonome, Anarchisten, Ebergassing-Attentäter) mitsamt dem dort beheimateten Roma-Verein mit der alternativen Szene, die im ‚Offenen Haus Oberwart' verkehrte" (ebd.). Für die „Aula" finden sich sachdienliche Hinweise auch in den Berichten von Robert **Altenburger** und Berndt **Ender** im ORF-„Report" vom 30. April 1996, die schon öfters durch ihre haiderfreundliche Berichterstattung auffielen. So spekulieren die beiden, ob es sich in Oberwart um Mord oder doch um einen Unfall handeln könnte. So darf auch Karl **Schweitzer** (FPÖ-Geschäftsführer) im Report seine kühnsten Träume kundtun, in denen es in Oberwart „so wie auch in Ebergassing, zu einem Unfall gekommen ist und der Ausgang nicht in der Form geplant war" (S. 33, Report zit. nach Aula). In der SVD 3 findet sich unter dem Titel „Das Eingeständnis der Einseitigkeit bisheriger Ermittlungen" u.a. eine chronologische Auflistung linker und rechter „Bombenattentate" und das tausendfach in sämtlichen rechten Blättern gedruckte Zitat von Michael **Sika** (Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit), nachzulesen in Lotta dura Nr.2/96, S. 11. Wirklich kreativ wurden die „Aula" und ihr Rechtsanwalt aber in der SVD 4, in der die Theorie aufgewor-

fen wird, wonach der „Plan für einen provokatorischen Anschlag (in Ebergassing, d. Verf.) 1994 bei der mißglückten ‚Antifa-Demo' gegen den Kommers in Innsbruck" (S. 37) gefaßt worden sein könnte. Die Idee dazu sollen sich „Mitglieder der Anarchoszene" von H.J. **Schimanek** jun.'s Aussage in seinem Prozeß vor Gericht geholt haben, um dann diesen Anschlag „womöglich ehemaligen Südtirolaktivisten" (S. 38) in die Schuhe zu schieben, wodurch „Untersuchungen gegen Teilnehmer am ‚Gesamttiroler Freiheitskommers' die unweigerliche Folge gewesen „ (ebd.) wären. Zuletzt verortet die Aula, neben dem TATblatt, dem Roma-Verein und dem Offenen Haus Oberwart, einen weiteren verdächtigen linken Zusammenhang in Gestalt der „terroristischen Untergrundzeitschrift ‚UMVERTEILUNG'" (S. 40) und empfiehlt zugleich der Staatsanwaltschaft, „von Amts wegen zu ermitteln, ob und inwieweit der hinter der ‚UMVERTEILUNG' stehende Personenkreis mit Terroranschlägen der Vergangenheit zu tun hatte" (ebd.).

„Minus-Variante-Scrinzi"

Eine Erwähnung ist natürlich auch wieder Otto **Scrinzi** wert, der sich sowohl in den „fakten"/Mai und Juni 1996 als auch in der „Aula" 6/96 diesmal gar nicht revisionistisch sondern extrem homophob zum Thema „Herabsetzung des Schutzalters" äußern darf. So stellen für Scrinzi, der Mengele als KZ-Folterarzt nachgefolgt wäre, Schwule und Lesben die „bedauernswerte Minus-Variante des Lebens" (fakten/Mai 1996, S. 8) dar, wobei er es auch noch empörend findet, daß „man in Anbetracht der Weltseuche Aids, deren Todesboten überwiegend die Perverslinge jeden Zuschnitts sind, am Schutzalter auch nur zu rütteln wagt" (Aula 6/96, S. 9). Für ihn ist die „Diktatur der Minderwertigen" (ebd.) nur noch durch ein „Österreich wehre Dich" aufzuhalten.

Auch unser HBP Thomas **Klestil** findet einen Platz in der „Aula", nämlich in Form seiner Grußbotschaft an das ÖTB-Turnfest in Krems. Zitat: „Ich beglückwünsche Sie zu Ihrer Entschlossenheit, durch Ihr persönliches Beispiel die eminente Bedeutung körperlicher Aktivität und einer gelebten Gemeinschaft zu unterstreichen. Ihr sportlicher Einsatz orientiert sich glücklicherweise weder am heute weitverbreiteten Zeitgeist eines selbstbezogenen Körperkultes, noch an jenen vergangenen Leitbildern, in denen der Sport immer wieder für nationalistische Ziele mißbraucht wurde. (...)" (Aula 9/96, S. 9). ●

Von Jahn zu Hitler

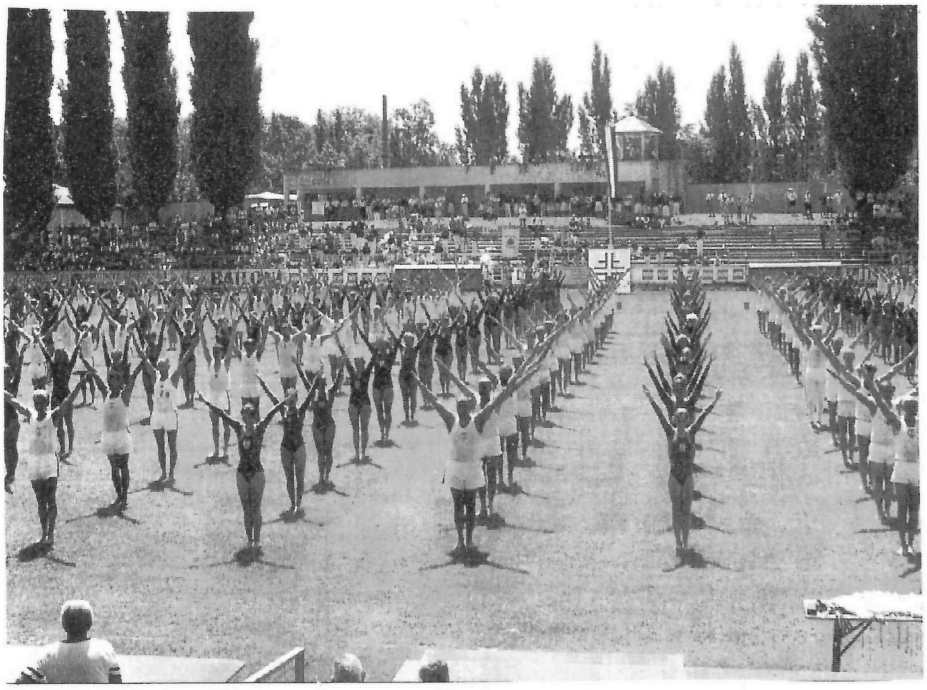
Ein historischer Ausflug in die Geschichte des „Deutschen Turnens" auf der Grundlage des gleichnamigen Buches von Wolfgang Weber (1)

Die Geschichte des „Deutschen Turnens" beginnt mit den napoleonischen Kriegen, nach denen Preußen im Frieden von 1807 die Hälfte seines Landbesitzes und seiner EinwohnerInnen verloren hatte. Danach setzte sich in Preußen die Auffassung durch, daß ein etwaiger Befreiungskrieg nicht mit materiellen, sondern mit ideellen Mitteln gewonnen werden mußte. Friedrich Ludwig **Jahn** stellte sich zwischen 1806 und 1809 in den Dienst dieser ideellen Aufrüstung.

Turnen gegen Napoleon

Jahn reiste durchs Land, um einen „Volkskrieg" gegen Napoleon vorzubereiten. In seinem 1810 erstmals erschienen Buch „Deutsches Volkstum" verband Jahn die freiheitlich-bürgerlichen Werte der französischen Revolution mit einem deutschen Nationalismus, denn seiner Meinung nach hatten die Preußen gegen Frankreich nur deswegen verloren, weil sie ihre „deutschen" Werte und ihre „deutsche" Kultur verloren hatten: *„Je reiner ein Volk, je besser; je vermischter, je bandenmäßiger."* Jahn forderte die Einheit Deutschlands, ein Ende der feudalen Unterdrückung und eine eigene Verfassung. Damit vertrat er, gemessen an den damaligen Zuständen, durchaus fortschrittliches Gedankengut. Diese Widersprüchlichkeit wirkte sich später darin aus, daß sich die unterschiedlichsten Gruppen auf Jahn als ihren „Turnvater" beriefen; liberale, sozialdemokratische, deutschnationale und jüdische Turnklubs betrachteten ihn als Gründer ihrer Leibesübung.

Anfänglich konzeptionierte Jahn das Turnen als Erziehungsutopie, um *„die verlorengegangene Gleichmäßigkeit der menschlichen Bildung wiederherzustellen und der bloß einseitigen Vergeistigung die wahre Leibhaftigkeit zuzuordnen"*. Heute würde man von einer ganzheitlichen Lebensführung sprechen. Durch die Verquickung des Turnens mit der deutschen Einheitsbewegung galt das Turnen in Deutschland als revolutionär und staatsgefährdend. (2)



Kontinuität beim Turnen: Der rechtsextreme ÖTB beim Bundesturnfest 1996 in Krems

In Österreich wurde die „Gymnastik" von zwei preußischen Offizierssöhnen hoffähig gemacht und in Eliteschulen des Adels, sowie an den Universitäten Innsbruck und Wien als Freifach angeboten. Im Zuge der Revolution von 1848 gab es erstmals die Möglichkeit der freien Vereinsbildung, und so wurde 1861 (Beginn der konstitutionellen Monarchie) der erste Turnverein in Wien gegründet. 1867 traten die östereichischen Turnvereine in den Dachverband Deutsche Turnerschaft (DTS) ein und bildeten dort den Turnkreis XV Deutsch-Österreich. Das politische Ziel der damaligen Turner war eine Verbreitung der Turnidee in alle Bevölkerungsschichten und die Einführung des Turnunterrichts an den Schulen.

Turnen für das „deutsche Volk"

So weit, so harmlos, könnte mann/frau meinen. Nachdem die Habsburger 1859 ihre italienischen Besitzungen verloren hatten, sahen sie sich mit immer stärker werdenden Autonomieforderungen der UngarInnen und SlawInnen konfrontiert. Kaiser Josef I. sah die politische Lösung im sogenannten „Ausgleich" mit Ungarn, also der Gründung der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie. Nun trat sogleich jenes Phänomen in Erscheinung, das uns auch heute nicht unbekannt ist: die deutschsprachigen ÖsterreicherInnen bekamen es mit der Angst um ihren ersten Platz in der Rangordnung des „Vielvölkerstaates" zu tun, sie befürchteten, nun auf ihre Sonderrechte verzichten zu müssen. Dazu kam noch, daß die österreichische Regierung ab 1870 gegenüber der jüdischen Bevölkerung eine liberale Assimilierungspolitik (3) verfolgte, was die Befürchtungen der Deutschnationalen um ihre „Identität" noch verstärkte. Und in Ermangelung einer adäquaten politischen Partei wurden nun die Turnvereine zu Sammelbecken dieser ParanoikerInnen.

Innerhalb des Dachverbandes schockierten Teile der „Alpendeutschen" die „ideologiefreien" preußischen Turner mit der Forderung nach einer „völkischen Reinhaltung" der Vereine, womit sie der schon von Jahn praktizierten „Volkstumsarbeit" folgten. 1884 brachten die Turnvereine Krems und Sechshaus wiederholte Male die Forderung nach einem „Arierparagraphen" ein, scheiterten damit, gründeten daraufhin den Ostmarkturngau, der nur noch Mitglieder aufnahm, die eine „echte deutsche Stammeszugehörigkeit" nachweisen konnten, worauf er behördlich verboten wurde.

Diesen Fehler wollten die restlichen deutschvölkischen Turnvereine nicht wiederholen. Innerhalb des Wiener Turnvereins gründete sich die Deutsche

WACHT, die alle Völkischen um sich sammelte und schließlich eine Mehrheit im Verein bilden konnte. Die Folge war die Einführung des „Arierparagraphen" im Jahr 1887, den die Behörden billigen mußten, und danach wurden rund 500 jüdische Mitglieder des WIENER TURNVEREINS ausgeschlossen.

TURNEN FÜR „DEUTSCHES STAMMESBEWUßTSEIN"

Nach einigen Streitereien im deutschösterreichischen Dachverband wurden die antisemitischen Vereine zwar hinausgeworfen, sie schlossen sich jedoch ihrerseits zusammen: der DEUTSCHE TURNERBUND (DTB) wurde 1889 gegründet. Er gab sich eine „arische und alldeutsche" Grundlage, führte also den „Arierparagraphen" ein, und dehnte sich über ganz Deutschland und Österreich aus.

Inhaltlich orientierte sich der DTB an den „volkstümlichen Übungen" Jahns, das hieß vor allem paramilitärische Disziplinen wie Laufen, Springen, Werfen, Schwimmen, Reiten, Schießen und Fechten. Bei seinen Turnfesten mußten die TeilnehmerInnen ihr „völkisches Wissen" unter Beweis stellen: Sie wurden über Ereignisse und Daten der deutschen Geschichte befragt. Zur Schulung dieses Wissens und der richtigen Ideologie wurde ein eigenes Amt geschaffen: der Dietwart (diet=Volk).

1889 spaltete sich die österreichische Turnbewegung in eine völkische und liberale Fraktion, was aber keineswegs ein Ende des Konflikts bedeutete. Diejenigen, die den DTB mitbegründet hatten, bildeten nämlich nur die Spitze des antisemitischen Eisberges. Die im TURNKREIS XV DEUTSCH-ÖSTERREICH verbliebenen völkischen Vereine setzten ihre Bemühungen um die Arisierung der Kreisstatuten fort und gelangten schrittweise zum Ziel: Beim Kreisturntag 1901 wurde der Einführung des „Arierparagraphen" mit überwältigender Mehrheit zugestimmt. Die Völkischen hatten diesen Tag bereits im voraus als „völkische Reinigung des ganzen großen XV. Turnkreises" angekündigt und rechtbehalten. Die wenigen opponierenden deutschfreiheitlichen Vereine traten aus und schlossen sich nach einem Umweg über die DEUTSCHE TURNERSCHAFT (DTS) zum TURNKREIS DEUTSCH-ÖSTERREICH zusammen.

Nun waren also schließlich alle deutschnationalen österreichischen Turnvereine aus der DTS wegen des antisemitischen „Arierparagraphen" ausgeschieden. Trotz ihres gemeinsamen politischen Zieles, einem einheitlichen Deutschland samt Österreich, arbeiteten sie bis 1918 nie zusammen. Erst der Friedensvertrag von St. Germain, der unter anderem ein Verbot des Anschlusses an Deutschland enthielt, enttäuschte die „deutsch"-österreichischen TurnerInnen sosehr, daß sie sich 1919 zum zweiten Mal im DEUTSCHEN TURNERBUND (DTB) zusammenschlossen. Der DTB „1919" bestand zunächst in drei Staaten: Deutschland, Österreich und Tschechoslowakei (dort im Sudetenland); die tschechische Regierung verbot jedoch die Zugehörigkeit der Sudetendeutschen zu einer ausländischen Organisation, worauf die Sudetendeutschen künftig allein deutschturnen mußten.

ÖTB-UMZUG 1996 IN KREMS

Danach zählte der DTB etwa 50.000 Mitglieder in 21 Gauen. Die völkische Grundlage des DTB läßt sich von seinen „Leitsätzen" ablesen: *„Das Ziel des Verbandes ist die Schaffung und Stärkung geistiger und körperlicher Tüchtigkeit und des Stammesbewußtseins im deutschen Volke. Als Grundlage für die völkische Erziehung dienen die drei arischen Weistümer >Rassenreinheit<, >Volkseinheit< und >Geistesfreiheit<. Als Mittel zur Heranbildung eines an Leib und Seele gesunden, sittlich starken Volkes, dient das durch Friedrich Ludwig Jahn begründete Turnen. (...) Unter den Wettübungen ist auch das angewandte Turnen (Wehrturnen) aufzunehmen."* In den Statuten heißt es außerdem: *„Den Angehörigen des DTB ist die Mitwirkung an Wettbewerben und Schauvorführungen anderer Leibesübung betreibender Verbände nur dann gestattet, wenn daran ausschließlich Angehörige germanischer Volksstämme teilnehmen."*

TURNEN FÜR HEIMWEHR UND HITLER

Die Statuten legten auch fest, daß „alle politischen Parteibestrebungen" ausgeschlossen seien, was ein wenig seltsam anmutet, da der DTB weiterhin einen Anschluß Österreichs an Deutschland anstrebte und Wahlempfehlungen abgab, wie etwa 1923, als den TurnerInnen nahegelgt wurde, die GROßDEUTSCHE VOLKSPARTEI zu wählen, da diese wegen der Nichtkandidatur der NSDAP (4) die einzige völkische Partei sei. Der DTB war auch mit Begeisterung am Aufbau der HEIMWEHR beteiligt, die Wehrzüge der Turnvereine wurden den örtlichen Heimwehrgruppen angegliedert, zahlreiche Turner stellten sich der HEIMWEHR als militärische Kader zur Verfügung. So mündete das sogenannte angewandte Turnen direkt in eine paramilitärische faschistische Organisation.

All diese (partei)politischen Aktivitäten sah der DTB jedoch nicht als politisch an, sie waren für ihn „zum Wohl des gesamten Volkes" und nicht etwa nur einer Klasse gedacht. Den Aufbau der HEIMWEHR sah der DTB als Chance, die „Zerrissenheit des deutschen Volkes" zu überwinden und zum „Heile des Gesamtvolkes" zu arbeiten. Der zunehmende Einfluß der katholischen Kirche auf die HEIMWEHR und Auseinandersetzungen um den Führungsstil verleideten den deutschnationalen Turnern jedoch bald die Mitarbeit, und das Bündnis zwischen DTB und HEIMWEHR wurde 1931 wieder gelöst.

Im selben Jahr kam es zu einem Treffen der DTB-Leitung und dem Führer der österreichischen SA, Hermann **Reschny**, wo klargestellt wurde, daß die NSDAP auf die Gründung eigener Turn-

vereine verzichten könne, weil die Grundsätze des DTB mit jenen der NSDAP ohnehin übereinstimmten. (5) Dieses Treffen kann (laut Wolfgang Weber) als offizieller Beginn der Zusammenarbeit zwischen NSDAP-Österreich und DTB betrachtet werden, denn Kontakte zwischen einzelnen Turnvereinen und der nationalsozialistischen Bewegung gab es schon viel früher. (6) Wie eng oder intensiv diese Kontakte waren, wurde für ganz Österreich bisher noch nie exakt untersucht. Die weiteren Ereignisse lassen jedoch keine Unklarheiten mehr aufkommen. Am 19. Juni 1933 überfielen Nationalsozialisten bei Krems einen Zug christlicher Turner mit Handgranaten, wobei ein Turner getötet wurde. Die österreichische Bundesregierung verbot noch am selben Tag die NSDAP und 43 deutschnationale Turnvereine, obwohl der DTB sich beeilte zu versichern, daß es keine Zusammenhänge zwischen ihm und der NSDAP gebe. Nachdem jedoch der NS-Putschversuch gegen die Regierung Dollfuß am 25. Juli 1934 von einer Turnhalle des DTB in Wien seinen Ausgang genommen hatte, wurde der DTB unter staatliche Verwaltung gestellt. Unter den Putschisten waren fünf völkische Turner gewesen und im Rahmen der Kampfhandlungen am 25. Juli fielen auf nationalsozialistischer Seite 17 Turnvereinsmitglieder.

In den folgenden Jahren bemühte sich Vizekanzler Ernst Rüdiger **Starhemberg** vergeblich, den DTB in die austrofaschistische Einheitssportorganisation ÖSTERREICHISCHE TURN- UND SPORTFRONT einzugliedern. Der DTB wollte unabhängig bleiben.

Nach dem Einmarsch der Hitlertruppen in Österreich erhielt der DTB von Adolf **Hitler** persönlich ein Danktelegramm, in dem die Verdienste des DTB „für das Deutschtum und die nationalsozialistische Bewegung" hervorgehoben wurden. 1938 wurde der DTB wie alle anderen österreichischen Sportverbände auch, aufgelöst und in den DEUTSCHEN REICHSBUND FÜR LEIBESÜBUNG überführt. ●

berger Turnvereine, ihre Geschichte und ihre Verknüpfung mit der NSDAP untersucht. Weber kann hier eindeutige Beweise für diese Verknüpfung vorlegen, eine Arbeit, die in dieser Form bis jetzt einzigartig ist. Bisher wurde einfach angenommen, daß die rechten Turnvereine ein „logischer Nährboden des Nationalsozialismus" (Anton Pelinka) gewesen seien, diese These wurde aber nie belegt, und so können sich die TurnerInnen des deutschsprachigen Raumes bis heute auf das im Text beschriebene „Parteiverbot" berufen und gleichzeitig (siehe ÖTB-Treffen in Krems) ihre deutschnationale und antisemitische Gesinnung offen zur Schau tragen.

ÖTB-UMZUG 1996 IN KREMS

ANMERKUNGEN

1 Wolfgang Weber: „Von Jahn zu Hitler. Politik- und Organisationsgeschichte des Deutschen Turnens in Vorarlberg 1847 bis 1938", Konstanz 1995. Wir haben uns bei unseren Ausführungen v.a. auf das Kapitel „Grundlegende Anmerkungen" (S.17-28) gestützt, während der Hauptteil des Buches die einzelnen Vorarl-

2 Eine Folge der engen Verbindungen zu der nach 1815 entstandenen bürgerlichen deutschen Einheitsbewegung. 1815 markiert die Neuordnung Europas nach Napoleons Niederlage und die „Heilige Allianz", mit der sich die europäischen Monarchen vor bürgerlichen/nationalen Revolutionen schützen wollten.

3 Die jüdische Emanzipation ausgehend von der Französischen Revolution, der Aufklärung und der Industrialisierung machte Juden und Jüdinnen zu Synonymen für den Modernismus, von dem sich die Traditionalisten bedroht fühlten.

4 Zu diesem Zeitpunkt war die NSDAP nach dem Putschversuch in München vorübergehend verboten, und Hitler saß im Gefängnis und schrieb „Mein Kampf".

5 Zitat aus einer Schrift des DTB von 1919: *„Wir führen einen unerschrockenen Kampf gegen alle Feinde unseres Volkes, gegen Marxismus und Bolschewismus, gegen Freidenker und Freimaurer, gegen das Judentum, aber auch gegen jene Internationale, die das deutsche Volk dem Machtstreben Roms dienstbar zu machen sucht."*

6 Nur ein Beispiel: in Dornbirn bestand der Vorstand der NS-Gruppe 1925 zu 62% aus Turnern.

Drahtzieher im braunen Netz

Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich

Ein Handbuch des antifaschistischen Autorenkollektivs

KONKRET LITERATUR VERLAG

Dieses Buch vermittelt einen hervorragenden Überblick über die österreichischen und internationalen Strukturen der Neonazis. Die Zusammenarbeit über terroristische Kreise, die legalen und konspirativen Gruppen bis hin zu parlamentarischen Parteien werden anhand von vielen Beispielen aufgezeigt.
Das derzeit wohl beste Handbuch für die praktische Arbeit.

270 Seiten
zahlreiche Abbildungen
130 Fotos
ISBN 3-89458-140-9
251 Öschis

Rezensionen

[sic!]

Die 1993 gegründete Zeitschrift steckte sich von Anfang an das Ziel, einem hohen journalistischen Anspruch genügen zu wollen und zu einem Teil der feministischen Gegenöffentlichkeit zu werden. Dieses Projekt hat auch sehr vielversprechend begonnen, politische Kommentare wechselten sich mit wissenschaftlichen Analysen von Kultur, Patriarchat und Sexismus. Angesprochen werden zwar eher akademische Leserinnen, aber die politische Verortung im autonomen wissenschaftlichen Flügel macht die Zeitschrift im allgemeinen sehr sympathisch. In den letzten Ausgaben häuften sich jedoch die Auseinandersetzungen der Chefredakteurin Kubes-Hofmann mit anderen Feministinnen, die auf Dauer immer weniger nachvollziehbar und langweiliger wurden. Da der Rest der Zeitschrift aber weiterhin sehr interessante Themen (Frauen und Arbeit, die Kyborg-Story, Sparpaket usw.) bietet, sei die [sic!] auch weiterhin empfohlen.

[SIC!] – FORUM FÜR FEMINISTISCHE GANGARTEN
Salzergasse 29
1090 Wien
Preis: 65 öS pro Ausgabe
Erscheint alle zwei Monate

an.schläge

Das feministische Magazin für Politik, Arbeit und Kultur verspricht mit seinem Untertitel nicht zuviel. Tatsächlich werden alle Themenbereiche in sehr zufriedenstellenderweise behandelt, keiner kommt zu kurz. Die an.schläge selbst verstehen sich als eine feministische Stimme gegen den patriarchalen Zeitgeist und als Teil der Frauen- und Lesbenbewegung, was sich auch in jedem Artikel und der Themenauswahl zeigt. Sie nehmen sich einfach kein Blatt vor den Mund, der Spaß kommt nie zu kurz und so erfährt frau immer wieder aufs Neue mit jeder Nummer ihr ganz spezielles Lesevergnügen, das erst zu Ende ist, wenn jeder Artikel gelesen. Die vielseitige und dezidiert feministische, antifaschistische, antimilitaristische und antirassistische Berichterstattung bietet optimale Information über alles, was gerade aktuell ist und frau wissen sollte. Schade nur, daß es so etwas wie die an.schläge nicht auch als Tageszeitung gibt!

AN.SCHLÄGE, HETZGASSE 42/1, 1030 WIEN
Abo: 380,- ÖS (10 Hefte/Jahr)
Schnupperabo: 100,- ÖS (3 Hefte)

Frauensolidarität

1981 schon wurde der Verein Frauensolidarität gegründet, 1982 erschien die erste Ausgabe der gleichnamigen Zeitschrift. Ziel des Vereins und wohl auch der Zeitschrift ist es, Bewußtsein für die Belange und Situation der Frauen des Trikonts zu schaffen. So beinhaltet die Frauensolidarität auch ausschließlich Artikel, die sich mit der „Dritten Welt", Entwicklungspolitik und vielen anderen Themen, die zu diesem Bereich gehören, beschäftigen, immer mit den Frauen als zentrale Personen. Diese thematische Festlegung stellt jedoch in keinem Fall einen Nachteil dar, weil sich in diesem Bereich zur Genüge äußerst wichtige, interessante und sehr informative Beiträge finden. Unter den einzelnen Schwerpunkten der vierteljährlich erscheinenden Hefte finden sich Texte zu feministischer Theorie, Frauenbewegung, Gewalt, Krieg/Nationalismus/Rassismus, Frauenhandel, Migration, Entwicklungstheorie/-politik, Islamische Welten, Informationswesen u.v.m. Darum handelt es sich bei der Frauensolidarität um eine sehr empfehlenswerte nicht-eurozentristische Zeitschrift.

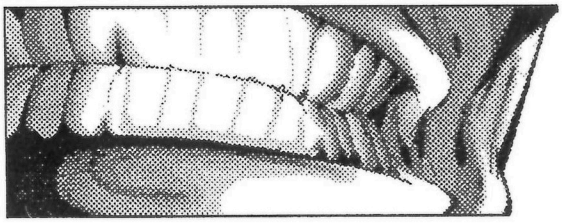
FRAUENSOLIDARITÄT, BERGGASSE 7, 1090 WIEN

AUF

Die bereits 1974 von der Aktion Unabhängiger Frauen (AUF) gegründete Zeitschrift wird von einem Redaktionskollektiv gemacht, besteht jedoch aus Beiträgen von Autorinnen „von außen". Jede Ausgabe hat einen Schwerpunkt, der bereits zwei Hefte im voraus angekündigt wird und zu dessen Mitgestaltung alle Leserinnen aufgerufen sind. 1996 sind bereits 3 Hefte erschienen: „Jede ist eine" beschäftigt sich mit mehr oder weniger alltäglichen Frauenbiografien (ganz toll!); „Luftblasen und Seifenflocken" widmete sich der Zukunft der Frauen in Österreich; „Ganz sicher nicht" (aktuelle Ausgabe) ist dem momentanen Wahlkampfschlagwort Sicherheit auf der Spur (es geht um Sicherheitsnadeln, Tampons, Licht in dunklen Gassen, Sicherheits-Terror und vieles mehr). Alte Nummern können noch nachgekauft werden, empfehlenswert z.B. die 20-Jahre-Jubelnummer „Auch Endzeit macht Stimmung".

AUF - EINE FRAUENZEITSCHRIFT
Kleeblattgasse 7, 1010 Wien
Preis: 55 öS pro Ausgabe
Erscheint mindestens 4 mal jährlich
Abo: 220,- ÖS (4 Hefte/Jahr)
e-mail: auf@t0.or.at; WWW: http://www.t0.or.at/~auf

ZÄHNE ZUSAMMEN-BEISSEN



Lotta DURA ABONNIEREN

NAME

ADRESSE

Ich möchte die **Lotta** DURA
ab Nummer _____ zum Preis von
☐ 100 öS im Abo (4 Ausgaben) oder
☐ 500 öS im Förderabo (4 Ausgaben) beziehen und lege daher den Betrag in bar bei.

WICHTIG: In **1.** Kuvert stecken, mit
H. MADER
beschriften und dieses dann in ein **2.** Kuvert stecken, frankieren und an

ÖH-GRUWI
PF 101, 1096 WIEN schicken.

Staatsrassismus

Immer wieder Österreich! – Eine kleine Presseschau.

Als einmalig in Westeuropa bezeichnet ein Vertreter des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) die Tatsache, daß seine Organisation fünf Schutzbriefe ausstellen mußte, um die Abschiebung von Asylwerbern, die gemäß der Genfer Konvention als Flüchtlinge anzuerkennen sind, aus Österreich zu verhindern. Schuld daran sei laut UNHCR in erster Linie die mangelhafte Kommunikation zwischen Gericht und Fremdenpolizei.

Stefan **Stortecky**, Chef der Wiener Fremdenpolizei, räumt im Gespräch mit der Zeitung „Standard" offen ein, daß die derzeit geltenden Gesetze seinen Beamten oft nur die Wahl zwischen Unmenschlichkeit und Amtsmißbrauch lassen. Stortecky kritisiert den seiner Meinung nach zu geringen Handlungsspielraum für die Fremdenpolizei, die nur die „Schmutzarbeit" für die jeweiligen Landesbehörden zu verrichten hätte: Ausweisung, Schubhaft, Abschiebung.

Stortecky sagt weiters, er wolle den „Mensch hinter dem Akt" sehen, die Tendenz ginge aber in die andere Richtung: „Oft wird nur das Papier gesehen. Da schläft man dann in der Nacht viel besser." Kritik übt der Fremdenpolizeichef auch am Innenministerium, dem er untersteht: Was der Minister sage, „gefällt uns allen gut", „die Firma Innenministerium" produziere aber ganz andere Bescheide. So würden etwa integrierte Flüchtlinge aus Bosnien wieder zurückgeschickt. Stortecky: „Wer aus Menschlichkeit entscheidet, muß jederzeit damit rechnen, zur Verantwortung gezogen zu werden."

Innenminister Caspar **Einem** erklärte einst seinen Asylamtsleitern: „Ihr seid die einzigen in Österreich, die über Leben und Tod entscheiden." Nun wissen seine Amtsleiter diesen Ratschlag durchaus zu beherzigen, nur ist dessen Auslegung durch einige Beamte vielleicht nicht ganz im Sinne des Innenministers. Zwar wird von verzweifelt um ihr Bleiberecht kämpfenden Flüchtlingen durch Einsprüche, Klagen vor dem Verfassungsgerichtshof und aufgeblähter Bürokratie die Arbeit der Beamten erschwert, aber der Wahlspruch „Im Zweifel für die Abschiebung" scheint in den Köpfen des Schreibtischtätertums vorzuherrschen. Die nachfolgenden negativen Asylbescheide aus Graz haben dann auch – dank eines Artikels im „profil" – beim Grazer Asylamtsleiter **Krainz** und dem Bundesasylamtschef **Taucher** prompt für Betroffenheit gesorgt. Wie ehrlich diese auch sein mag, sie fügt sich nahtlos in ein seit Jahren gepflegtes Medien- und Politikritual.

Wien bleibt Wien: Eine Drohung

Keine Spur von „Betroffenheit" findet sich in Wien. Hier geht die Polizei bereits offen gegen die Anwesenheit von Schwarzafrikanern an bestimmten Wiener Verkehrsknotenpunkten vor. Die einfache Gleichung „Schwarz = Drogenhändler", unter der sich selbst der dümmste Polizist etwas vorstellen kann, hat bestimmte Bereiche der Stadt mehr oder weniger zu No-Go-Areas gemacht; Perlustrierungen, Beschimpfungen, körperliche Gewalt und grundlose Verdächtigungen durch die Wiener Exekutive sind für dunkelhäutige Menschen Alltag. Als sich der stellvertretende Vorstand der Universitätsklinik für Nuklearmedizin bei der Aufenthaltsbehörde beschwerte, daß einer seiner Studenten regelmäßig von der Polizei schikaniert werde, bekam er zur Antwort: Man wisse von den Übergriffen, Betroffene sollen bestimmte Routen des Wiener öffentlichen Verkehrsnetzes meiden. (profil 37/96)

SPÖ-Stadtrat **Hatzl**, wahrscheinlich Haiders bester Mann in der Wiener Stadtregierung und u. a. für Inneres zuständig, stärkte seinen Beamten nach heftiger Medienkritik den Rücken: Sie sollen sich durch „negative öffentliche Berichte, die sich zwar nur auf einzelne Vorfälle beziehen, aber leider oft verallgemeinernde Aussagen enthalten, nicht verunsichern oder entmutigen lassen." Der Wiener Wahlkampf tat sein übriges, um rassistische Politik salonfähig zu machen. Hatzl plädierte für die Abschiebung von Kindern ohne Aufenthaltsgenehmigung, meint, daß wer laufend falschparkt oder zu schnell fährt, seiner Meinung nach eben nicht „integrationsfähig" sei und ausgewiesen gehöre. Der Wiener F-Bezirksrat Kurth Bodo **Blind** (Linzerstr. 472, 1140 Wien) verteilte in einem Gemeindebau Flugzettel, auf denen in Gemeindewohnungen lebende „Ausländer" denunziert werden. SPÖ und FPÖ sind sich in diesem Punkt im Grunde einig: „Keine Gemeindewohnungen für Ausländer. " SPÖ-Bezirksvorsteher treten gegen den „hohen Ausländeranteil" in ihren Bezirken auf und schlagen einen Bogen zur „Verslumung einzelner Stadtteile", der hohe Ausländeranteil wird zur Ursache allen Übels und dessen Verringerung gefordert. NichtösterreicherInnen werden zu Manövriermasse im Wahlkampf, von der kommunalen Wohnraumverteilung ausgeschlossen und in Mietskasernen gezwängt, wo ihnen bei zuwenig Wohnfläche die Ausweisung droht. Als letzten Wahlkampfcoup verlangte die FPÖ eine „Einspruchsmöglichkeit für Österreicher" bei der Einbürgerung von AusländerInnen. Und führt gleich ein Beispiel an: Wenn bekannt sei, daß die betreffende Person stehle...

Und die Gewerkschaften ?!?

„Der ÖGB ist einer der reaktionärsten Gewerkschaftsbünde Europas", meint Martin **Schenck**, Sprecher von SOS-Mitmensch , in Anspielung auf die Diskussion und die Verhandlungen um das Integrationspaket (Einwanderungsquoten und Familiennachzug) des Innenministeriums. Die Gewerkschaft erklärte, Familienzusammenführung würde Arbeitslosigkeit vorprogrammieren. Ihre Argumentation: Heute Zwölfjährige bräuchten eben in einigen Jahren einen Arbeitsplatz, den es aber nicht gibt. Max **Koch**, Leiter des Wiener Integrationsfonds: „Man treibt Schindluder mit den Menschen. Selbst in der Sklaverei hat man ihnen noch Kinder zugestanden." Weitere Verhandlungen wurden für nach der Wiener Wahl angekündigt.

Asyl: einige von Printmedien dokumentierte Fälle

Ende März 1996 nahm ein 25jähriger Nigerianer sehr nervös im Vernehmungszimmer des Grazer Asylamtes Platz. Er hatte eine Demonstration gegen die Militärjunta seines Landes, zwei Jahre Gefängnis und die Angst, jeden Tag könnte ein Wachebeamter kommen und ihn zur angekündigten Hinrichtung führen, hinter sich. Er nannte Orte und Plätze, und er beschrieb die Gefängniszelle und die Odyssee seiner Flucht.

Der Beamte des Grazer Asylamtes

glaubte ihm nicht. Das wurde so formuliert: „Selbst wenn Sie im Gefängnis gewesen wären, so könnte Ihren Angaben, daß Sie im Gefängnis getötet hätten werden sollen, deshalb nicht gefolgt werden, da Sie sich bereits eineinhalb Jahre im Gefängnis befunden hätten, die staatlichen Organe daher genügend Zeit gehabt hätten, Sie zu töten, und dies bis zu Ihrer Flucht nicht ausgeführt hätten." Diesen letzten Beweis konnte der Flüchtling nicht bringen. Sein Antrag wurde abgelehnt.

Eine Nigerianerin, die im Juni dieses Jahres gegen die Militärjunta protestierte, daraufhin ins Gefängnis geworfen und mehrmals vergewaltigt wurde, konnte sich dem Grazer Experten ganz und gar nicht verständlich machen. „Sie schilderten Ihre angeblichen Mißhandlungen – abgesehen von den Vergewaltigungen, zu denen Sie aus Pietätsgründen vorerst nicht näher befragt wurden – völlig emotionslos und außerdem nur sehr vage und oberflächlich. Sie stellten lediglich die Behauptungen in den Raum, vergewaltigt und geschlagen worden zu sein. (...) Sie sprachen immer nur von eines Tages oder eines Nachts." So ist es im ablehnenden Asylbescheid zu lesen.

Einer Ghanesin wurde im Juni dieses Jahres der Antrag abgelehnt, weil „die Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration, in deren Verlauf geschrien und damit die öffentliche Ordnung gestört worden ist, als allgemeine strafbare Handlung anzusehen ist".

Ein Flüchtling aus Liberia, der berichtet hatte, wie vor seinen Augen Mutter und Schwester erschossen und er selbst von einer der marodierenden Bürgerkriegstruppen zwangsrekrutiert und in ein Lager gebracht wurde, galt als unglaubwürdig, weil ihm „im Falle der Wahrheit doch zumindest ein Anflug von Trauern oder Bedauern anzusehen gewesen sein müßte". Der Grazer Asylbeamte schrieb dann weiter, es sei „völlig unlogisch", daß man einem Zwangsrekrutierten im Lager eine „geladene Waffe in die Hand drücken würde, um damit zu joggen". Der Flüchtling hatte allerdings nie vom „Joggen" geredet, sondern von einem zweiwöchigen Zwangsaufenthalt und Folterungen in einem Militärcamp und daß man ihm dort „heiße Nägel in den Penis gesteckt" habe. Auch das hat den Beamten kaum beeindruckt, weil „die angebliche Folter nicht so detailliert, wie dies im Falle der Wahrheit angenommen werden müßte, geschildert wurde". Der Antrag des Asylwerbers auf ärztliche Untersuchung wurde abgelehnt. Und der Asylantrag auch.

Ein Flüchtling aus Sri Lanka wurde belehrt, daß er „abgesehen von der Bombardierung" seines Hauses, „was aber als nicht gegen Sie persönlich gerichtete Handlung anzusehen ist ..., durch Kriegeshandlungen nicht betroffen" sei.

(profil vom 2. 9. 1996)

Eine gescheiterte Abschiebung

Sieben Männer waren aus Afghanistan geflüchtet, weil ihnen dort als Sympathisanten beziehungsweise Kindern von KommunistInnen die Verfolgung durch das islamistische Regime drohte. Als sie den Asylantrag stellten, konnten die Afghanen ihre Angaben nicht durch Dokumente beweisen. Daher wurde mit dem Hinweis, die Angaben seien „unglaubwürdig", Asyl verweigert.

Die Grüne **Prucha** setzte sich zusammen mit Amnesty International für die Flüchtlinge ein und nannte die drohende Abschiebung „inhuman und eine eklatante Verletzung der Menschenrechte". Das Versäumnis der Behörden, die Angaben der Flüchtlinge zu überprüfen, komme einer „indirekten bescheidmäßig bewilligten Form der Todesstrafe" gleich. Damit mache sich die Republik Österreich der „Beihilfe zum Mord" schuldig, so Prucha.

Vier der Afghanen sollten am 26. 9.per Flugzeug abgeschoben werden, einer wehrte sich im Flugzeug so sehr, daß sich der Kapitän außerstande sah ihn zu befördern. Ein anderer der sieben, Aref N., Sohn eines von Mudschaheddin hingerichteten Generals, wurde zuvor auf freien Fuß gesetzt, zwei weitere Afghanen unternahmen in ihrer Verzweiflung einen Selbstmordversuch und wurden nach einem Aufenthalt im LKH Klagenfurt aus der Haft entlassen. Der Abschiebung ins Kriegsgebiet (und damit in den Tod) entgingen dann auch die drei Afghanen im Flugzeug, die auf Anweisung der Bezirkshauptmannschaft Mattersburg nach Kabul geschafft werden sollten.

Der geplante Zwischenstopp im indischen Delhi wurde für sie zur lebensrettenden Endstation, Kabul konnte nicht angeflogen werden. Grund: In Afghanistan herrscht Bürgerkrieg. Am Tag nach dem Abschiebungsversuch übernahm die radikal islamistische Taliban-Miliz die Kontrolle über die Stadt und ermordete den ehemaligen Staatschef Najibullah und dessen Bruder.

Der fremdenpolizeiliche Referent der Bezirkshauptmannschaft Mattersburg, Josef **Trenker**, behauptete gegenüber der Zeitung „Kurier", man hätte zum Zeitpunkt der Abschiebung eine derartige Zuspitzung der Lage nicht erahnen können. Außerdem werde, so Trenker weiter, „in Kabul bald einmal geschossen", daß diese drei Personen durch die Kämpfe gefährdet worden wären, hätte man nicht wissen können. Weiters sei die Abschiebung rechtens gewesen, da sich nur zwei Drittel des Landes in der Hand der islamischen Truppen befänden, so daß kein Recht auf Asyl bestehe. Nur die Unmöglichkeit der Landung in Kabul sei – schätzte Trenker die Lage ein – „ein Problem gewesen".

Der Darstellung des Beamten, die Ereignisse hätten sich überschnitten, steht entgegen, daß der Marsch der Miliz auf Kabul schon am 22. September, vier Tage vor der geplanten Abschiebung, begonnen hatte. Ein bürgerkriegsähnlicher Zustand bestand also bereits. Drei Tage später war die Hauptstadt von den Rebellen eingekesselt – das war auch noch vor dem Abtransport.

Die Männer, die von Indien nach Österreich zurückgeschickt wurden, halten sich nun illegal in Österreich auf, ihre Zukunft ist völlig ungewiß. Derzeit sei aber eine neuerliche Überstellung der Flüchtlinge nach Afghanistan nicht möglich, findet jetzt auch Trenker.

(Kurier vom 17., 18., 23. 9. und 1. 10)

Zehn Kindern drohte die Abschiebung

Wien – Die Mutter und ihre sieben minderjährigen Kinder einer türkischen Familie sowie drei Kinder einer polnischen Familie aus Wien konnten nur im letzten Moment vor einer drohenden Ausweisung bewahrt werden.

Die LehrerInnen der Kinder hatten den Wiener Stadtschulratspräsidenten Kurt **Scholz** von der bevorstehenden Abschiebung informiert. „Der einzige Fehler war, daß der Antrag auf Aufenthaltsverlängerung von einem Anwalt und nicht von den Betroffenen selbst von Preßburg aus gestellt worden war", so Scholz. Rechtlich sei der Negativbescheid korrekt gewesen. Scholz: „Aber man kann doch nicht Menschen einfach so in die Fremde schicken."

Also sei er von Pontius zu Pilatus gelaufen und habe dabei auch die befremdende Gelassenheit kennengelernt, mit der über menschliche Schicksale entschieden werde. „Hier geht s doch nicht um Schwerverbrecher", so Scholz. Letztendlich wurde ein Gesetzespassus gefunden, der für die Familien gesprochen habe.

(Standard, 21. 6.) ●

Kulturelle Identität

VON ZUVERLÄSSIGEN UND UNZUVERLÄSSIGEN FREMDEN

BEIM VERSUCH, DIE KULTURELLE IDENTITÄT ALS MENSCHENRECHT ZU SETZEN, WURDE ES VERABSÄUMT, DEM SCHUTZ VOR IHR EINE ÄHNLICHE EHRE ZUTEIL WERDEN ZU LASSEN.

I.

Ende vergangenen Jahres hielt die Germanistin Ruth Klüger, die ihre Kindheit in den Lagern Theresienstadt, Auschwitz und Christianstadt verbringen mußte, anläßlich der Wiener Jüdischen Kulturwochen einen Vortrag, in dem sie mit Philosemitismus und der Selbstbespiegelung nicht betroffener Betroffener abrechnete. Im Laufe der nachfolgenden Diskussion trat schließlich ein, was im Rahmen derartiger Veranstaltungen immer wieder einzutreten pflegt: Aus dem Publikum kam ein leidenschaftlicher Appell zur Aussöhnung zweier verfeindeter Volksstämme. Appelliert wurde von einem Herrn mittleren Alters, der in seiner indirekten Aussage, der Holocaust sei ein kulturpolitischer Fauxpas gewesen, die Schilderung eines Erweckungserlebnisses voranstellte. Er hätte sich mit „der Problematik" noch nicht so sehr auseinandergesetzt – so begann er seine Rede, ohne näher anzuführen, was er nun unter „dieser Problematik" verstehe – doch zwei Monate zuvor sei ihm etwas widerfahren, das seine Einstellung zu „ihnen" grundlegend verändert hätte. Mit „ihnen" waren ohne Zweifel Menschen jüdischer Herkunft gemeint, womit um einiges klarer wurde, was dieser versöhnliche Herr mit „Problematik" meinte. Eine Klezmerband sei es gewesen, die sein Herz für jüdische Kultur geöffnet hätte. Seine Begeisterung hätte ihn sogar zu spontanen Reigentänzen mit Juden hingerissen. So ein Schwindel, mag der/die KritikerIn nun argwöhnen, andere zu spät Geborene schwitzen unter mediterraner Sonne die Schuld ihrer Väter in Kibbuzim oder der israelischen Armee aus, und dieser fidele Eintänzer glaubt mit ein paar Horas und jiddischen Reihentänzen aus dem Schneider zu sein. Doch es blieb nicht bei diesem Coming Out. Es folgte ein leidenschaftlicher Aufruf zur Hemmung der Beißwut durch interkulturelle Gymnastik: Man solle als Präventivmaßnahme gegen Antisemitismus doch jüdische Kultur fördern, mit Juden sprechen, tanzen und singen. Die Opfer dieser zur Schau gestellten Versöhnungswut hatten von Anfang an die klar umrissenen Züge einer essentiellen Gemeinschaft. Kein Philosemit, so könnte man in Abwandlung des Horkheimerschen und Adornoschen Diktums sagen, dem es nicht im Blute läge, nachzuempfinden was ein Jude sei. Der Mann wußte, wer Jude ist. Der kulturelle Instinkt, jenes postnationalsozialistische Substitut des Rasseninstinktes, geht selten fehl. Noch in den hintersten Winkel der Welt, nach Generationen der Assimilation, wird die Witterung des „konzeptuellen Juden" wahrgenommen; nicht um ihn wie einst zu vernichten, sondern um ihn nach Rückführung ins Konstrukt des Jüdischen zu hofieren, mit dem „kleinlauten und formellen Schuldgetue", das wie Horkheimer 1961 schreibt, nur die Funktion habe, sich „zum rechten Patriotismus wieder das gute Gewissen zu machen."

II.

Die Judenemanzipation seit Ende des 18. Jahrhunderts hatte eine Situation geschafffen, in der ein religiöser und kultureller Antisemitismus seiner traditionellen Distinktionskriterien verlustig zu gehen drohte. Der katholische Antisemit Louis Drumont brachte diese Angst in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts auf den Punkt: „Ein Herr Kohn, der zur Synagoge geht und die mosaischen Gesetze beachtet, ist ein Wesen, das man respektieren kann; ich habe nichts gegen ihn. Ich habe etwas gegen den unzuverlässigen Juden." Die angewandte Rassenbiologie der Nazis löste das Problem, indem sie zuverlässige und unzuverlässige Juden und Jüdinnen wieder unter eine Kategorie des Schicksals zwang. „Indem der Rassegedanke den Unterschied zwischen Juden und Nicht-Juden in das Blut verlagert, macht er jeden Ausgleich unmöglich, verewigt die Scheidung und legitimiert sie als gottgewollt" (Viktor Klemperer). Wer beim nationalsozialistischen Antisemitismus das Ressentiment gegen das Fremde, das kulturell Differente überbewertet, der neigt dazu, die antimodernistische und antiintellektualistische Stoßrichtung dieses Antisemitismus zu übersehen; daß sich der Haß in erster Linie gegen den modernen, kulturell integrierten Juden fokussierte. Und selbst der Sippengeist, die dörflich-bäuerlichen Gemeinschaften, sowie die religiös-konservativen Wertvorstellungen der osteuropäischen Juden und Jüdinnen mögen trotz aller kulturellen Differenz dem deutschen Kleinbürger seltsam vertraut angemutet haben. Der orthodoxe „orientalische" Jude versinnbildlichte ihm auch die eigene (vorgestellte) Vergangenheit, die verbindliche Wärme der Tradition, aus der die Moderne ihn brutal gerissen hatte. Auf der anderen Seite stand der mit Individualismus, Kapitalismus und Kommunismus identifizierte säkularisierte Jude als Inbegriff dieser verhaßten Moderne, die ihre Versprechungen nicht einlösen konnte. Der ideologische Kunstgriff der Nazis bestand zuletzt darin, dem Kleinbürger als Rache für zwei versperrte Wege, den in die Vergangenheit und den in die Zukunft, einen Sündenbock präsentiert zu haben. Die Zwangsetikettierung und Vernichtung der Etikettierten ließ das Konstrukt zur Wahrheit werden. Und nur in diesem Sinn erlangt die positive Identifikation mit der ethnischen Kategorie Jude durch Menschen, deren kuturelles Erbe für ihr Leben kaum mehr relevant war, Berechtigung. Nur in Anbetracht des Holocausts wird es einigermaßen verständlich, wenn sich Bloch, Adorno, Talmudexegesen und jiddische Kochrezepte den Büchertisch teilen müssen. Etwas anders sieht es aus, wenn sich die Multi-Kulti Schickeria in ihrem unermüdlichen Kampf um Kultivierung kultureller Differenzen dieser nationalsozialistischen Zwangskategorien bedient und sich Roma und Juden/JüdInnen als homogene Gruppen vorstellen, nicht weil Diskriminierung und Ausgrenzung sie dazu machen, sondern weil das kulturalistische Denken sich den Wunschtraum von der essentialistischen Gesellschaft innerhalb einer ahistorischen Welt erfüllen will. Infolgedessen braucht der unzuverlässige Jude nicht mehr gefürchtet zu werden; denn seitdem die Nazis uns gelehrt haben, daß der intellektuelle Jude und mit ihm die Konzeption der kritischen Vernunft schlechthin, jenes zersetzerische Resultat heimatlosen Getriebenseins, den reinsten Ausdruck jüdischer Rassenseele verkörpert, hat der juif insecure aufgehört zu existieren. Er ist zuverlässig geworden. Diskussionen jüdischer ExilantInnen in New Yorker Cafes, die Bauhaus-Architektur, Woody Allens Komödien und Mendelsohn-Barthodlys romantische Symphonien ver-

strahlen dann in gleichem Maße das faszinierende Odeur des essentiell Jüdischen.

Bereits als man begann, das Wirken jüdischer Intellektueller im Exil als eigene Kultur zu begreifen, zeichnete sich der nächste Schritt ab: sie der jüdischen Folklore zu inkorporieren. Nachdem alles unterschiedslos zur Kultur erklärt worden ist und sich Samuel Beckett und Tiroler Brunftschreie die Kultursubventionen teilen mußten (wobei letztere zunehmend höher dotiert wurden), begann man diesen inflationären Kulturbegriff wieder auf ein völkisches Fundament zu setzen. Samuel Beckett und James Joyce war es zu Lebzeiten gelungen, sich der von ihnen verhaßten irischen Nationalkultur zu entziehen. Die Rache dieser war von teuflischer Perfidie. Sie kidnappte die Autoren der Weltliteratur und erniedrigte sie post mortem, indem sie die beiden sich einverleibte und zu nationalen Repräsentanten der angeblich widersprüchlichen irischen Volksseele degradierte.

III.

Die American Anthropological Associaton unterbreitete 1947 den Vereinten Nationen den Entwurf einer Erklärung der Menschenrechte. Bereits im ersten Artikel dieses Entwurfes brachten die Anthropologen sehr clever ihr wichtigstes Anliegen ein; die Perpetuierung ihres eigenen Sujets und damit ihrer Legitimation als Wissenschafter: „Das Individuum verwirklicht seine Persönlichkeit durch die Kultur: Die Achtung der individuellen erfordert demnach auch die Achtung der kulturellen Unterschiede." Vor dem historischen Hintergrund von Faschismus und Kolonialismus wollte die bürgerliche Gesellschaft der kulturellen Identität einen Ehrenplatz unter den Menschenrechten einräumen und hat in Anbetracht eines noch größeren Übels, nämlich des Versäumnisses, dem Schutz vor kultureller Identität eine ähnlich Ehre zuteil werden lassen, doch nur den Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben. Was in Hinblick auf die anscheinend kulturell motivierte Bedrohung, Unterdrückung und Vernichtung von Minoritäten wohlmeinend als partikuläres Recht auf Sprache, Religion etc. ausgelegt wurde, sollte bald die apodiktische Verabsolutierung der kulturellen Identität als primordiales und exklusives Vergesellschaftungsprinzip einläuten. Daß der Mensch eine kulturelle Identität benötigt, wird mittlerweile unwidersprochen hingenommen; daß der überhaupt soetwas Blödsinniges wie Identität braucht, dieses scheinbar anthropologische Metaphysikum anzuzweifeln kommt einem Sakrileg gleich, das den unmittelbaren Lynchwunsch der mit sich Identen provoziert.

Die Forderung nach Erhaltung und Respektierung kultureller Differenz tauchte erstmals im 18. Jahrhundert auf, zu einer Zeit, als lokale Kulturen und Traditionen in nie zuvor gesehenem Maße erodieren, um im homogeneren Konstrukt der Nation aufzugehen. Hier tritt Johann Gottfried Herder auf den Plan, der – nicht eingedenk der materiellen Bedingungen von Kultur – ein kulturrelativistisches Gegenmodell zu den universalistischen Tendenzen der französischen Aufklärung schuf: die Idee des Volkes und des dazugehörigen Geistes; welche paradoxerweise dank ihrer Publikumswirksamkeit mehr kulturelle Heterogenität aus der Geschichte radierte, als es die französische Aufklärung je zu leisten fähig gewesen wäre. Erst die Erfindung des Volkes und der daraus abgeleiteten Nation erwies sich als probate Ideologie, durch die sich ein aufstrebender Kapitalismus in vorerst nationaler Konkurrenz konstituieren konnte.

Der Humanist Herder schreibt nicht nur ethnische Grenzen fest, wo diese an Bedeutung verlieren, er ersinnt neue, zeitgemäßere; als moralische Fleißaufgabe verweist er stets auf die Gleichberechtigung dieser Differenzen. Daß Herders erhobener Zeigefinger unbeachtet blieb, lag weniger an der Unbelehrbarkeit Herders romantischer Rezipienten als an der Unsinnigkeit der horizontalen Parzellierung in Völker und Kulturen selbst. Eine Generation später machte Fichte in seiner „13. Rede an die deutsche Nation" die Grenzen dicht, die Herder geschaffen hatte, indem er die Überlegenheit des deutschen Volksgeistes über die Geister der umliegenden Völker verkündete.

IV.

Der ahistorische Rückzug von der Rassen- zur Volksseele wurde pikanterweise von Teilen der Linken vorexerziert, die in den siebziger Jahren auf der Suche nach neuen revolutionären Subjekten die Liebe zum Befreiungsnationalismus und als Zielgruppe des künftigen Kulturkonsums den Charme vormoderner Gesellschaftsformen für sich entdeckten. Bei ihrem heldenhaften Rückzug von der revolutionären Front beschloß diese Linke, um weniger aufzufallen, in viele Kleingruppen und Gemeinschaften sich zu spalten, um dereinst zu gegebener Stunde die Einheitsfront zu schließen und den Kampf wieder aufzunehmen. Viele von ihnen gingen in die Privatwirtschaft, ein Großteil bloß in sich selbst, andere wurden MakrobiotikerInnen; wieder andere tauchten bei den Apachen unter. Besonders die Gruppe, die sich zu den Apachen durchgeschlagen hatte, begann sich diesen bis zur Unkenntlichkeit anzugleichen. In jener einmaligen historischen Situation überschritten sich die Regressionslinien von Kapitalismuskritik zu Zivilisationskritik, von Antiimperialismus zu Antiamerikanismus, von Karl Marx zu Karl May. Von den Apachen lernte man wieder, was man diesen vor etwa 100 Jahren beigebracht hatte, was einem selber in der Zwischenzeit jedoch blöderweise abhanden gekommen war: die ethnische Identität. Und endlich durfte man sich eingestehen, was einem intellektuelle Denkzwänge bisher vermiesten: daß man sich den nicht entfremdeten Menschen eigentlich immer schon als umherstreunenden Winnetou vorgestellt hatte. Diesem reichte man dann als deutscher Old Shatterhand die explizit deutsche Bruderhand, um wenn schon nicht Marxens so zumindest Mayens Utopie in Angriff zu nehmen. Und so stimmte man im gemeinsamen Kampf gegen die angelsächsische Kulturlosigkeit, der man gerade noch den Appendix Kapitalismus anhängte, um die historisch-materialistischen Ahnengeister zu besänftigen, folgenden Kriegsgesang an: „Was ist denn heute die Hauptbedrohung? Es ist das fortschreitende Verschwinden der Vielgestaltigkeit der Welt. Die Nivellierung des Menschen, die Reduktion aller Kulturen auf eine 'Weltzivilisation' baut auf dem auf, was am allgemeinsten und gewöhnlichsten ist." Daß der Text dieses Kampfliedes vom Häuptling der Neuen Rechten, Alain de Benoist, stammte, löste im Apachenflügel der Linken neidvolle Bewunderung aus; wieder einmal war es die Rechte, die einem im Kampf um die besten ideologischen Jagdgründe die fettesten Bisonkühe abspenstig gemacht hatte; diese Rechte hatte die Narrenfreiheit zu sagen, was man selbst fühlte, aber nicht denken durfte.

V.

Zu Hilfe gekommen ist ihnen das angebliche Wiedererstarken ethnischer Selbstdefinitionen innerhalb des sozialen Spektrums als Resultat zunehmender Migration. Doch man braucht gar nicht im mittlerweile verhaßten marxistischen Fundus herumkramen, auch ein Max Weber reicht aus, um – wie er es in den zwanziger Jahren getan hat – festzustellen, daß in erster Linie Markt, Ge-

setz und das Interesse an Arbeitsplätzen und nicht Sitte, Religion oder Sprache für das Individuum handlungsbestimmend sind. Und man braucht kein ethnozentristischer Assimilationist zu sein, um das soziologische Faktum akzeptieren zu müssen, daß sich Assimilation bei anhaltender Konjunktur und der Gewährleistung fundamentalster ökonomischer, politischer und sozialer Bürgerrechte ganz von selbst vollzieht. Doch eine Union aus Designern, Politikern, Wissenschaftern, linken und rechten Kulturschützern und konservativen Eliteführern ethnischer Minderheiten kulturalisiert den Diskurs so hartnäckig, bis selbst skeptischste Empiriker von der sozialen Faktizität des Ethnischen sich überzeugen lassen. Der australische Sozialwissenschafter Stephen Castles bezeugt diese Tendenz anhand multikultureller Theorie und Praxis in seinem Heimatland: „Nach Auffassung dieses kulturalistischen Ansatzes setzt sich Gesellschaft aus gleichgestellten ethnischen Gruppen mit kohärenten, homogenen und intakten Kulturen zusammen. Kultur wird dabei nicht als dynamischer Prozeß von Gruppeninteraktion mit der Gesellschaft gesehen, sondern wird auf statische Formen wie Folklore, Tracht und Küche reduziert und trivialisiert. Für die Aufrechterhaltung der Identität wird die Sprache als vorrangig angesehen, ihre soziale Bedeutung in der einzelnen Gesellschaft wird jedoch meist übersehen. Die Existenz von regionalen Verschiedenheiten sowie von Klassen- und Geschlechtsunterschieden wird selbst bei der Majoritätsgruppe weitgehend ignoriert. Wenn diese Unterschiede jedoch in Betracht gezogen werden, dann weniger mit dem Ziel die Klassen- und Machtverhältnisse innerhalb des Migrationsprozesses zu verstehen, als vielmehr um das Kulturkonzept noch weiter zu trivialisieren, indem es auf eine unendliche Galaxie von kleinen `subkulturellen´ Gruppen reduziert wird." Die zunehmende Besinnung auf traditionalistische Vergesellschaftungsformen, welche man bei diskriminierten AusländerInnen fördert und lobt, erfüllt letzten Endes den Zweck, als ideologische Begleitmusik massiven Sozialabbaus dem Durchschnittssozialstaatsbürgers den Reiz der Sippenhaftung, der Frau traditionelle Geschlechterrollen schmackhaft zu machen. Die ethnische Markierung erleichtert darüber hinaus die arbeitsmarktpolitische Segmentierung in mit allen Bürger- und Sozialrechten ausgestattete heimische Arbeitskraft und ein quasi rechtloses Subproletariat, über das je nach Konjunkturlage frei verfügt werden kann und das – in Krisenzeiten zum klar umrissenen Objekt rassistischer Projektionen avanciert. Doch sowohl dem linksliberalen Freund rechter Kulturen als auch dem rechten Ausländerfeind ist der assimilierte Ausländer ein Dorn im Auge. Beide investieren sie durch Verweigerung besagter Grundrechte in den zuverlässigen Ausländer, dem infolge seiner Marginalisierung kein anderer Weg offenbleibt als der in die kulturelle Identität. Dort, wo ihm als Individuum keine bessere Rolle zur Verfügung steht als die einer rechtlosen Billigarbeitskraft, gibt man ihm zumindest die Chance, als lebendiges Schaustück geschichtslosen Sippengeistes die Großkaufhausepigonen des Herderschen Humanismus von der Moderne zu therapieren; zwingt man Menschen, die mit knapper Müh´ und Not ihren Schicksalsverbänden entkommen sind und an und für sich gerne Hip Hop tanzen würden, gnadenlos ihre Folkloretänze abzustottern. Was dem kulturbeflissenen Alternativkonsumenten pittoreske Bereicherung seines Identitätsfeinkostladen bedeutet; was dem dazugehörigen akademischen Ideenlieferanten, dem Ethnologen, jenem eigentlichen Identitätsgewinnler, Gelegenheit bietet, sich als nazistischer Überwinder selbstgebastelter Kulturgrenzen zu bespiegeln, das ist der Mehrheit der zum Volke regredierenden Bevölkerung bitterer Ernst. Die einstweilen wohlwollende Subventionierung des kulturell und ethnisch Differenten ist die logische Voraussetzung für die eigene Re-Kulturalisierung und Re-Ethnisierung. Die übertriebene Sorge um das kulturelle Schicksal bedrohter Völker erweist sich dann unübersehbar als Teil einer Strategie, mir der man sich wieder Mut zur eigenen völkischen Bedrohlichkeit machen will. Dem letzten Rat Heinrich Himmlers an Adolf Eichmann folgend, nachdem sie die Juden ausgerottet hätten, müßten sie nun Judenpfleger werden, investieren die NS-Nachfolgestaaten zur Gewissens- und Identitätsbefriedigung in jüdische Kultur, nachdem es ihnen gelungen ist, all die nach wie vor verhaßten Elemente kritischer Intellektualität in folkloristische Bestandteile der jüdischen Volksseele umzudichten, zuverlässig zu machen und zu entschärfen. In jenem barbarischen Common Sense, der die kulturelle Identität vom Menschenrecht zur Menschenpflicht erhöhte, verschwindet das Schicksal sechs Millionen ermordeter Individuen hinter dem zugeschriebenen Ideologem der Kultur. Den Paradekulturalisten, der an jenem Abend nach Ruth Klügers Vortrag zur Aktivierung der Tötungshemmung mehr Klezmer forderte, scherte es wahrscheinlich einen Dreck was Klezmer eigentlich ist, woher er kommt; daß er sich z.B. aus sehr heterogenen musikalischen Wurzeln speist, keineswegs repräsentativ für ostjüdische Kultur, erst in den Vereinigten Staaten als Parallelentwicklung zum frühen Jazz zu dem wurde, was er heute ist; daß Größen wie Giora Feidman oder Andy Statman mit ihren Klarinetten, John Zorn mit dem Saxophon eklektizistische, aber hochindividuelle Musikstile hervorzaubern; das alles ist einerlei, entkommt dem Schicksal nicht, ebenso wie Freuds Psychoanalyse und Mel Brooks Humor überindividuelle Emanation eines postmodern gestylten jüdischen Volksgeistes zu sein, auf den die Juden stolz sein müssen, damit wir auf den unseren wieder stolz sein dürfen. ●

Dieser Text wurde der Volksstimme Nr. 20 vom 18. Mai 1995 entnommen

Schon wieder "1000 Jahre deutsche Ostmark"?

Im Frühjahr 1976 wollte die rechtsextreme Szene in Graz unter dem Motto "1000 Jahre deutsche Ostmark" dieses Datum feierlich begehen. Doch die Behörden verboten damals die neonazistische Provokation. Im Herbst 1996 schicken sich Rechtsextremisten an, unter dem Motto "1000 Jahre Ostarrichi - Österreichs Beitrag zu deutschen Geschichte und Gegenwart" einen "Kontrapunkt" zu den offiziösen Milleniumsfeierlichkeiten zu setzen. Der deutsch-österreichische Dachverband Deutsche Burschenschaft (DB), die FPÖ und der Ring Volkstreuer Verbände (RVV) laden am 30. November nach Wien. Beginnen sollte das völkische Treffen mit einer Podiumsdiskussion an der Universität, veranstaltet vom RFS und der FPÖ-Akademie. Doch Rektor Ebenbauer entzog den Rechtsextremisten die Räumlichkeiten. Nun müssen sich Lothar Höbelt, Roland Girtler, Heinrich Kolussi und andere Gelehrte ab 14 Uhr im Palais Palffy austauschen. Um 17 Uhr wollen die aus allen deutschen Gauen angereisten Recken von der Universität zur Hofburg ziehen. Eine für 18 Uhr geplante Kranzniederlegung am äusseren Burgtor wollten die Veranstalter mit einer "Abordnung der Theresianischen Militärakademie" auffetten. Allein, das Verteidigungsministerium untersagte die Teilnahme in deratig einschlägigem Umfeld. Am abendlichen "Festkommers" hätte ursprünglich Jörg Haider als Festredner in der Hofburg teilnehmen sollen, doch auch er lässt seine Waffenbrüder im Stich. Statt Haider wird nun der Wiener FPÖ-Chef Pawkowicz die nicht nur vom Pech verfolgten Deutschtumsbekenner unterhalten. Das nationale Kampftrinken soll schliesslich auf den Buden der Burschenschaften fortgesetzt werden.

"Olympia" macht mobil

Als derzeit vorsitzende Burschenschaft der DB zeichnet die berüchtigte Olympia für das rechtsextreme Grossereignis verantwortlich. Diese schlagende Verbindung war zwischen 1961 und 1973 aufgrund ihrer federführenden Rolle im als "Freiheitskampf" verbrämten, gegen die Einheit Italiens gerichteten Terror verboten. Ihr entstammen so berüchtigte Neonazis wie Norbert Burger, Gründer und Anführer der 1988 behördlich aufgelösten NDP. Aber auch innerhalb der Burschenschafter-Szene ist die Olympia umstritten: Dort stösst sie mit ihrer Forderung, "Österreich und Teile Polens in die Wiedervereinigung Deutschlands miteinzubeziehen" auf Unverständnis. Einige gemässigtere deutsche Burschenschaften traten nun aus der DB aus, da die für ihren rechten Extremismus bekannte Olympia wieder den Vorsitz übernommen hatte. Überhaupt sind die österreichischen Burschenschaften, von denen 16 in der DB aktiv sind, im "Altreich" ob ihrer Militanz berühmt. Es gibt tatsächlich kaum einen österreichischen Neonazi- Kader, der sich nicht bei einem der nationalen Männerbünde umtrieb. Diese Kadertruppen sind spätestens seit den 1920er Jahren Keimzellen antidemokratischer Gesinnung, des Antisemitismus und Rassismus. Die Gesichter zahlreicher NS-Kriegsverbrecher wurden vom obligaten "Schmiss" verziert. Nach 1945 gibt es kaum eine Regung des militanten Rechtsextremismus, an der nicht Burschenschafter führend beteiligt gewesen wären. Zuletzt kamen diese als mutmassliches Urhebermilieu des Terrors der Bajuwarischen Befreiungsarmee (BBA) wieder ins Visier der Fahnder.

Kein Fussbreit dem Faschismus!

Wenn sich die rechtsextreme Szene nun in Wien ein Stelldichein gibt, um österreichische Geschichte zur Funktion einer (gross)deutschen umzudeuten, um ihren Rassismus und ihre Geschichtslügen in ein modernes Gewand zu kleiden, werden wir das nicht schweigend hinnehmen! Dabei wollen wir nicht ein 1000jähriges "Österreichertum" gegen pangermanistische Bestrebungen in Anschlag bringen, sondern auch auf den (Un-)Sinn von kollektiven Gründungsmythen und Identitäten hinweisen, gegen die herrschende Geschichtsschreibung als die der HERRschenden die radikale Perspektive einer Geschichte von unten stellen. Und diese lässt sich nicht in Jahreszahlen und Namen grosser Männer ausdrücken und in Jubiläen von Staaten, Nationen oder anderen Zwangskollektiven abfeiern. Wenn sich Rechtsextremisten nun wieder auf die Strasse wagen, werden wir nicht die Köpfe in den Sand stecken, sondern dagegen lautstark Position beziehen: Gegen Männerbündelei, Rassismus, Antisemitismus und Nazi-Terror!

Für eine offene und tatsächlich demokratische Gesellschaft ohne Grenzen!

Impressum: Plattform gegen Rechtsextremismus, Liechtensteinstr. 13, A-1090 Wien

DEMO GEGEN DEN AUFMARSCH DER DEUTSCHNATIONALEN BURSCHENSCHAFTER

Zerschlagung der nazionalen Männerbünde!
Gegen den 1000jahres-Wahn!

30.11.96 IN WIEN

TREFFPUNKT: 16.30, UNIRAMPE (U2 - SCHOTTENTOR)

ANTIFASCHISTISCHES SYMPOSIUM
auf der Uni Wien
Fr., 29.11., 20.00, NIG:
Podiumsdiskussion
Sa. ab 10.00: Arbeitskreise
ab 14.00: Kulturprogramm
abend: Fest

KEIN Volk, KEIN Reich, KEIN Führer!